

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Die Saat geht auf ...

Unter der Überschrift „Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!“ schrieb Klaus Steiniger im Mai-Heft des „RotFuchs“ vor zehn Jahren, der 8. und der 9. Mai könnten zum Pathos und zum Heroisieren verführen: „Denn es handelt sich um das wohl heroischste Kapitel in der Geschichte der Menschheit: den Sieg über den Faschismus, über die ‚Achse Berlin-Rom-Tokio‘ im Zweiten Weltkrieg.“ Den Sieg habe eine Koalition konträrer politischer und sozialer Kräfte errungen, „wie es sie so noch nie gegeben hatte“. Die einen wollten „die faschistische Tyrannei samt ihrer kapi-

Vor dem Hintergrund der um sich greifenden Krise des Kapitalismus wächst dessen Aggressivität und Abenteuerlust. Seit der Einverleibung der DDR wurde die Außenpolitik der Bundesrepublik systematisch militarisiert. 2010 lag der offizielle „Verteidigungsetat“ bei knapp 27 Milliarden Euro, 2020 will die Bundesregierung der NATO laut einem dpa-Bericht vom 16. Oktober 2019 Rüstungsausgaben von mehr als 50 Milliarden Euro melden – fast eine Verdoppelung in zehn Jahren. Das Tempo soll noch beschleunigt werden.

geprobt und der gegen China langfristig vorbereitet.

Das neuartige Corona-Virus führt hierzulande zu Probeläufen von Notstandsübungen aller Art, das Manöver „Defender 2020“ gegen Rußland aber wird weitergeführt – es kommen nur nicht mehr als 20 000 US-Soldaten über den Atlantik, sondern weniger. Denn: Der Mann im Weißen Haus hat entdeckt, daß es sich um ein „ausländisches Virus“ handelt. Er hätte seinen geistigen Horizont nicht besser verdeutlichen können. Tatsache ist, daß die USA relativ wenige Testlabore haben und viele US-Bürger sich keinen Arztbesuch leisten können. Deswegen blieben die offiziellen Fallzahlen in „Gottes eigenem Land“ niedrig, nur die Todesrate der Infizierten erreicht seltsamerweise Rekordhöhen.

Der Frieden, nach außen wie im Innern, ist zum diesjährigen Jahrestag des Sieges über den Faschismus mehr gefährdet als vor zehn Jahren. Die Ursache dafür hat Klaus Steiniger damals benannt: Das System, das Hitler und seinen Verbrecherstaat hervorbrachte, wurde von den Westalliierten intakt gelassen. Nun geht die Saat auf.

Arnold Schölzel



alistischen Wurzeln zerstören“, während die anderen „lediglich die zeitweilige Ausschaltung und möglichst dauerhafte Eingrenzung eines gefährlichen Konkurrenten im Auge hatten, ohne jenes System selbst treffen zu wollen, welches Hitler und seinen Verbrecherstaat hervorgebracht hatte“. Und der „RotFuchs“-Gründer fügte hinzu: Dennoch solle kein Beitrag zum Niederringen des Faschismus „hier ausgegrenzt, geschmälert oder gar geschmäht werden“.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Nur so viel: Zehn Jahre nach diesem Text häufen sich die Krisen des Kapitalismus, hat sich die Kriegsgefahr im Vergleich zu damals enorm erhöht, gehen Faschisten in der Bundesrepublik Arm in Arm mit der AfD zum Terror über. Die neun am 19. Februar in Hanau Ermordeten waren kein Zufall, sondern zwangsläufige Folge einer Politik, die auf Haß und Hetze setzt. Wobei die AfD nur fortsetzt, was CDU und CSU über Jahrzehnte vormachten und praktizierten.

Und die Waffen werden angeschafft, um sie zu benutzen. In Syrien läßt der türkische Despot Erdoğan deutsche Panzer rollen und schießen. Die deutsche Bundeskanzlerin trägt dazu den Zynismus bei, der Westen sei beim Versuch, in Syrien einen Regime Change „von außen“ herbeizuführen, gescheitert. Schuld an Vertreibung und Flucht aber sei allein Rußland. Den gefährlichen Unfug verkündete sie am 3. März in der CDU-Bundestagsfraktion.

Der deutsche Imperialismus, der vor 75 Jahren dank vor allem der Roten Armee am Boden lag, schmiedet wieder eigene Pläne. Kriegsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zerbricht sich regelmäßig öffentlich den Kopf, in welche Weltgegend sie Soldaten schicken kann – Afrika, Ostasien, Irak. Von Brunnenbohren und Bau von Mädchenschulen, wovon Grüne und SPD schwärmten, als sie 2001 beschlossen, Bomben auf Afghanistan regnen zu lassen, ist keine Rede mehr. Unverhüllt wird der Krieg gegen Rußland

Aus dem Inhalt



| | |
|--|----|
| Mehr Militäreinsätze oder Frieden? | 2 |
| Für Frieden und Völkerverständigung | 4 |
| Der Kampf geht weiter – Das I. Welttreffen gegen den Imperialismus | 6 |
| Taschenspielertricks in Thüringen | 8 |
| Als die NSDAP zum ersten Mal Regierungspartei wurde | 9 |
| Worum geht es bei der „Neuen Seidenstraße“? | 11 |
| Fritz Schmenkel, „Held der Sowjetunion“ | 13 |
| Gegen die Verfälschung der Geschichte | 15 |
| Über die Einheit von revolutionärer Theorie und revolutionärer Praxis | 17 |
| Wir können ohne Lenin nicht schreiben, spielen, denken, dichten, malen ... | 20 |
| Meine Bekanntschaft mit Lenin | 21 |
| Walther Victor – auf Spuren der Klassiker | 24 |
| Auf der richtigen Seite der Barrikade | 26 |
| Das Prager-Haus in Apolda | 28 |
| „Wir sind überall auf der Erde ...“ | 31 |
| Wie die Akademie der Wissenschaften der DDR überlebte | 33 |
| Aufmarsch der Ewiggestrigen | 34 |
| McCarthyismus (Folge 1) | 35 |
| „RotFuchs“-Veranstaltungen im April | 36 |

Mehr Militäreinsätze oder Frieden?

Eine wichtige Rolle hat auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz (14.–16. Februar) die Debatte um einen beginnenden „Abstieg“ des Westens gespielt. Außenminister Heiko Maas etwa konstatierte nicht nur „die schrumpfende strategische Bedeutung Europas nach dem kalten Krieg“, sondern auch, „daß die Ära des omnipräsenten amerikanischen Weltpolitisten für alle sichtbar zu Ende geht“. „In diese geopolitische Lücke, die vor allem im Nahen und Mittleren Osten im Moment sichtbar wird, drängen andere“, äußerte Maas – „Länder wie Rußland, die Türkei oder Iran“; daher werde „über die Zukunft des Nahen Ostens“ heute „auch in Astana oder Sotschi entschieden anstatt in Genf oder New York“. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron beklagte ebenfalls „eine Schwächung des Westens“, die auch daraus resultiere, daß die Politik der Vereinigten Staaten bereits seit Jahren „einen gewissen Rückzug und ein Überdenken ihrer Beziehung zu Europa“ beinhalte. Die nach München gereisten US-Politiker freilich wiesen jeden Gedanken an eine Schwächung des Westens zurück. „Der Westen gewinnt, und wir gewinnen gemeinsam“, erklärte US-Außenminister Mike Pompeo. Während Pompeo mehr „Vertrauen in die transatlantische Allianz“ einforderte, sprachen sich deutsche und französische Politiker für eine aggressivere EU-Außen- und Militärpolitik aus. Macron plädierte dafür, deutlich schneller als bisher eine „Souveränität auf europäischer Ebene“ zu schaffen. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer forderte, „die Wirkung der deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ müsse „größer“,

„unser Handeln international besser abgestimmt und deutlicher sichtbar werden“. Außenminister Maas bekräftigte, die Bundesrepublik sei „bereit, sich stärker zu engagieren, auch militärisch“. „Deutsche Sicherheit“ werde heute nicht nur „am Hindukusch“ verteidigt, sondern auch „im Irak,

„Europa“ sei fraglos „der unabdingbare Rahmen für unsere Selbstbehauptung in der Welt“, hatte Steinmeier konstatiert: Die Union sei „die einzige gelungene Antwort auf die Herausforderungen unserer Geschichte und Geographie“. „Scheitert das europäische Projekt, dann stehen die Lehren der deutschen Geschichte in Frage.“

Die Naturfreunde Deutschlands warnten nach der Konferenz, Aufrüstung verschärfe die Konflikte, beseitige aber nicht deren Ursachen. Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde, konstatiert: „Daß viele der dort anwesenden Politiker und Militärs angesichts der immer schwieriger werdenden Weltlage nun vor allem aufrüsten wollen, ist ein Rückfall in die Militarisation der Weltpolitik.“

74,9 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben entfallen auf zehn Länder, wobei Deutschland nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI

fast 55 Milliarden Euro für Rüstung ausgibt. „Wenn der neue Fetisch, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, tatsächlich umgesetzt wird, steigt Deutschland je nach Berechnungsmethode auf Platz drei oder vier in der Rangliste der Länder mit den höchsten Militärausgaben auf“, so Müller. Insbesondere unter den aktuellen Herausforderungen des Klimawandels und der sozialen Polarisierung ist unsere immer schneller zusammenwachsende Welt auf Gegenseitigkeit, Frieden und Entspannung angewiesen. „Die verantwortlichen Politiker müssen zur Vernunft kommen, bevor es zu spät ist.“

Gestützt u. a. auf
german-foreign-policy.com



Unter dem Motto „**Alles muß sich ändern – Gegen Krieg und Umweltzerstörung**“ sind am 15. Februar etwa 6000 Menschen gegen die „Sicherheitskonferenz“ in München auf die Straße gegangen.

in Libyen und im Sahel“. Zuvor hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärt, „für Deutschland“ sei „die Entwicklung einer verteidigungspolitisch handlungsfähigen EU ... unabdingbar“. Auch Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, ließ sich mit der Aussage zitieren: „Das Militärische sollte man als ein Instrument unter mehreren im Instrumentenkasten haben.“ Eine „schlagkräftige Diplomatie“ verlange dies. Dazu wurden in München konkrete Optionen für künftige Auslandseinsätze diskutiert. Zu der Frage, was geschehen könne, sollte der Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht mit Hilfe der EU nicht gelingen, hatte sich Bundespräsident Steinmeier bereits zu Beginn der Münchner Konferenz geäußert.

Aufruf des OKV zum 8. Mai

Gemeinsam mit den fortschrittlichen Kräften in Deutschland begehen wir am 8. Mai 2020 den 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wir verbinden dieses geschichtsträchtige Datum mit dem Dank an unsere Befreier, besonders an die Angehörigen der Sowjetarmee. Die Sowjetunion hat mit 27 Millionen Toten und einem von den Faschisten verwüsteten Land den größten Beitrag für die Befreiung Europas geleistet. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ war eine der wichtigsten Schlußfolgerungen nach dem Sieg über das verbrecherische Deutschland.

Mit großer Sorge verfolgen wir, wie heute erneut faschistische Parteien, Organisationen und Bewegungen erstarken und von der EU und bürgerlichen Regierungen toleriert und unterstützt werden. Damit einher geht eine

beispiellose antikommunistische Hetze und Geschichtsfälschung, z. B. mit der Resolution des EU-Parlaments vom September 2019, in der die Sowjetunion mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg gemacht wird. Mit Sanktionen und antirussischen Parolen und Informationen wird seit Jahren ein verbaler und ein Wirtschaftskrieg gegen die Russische Föderation geführt. Der Aufmarsch von NATO-Truppen an Rußlands Grenzen, wie das gegenwärtige Manöver „Defender Europe 2020“, stellt eine Provokation und ernsthafte Gefahr für den Frieden dar. Die Geschichte beweist, das russische Volk will Frieden und gute Nachbarschaft mit anderen Völkern. Unübersehbar sind die Bemühungen der Russischen Föderation und ihres Präsidenten um eine friedliche Lösung aller internationalen Konflikte.

Angesichts der von der Politik westlicher Staaten, auch der BRD, ausgehenden Gefahr von Kriegen fordern wir:

- Aufhebung aller Sanktionen gegen Rußland
- Rückzug der NATO-Truppe von Rußlands Grenzen
- Frieden und Freundschaft mit Rußland

Wir demonstrieren unsere Verbundenheit und Solidarität mit Rußland, indem wir gemeinsam mit Antifaschisten und Friedensfreunden an den Gedenkveranstaltungen am Treptower Ehrenmal in Berlin teilnehmen: am 8. Mai zum Tag der Befreiung um 18 Uhr an der „Mutter Heimat“ und am 9. Mai (ab 11 Uhr) zum Tag des Sieges am Hauptmonument des Ehrenmals.

Die Militarisierung der Ostsee

Analog zur Eskalation der westlich-russischen Beziehungen hat in den letzten Jahren ein Prozeß der umfassenden Militarisierung der Region eingesetzt. Der erste Schub wurde 2014 als „Readiness Action Plan“ auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossen und dann auch umgesetzt. Zunächst erhöhte die NATO ihre militärische Präsenz vor Ort in Form von Übungen unter, auf und über der Ostsee. Darüber hinaus wurde die „NATO Response Force“ von 13 000 auf 40 000 Soldaten aufgestockt, also ein Anstieg auf 300 Prozent. Diese Truppenstruktur ist innerhalb von 5 bis 30 Tagen weltweit einsetzbar und damit die Schnelle Eingreiftruppe der NATO. Sie wurde jedoch nicht nur vergrößert, sondern auch intern umstrukturiert. Mit der „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF), umgangssprachlich Speerspitze genannt, gibt es jetzt innerhalb der „NATO Response Force“ eine Unterorganisation, die noch schneller in jeweilige Einsatzgebiete verlegbar sein soll. Zudem gibt es zusätzlich noch die „NATO Force Integration Units“ in den potentiellen Einsatzländern. Deren Aufgabe ist es, den ankommenden NATO-Truppen im Einsatzland schnell Orientierung zu geben, sowie vor Ort Unterstützungsnetzwerke aufzubauen. Mit dem „Readiness Action Plan“ wurde für Europa der Aufbau acht solcher Andockstationen beschlossen, vier davon in den östlichen Ostseeanrainern (Polen und baltische Staaten). Darüber hinaus wurden die stehenden Marinekräfte der NATO ausgebaut. In einem ersten Schritt hat die NATO also ihre Präsenz in der Ostseeregion erhöht, die Nachschubtruppen vergrößert und ihre Verlegzeiten verringert sowie an der russischen Grenze Strukturen aufgebaut, die diesen Nachschub in Empfang nehmen.

Mit jeweils einem Bataillon in Polen und den drei baltischen Staaten sind jetzt insgesamt rund 4000 NATO-Soldaten an der Ostflanke stationiert (dazu kommen noch im Rahmen der „European Deterrence Initiative“ bilateral von den USA verlegte Truppen).

2020 sollen 30 Flugzeugstaffeln, 30 Kriegsschiffe und 30 Infanterie-Bataillone (bis zu 36 000 Soldaten) plus Unterstützungskräfte „in eine Reaktionsfähigkeit von 30 Tagen oder weniger“ versetzt werden. Zudem wurde ein Logistikkommando in Ulm beschlossen, das schnelle Transporte „nach, durch und aus Europa“ organisieren soll, d. h. vor allem reibungslose Truppen- und Materialverlegungen nach Osteuropa.

Die Politik des NATO-Machtblocks steuert auf eine Konfrontation mit Rußland zu, seit man sich ab den frühen 90ern für die Osterweiterung entschieden hat. Die nächste Runde der Großmacht-Konfrontation war in der Expansion von NATO und EU von Beginn an angelegt. Das veranlaßt NATO und EU damals wie heute jedoch nicht, von diesem brandgefährlichen Kurs abzulassen. Seit 2014 hat offene Konfrontation das oberflächlich friedliche, fast schon stillschweigende Ringen um Osteuropa ersetzt. 1990 verlief die Trennlinie der Einflusssphären der beiden Großmächte noch durch Deutschland. Heute

ist Deutschland fest im NATO-Block verankert, und die Linie ist gut tausend Kilometer nach Osten verschoben. Viel Platz gibt es nicht mehr zum Ausdehnen: Ukraine, Moldawien, Weißrußland – und dann bleibt fast nur noch Rußland. Der Fokus der NATO verschiebt sich also von Osterweiterung zu Ostabsicherung. Schon im Jahr 2010 wurde durch bei Wikileaks veröffentlichte Depeschen des US State Department und von diversen US-Botschaften weltweit bekannt, daß die NATO unter dem Codenamen „Operation Eagle Guardian“ Pläne für militärische Auseinandersetzungen mit Rußland um Polen und die baltischen Staaten angefertigt hatte. Im Zentrum dieser Pläne steht der schnelle Einsatz von neun Divisionen aus den USA, Großbritannien, Deutschland und Polen, falls es in Europa zu einem militärischen Konflikt mit Rußland kommen sollte.

Die Bundeswehr wird derzeit systematisch für großangelegte Auseinandersetzungen mit Rußland hochgerüstet: Nach gegenwärtigen Planungen soll 2023 eine erste schwere Brigade (ca. 5000 Soldaten) in die NATO eingebracht werden, 2027 dann die erste Division (10 000 bis 20 000 Soldaten), und 2031 will die Bundeswehr dann drei Divisionen „beistuern“. Darüber hinaus wird auch das Material der Bundeswehr wieder auf sogenannte Randmeerkriege, also auf eine Konfrontation mit Rußland auf der Ostsee, ausgerichtet.

All diese Soldaten und ihre Schiffe müssen koordiniert und befehligt werden. Dazu etabliert die Bundesrepublik in Rostock gerade ein neues Zentrum zur Kriegsführung auf der Ostsee, das ihren regionalen Führungsanspruch in der Region untermauern soll. Zunächst hat die deutsche Marine all ihre Kommandostrukturen räumlich und strukturell in Rostock zusammengefaßt. Bis 2025 soll dieses neue Marinekommando zu einem NATO-Marinekommando für die Ostseeregion aufgestockt werden. Dadurch versucht die Bundesregierung, sich als zentraler Akteur zu positionieren. Rostock soll zur Schaltzentrale für NATO-Aktivitäten im Baltikum werden. Zentraler Bestandteil des Marinekommandos ist bereits und soll auch in Zukunft der Stab DEU MARFOR sein. Er wurde am 23. Januar 2019 in Dienst gestellt und ist Produkt eines Konzentrationsprozesses der Kommandostrukturen der deutschen Marine. Diese waren vor 2019 noch auf Rostock, Kiel und Wilhelmshaven und damit auch auf mehrere, kleinere Stäbe verteilt. Seit Januar sind sie jetzt im DEU MARFOR räumlich und strukturell zusammengefaßt. Allein das extra zu diesem Zweck errichtete Gebäude kostete 66 Millionen Euro, ganz zu schweigen von den Unterhaltskosten und den Kosten der multinationalen Manöver, die Rostock auch in Zukunft noch abhalten wird. Zur Zeit besteht der Stab aus 100 Posten, von denen 25 für Soldaten aus Partnerstaaten vorgesehen sind. Bis 2025 soll er jedoch auf bis zu 180 Posten, mit wiederum 75 für Partnerstaaten, anwachsen. Denn aus dem konzentrierten, nationalen Stab mit internationalem Anteil soll bis dahin eine offizielle NATO-Kommandostruktur

(BMCC, Baltic Maritime Component Command) für die Ostseeregion werden. DEU MARFOR soll dabei das „Kernelement“ dieses NATO-Marinekommandos bilden. Die Admirale in Rostock befehlen also in Zukunft nicht nur die gesamte deutsche Marine, sondern werden darüber hinaus auch NATO-Einsätze kommandieren. Aber nicht nur die Matrosen der NATO werden ihre Befehle in Zukunft aus Rostock erhalten. Das Marinekommando plant, auch in anderem Rahmen und „auch in anderen Regionen“ multinationale Einsätze zu führen. Beispielsweise in der EU oder aber auch einfach mit den anderen Ostsee-Anrainern (ausgenommen Rußland natürlich). So etwa die im September 2019 abgehaltene Übung „Northern Coasts“. Diese Militärübung findet seit 2007 jährlich statt. 2019 wurde sie vom DEU MARFOR geplant und kommandiert. Sie gilt als erster Testlauf des neuen Stabes. Das Szenario spricht dabei Bände über die Funktion des (NATO-)Marinekommandos in der Region: Ein Staat (gemeint ist Rußland) besetzt eine Ostseeinsel und „bedroht“ damit die Seewege bis in den westlichen Teil der Ostsee hinein. Gleich bei erster Gelegenheit proben die Herren in Rostock also den Kampf mit Rußland um die Kontrolle über die Ostsee. Die Seewege der Ostsee sind für die Anrainer nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung, sie haben darüber hinaus auch militärstrategische Relevanz: Sie sind die Verbindungslinien vom Atlantik zu den baltischen Staaten, von der NATO zu ihren östlichen Mitgliedern. Krieg gegen Rußland, so weit ist es noch nicht. Relevanz hat das Marinekommando in Rostock jedoch schon jetzt. Schon heute organisiert es die Präsenz von Soldaten und Kriegsschiffen auf der Ostsee und treibt damit die Militarisierung der Region voran. Schon heute organisiert es die militärische Zusammenarbeit der Anrainer-, EU- und NATO-Staaten und gliedert auch gerade die „neutralen“ Staaten Finnland und Schweden in den NATO-Block ein. Damit leistet es auch einen Beitrag zur militärischen Integration der EU-Staaten und treibt also die Militarisierung der EU voran. NATO und Deutschland bereiten sich auf einen Krieg mit Rußland vor, und zwar schon lange nicht mehr nur auf dem Papier. Die Bundesregierung beteiligt sich tatkräftig an dieser Kriegstreiberei. Das hat Berlin mit dem Aufbau des Marinekommandos erneut eindeutig bewiesen. Wer nicht ernsthaft über einen Krieg in Osteuropa nachdenkt, wer einen Krieg mit der Atommacht Rußland ausschließt, der braucht auch kein NATO-Marinekommando in Rostock.

Merle Weber

Gekürzt aus: „IMI-Analyse“, 33/2019

„Im Abendland hat es niemals ein Christentum gegeben, sonst wären von dort nicht ständig Kriege ausgegangen.“

Mahatma Gandhi

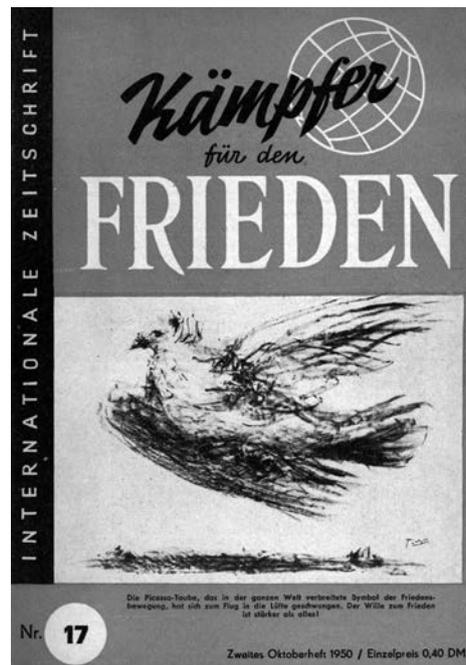
Zur Erinnerung an die Urteilsverkündung im Prozeß gegen das westdeutsche Friedenskomitee vor 60 Jahren Für Frieden und Völkerverständigung

Die Geschichte der politischen Justiz in der Ära Adenauer wird neben dem KPD-Prozeß und dem Verbot der Freien Deutschen Jugend auch vom Verfahren gegen Mitglieder des westdeutschen Friedenskomitees überschattet. Es war am 5. Mai 1949 in Bonn gegründet worden und setzte sich vor allem für einen Friedensvertrag und Verhandlungen zwischen den alsbald entstandenen beiden deutschen Staaten und ein friedliches Verhältnis zur Sowjetunion ein. Der in jener Zeit initiierte kalte Krieg stand dieser Zielstellung im Wege. Hinzu kam, daß der erste Kanzler der Bundesrepublik eine Politik der Aufrüstung betrieb, mit der Zielstellung, die BRD in die NATO einzugliedern. Die Remilitarisierungsbestrebungen der jungen Bundesregierung nahmen sehr schnell und intensiv an Fahrt auf. Alte, bereits von den Nazis verfolgte Feindbilder lebten wieder auf. Zum Hauptfeind wurde die Sowjetunion erklärt und mit ihr alle Länder, die eine sozialistische Entwicklung anstrebten. Hierzu gehörten auch Bundesbürger, die sich diesem staatlichen Ziel widersetzten. Sie wurden entweder verfolgt, weil sie Kommunisten waren oder weil behauptet wurde, sie würden kommunistische Ziele verfolgen. Dabei zeigte sich sehr schnell, daß die bundesdeutsche Außenpolitik der damaligen Zeit von vielen Bürgern nicht gebilligt wurde und eine breite Ablehnung gegen die Wiederbewaffnung bestand. Dem wollte die Bundesregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken. Die Politik des „Rollback“ sollte um jeden Preis durchgesetzt werden. So überrascht es nicht, daß auch die Justiz in diesen Feldzug gegen alles, was links, demokratisch und antimilitaristisch eingestellt war, eingespannt wurde. Den Auftakt dazu bildete das eigens zu diesem Zweck geschaffene erste Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951, welches als „Blitzgesetz“ in die Geschichte einging. Es verschärfte die Strafverfolgung vor allem gegen Kommunisten und führte zur Bildung von Sondergerichten in Gestalt politischer Sonderstrafkammern. Die angestrebte Volksbefragung gegen die Remilitarisierung in der BRD wurde bereits im Frühjahr 1951 durch die Regierung untersagt. Nach dem Verbot der KPD durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 wurde die Strafverfolgung gegen all jene ausgeweitet, die auch nur irgendwie verdächtig waren, Ziele der KPD weiterzuverfolgen oder sich für friedliche Beziehungen zu allen anderen Staaten – unabhängig von der jeweils dort herrschenden Gesellschaftsordnung – einzusetzen. So kam es dazu, daß auch Mitglieder der westdeutschen Friedensbewegung kriminalisiert wurden. Sieben von ihnen, Johannes Oberhof, Erwin Eckart, Walter Diehl, Gerhard Wohlrath, Gustav Tiefes, Erich Kompalla und Edith Hoereth-Menge, wurden beschuldigt, Rädelsführer einer verfassungsfeindlichen

Organisation zu sein. Das Ermittlungsverfahren war bereits 1952 eingeleitet worden. Die Voruntersuchungen begannen allerdings erst drei Jahre später. Erst im Frühjahr 1957 wurden sie abgeschlossen, und der Generalbundesanwalt erhob am 25. November 1958 Anklage. Die Beschuldigten sollten bereits seit 1951 „fortgesetzt und gemeinschaftlich durch dieselbe Handlung a) die Bestrebung einer Vereinigung, deren Zwecke oder deren Tätig-

eine verunglimpfende Propaganda“ zu betreiben und „die Verfassungsgrundlagen in der Bundesrepublik“ herabzuwürdigen. Diese Zielsetzung sei verschleiert worden und ziele letztlich auf eine „Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung“ ab. Wie groß muß die Angst gewesen sein, daß die Tätigkeit des Friedenskomitees in der westdeutschen Bevölkerung breite Zustimmung findet und die von der Bundesregierung beabsichtigte Remilitarisierung nicht durchgesetzt werden kann?

Die umfangreichen Einwendungen der Angeeschuldigten wurden jedoch ignoriert, und der Bundesgerichtshof hat am 10. März 1959 die Anklage zugelassen und das Hauptverfahren eröffnet. Er bestimmte die Zuständigkeit des Landgerichts Düsseldorf für die anstehende Verhandlung. Diese begann am 10. November 1959 und sollte bis zum 8. April 1960 dauern. Die Angeklagten hatten hervorragende Anwälte ausgewählt, die sie in diesem Prozeß verteidigten. Das waren Walter Ammann, Diether Posser, Heinrich Hannover, Friedrich Karl Kaul und der britische Kronanwalt Denis Nowell Pritt. Der bereits zu Beginn des Verfahrens gestellte Antrag, dieses einzustellen, weil letztlich nicht nachvollziehbar ist, worauf die Anklage fußt und was die Angeklagten eigentlich strafrechtlich Relevantes getan haben sollen, wurde durch das Gericht zurückgewiesen. Das Verfahren gegen die siebte Angeklagte Edith Hoereth-Menge wurde zuvor durch das Gericht wegen deren schlechten Gesundheitszustandes abgetrennt und vorläufig eingestellt. An insgesamt 56 Verhandlungstagen versuchte das Gericht nunmehr in einer Beweisaufnahme, die Anklagevorwürfe zu belegen. Dazu sollten zahlreiche Dokumente verlesen werden, und die Anklagebehörde bot 18 Zeugen auf. Die Verteidigung hatte insgesamt 45 Zeugen benannt, vor allem Persönlichkeiten, die sich in der Weltfriedensbewegung engagierten. Sie bestätigten, daß die angeklagten Mitglieder des westdeutschen Friedenskomitees „für eine friedliche, demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik und für die Verständigung zwischen den Völkern, insbesondere auch für die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den benachbarten Völkern eingetreten“ sind. Doch das Gericht machte keine Anstalten, diesem Ergebnis der Beweisaufnahme folgen zu wollen. Der Essener Rechtsanwalt Dr. Posser kritisierte deshalb mit aller Schärfe: „Die verfassungsfremde Absicht muß doch anhand von Tatsachen festgestellt werden und nicht anhand von Thesen, die irgend jemand behauptet und die Sie nun bewußt oder unbewußt in den Vorsatz der Angeklagten hineininterpretieren ... Die erste Feststellung, die der Wahrheit dient, ist doch die: Sind denn die Erklärungen der Angeklagten und des Friedenskomitees wahr oder nicht? Wenn nämlich wahr ist, daß zum Beispiel die Regierung



keit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, als Rädelsführer gefördert zu haben, b) an einer Verbindung teilgenommen zu haben, deren Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, und zwar als Vorsteher, c) eine Vereinigung gegründet zu haben, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, strafbare Handlungen zu begehen, oder sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt zu haben, wobei die Angeschildigten zu den Rädelsführern gehörten, wobei ferner die Verfehlungen zu b) und c) in der Absicht begangen wurden, die in § 88 StGB bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben oder eine solche Bestrebung zu fördern“. Gestützt wurden diese Vorwürfe darauf, daß es sich bei dem westdeutschen Friedenskomitee um eine „von der KPD/SED organisatorisch und finanziell abhängige und gelenkte Tarnorganisation“ handle, die „fortgesetzt die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik angegriffen und zu erschüttern versucht“ habe. Zum Beweis wurden zahlreiche Veröffentlichungen, vor allem Broschüren und Redetexte herangezogen, die angeblich dazu dienten, gegen den Bundeskanzler und die Bundesregierung planmäßig

der Bundesrepublik Deutschland sich während der ersten Legislaturperiode bemüht hat, die Wiederaufrüstung gegen die geschriebene Verfassung durchzudrücken und damit nach Ansicht vieler Leute Verfassungsbruch betrieben hat, dann kann man nicht sagen, daß die Behauptung (des Friedenskomitees) in dieser Richtung ‚systematischer Hetzfeldzug‘ sei ... Alle Angeklagten haben das Recht, nur dann verurteilt zu werden, wenn sie gegen das Gesetz verstoßen haben. ... Diese Feststellung, ob ein Verstoß gegen das Gesetz vorliegt, verhindern Sie durch die Ablehnung der Beweisanträge ... Ich will Ihnen offen gestehen, daß ich den Eindruck habe, daß es besser sein würde, solche Prozesse nicht in justizförmigen Verfahren durchzuführen, sondern die Angeklagten auf dem Verwaltungswege anhand und nach Lage der Akten und nach den Diensten der Zuträger in ein Lager zu sperren. Es wäre ehrlicher!“

Am 10. März 1960 kam die Staatsanwaltschaft zwar zu der Auffassung, daß die Behauptung, die Angeklagten seien Mitglieder bzw. Rädelführer einer kriminellen Vereinigung, sich

nicht bestätigt habe, gleichwohl hielt sie aber daran fest, das Friedenskomitee verfolge verfassungsfeindliche Absichten. Demgemäß sei eine Staatsgefährdung gegeben. Außerdem sei da noch die Nähe zur KPD, die sich des Friedenskomitees zur Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele bediene. Auch der aus heutiger Sicht merkwürdige Vorwurf der Geheimbündelei sei gegeben. Man habe zwar das Eintreten für den Frieden propagiert, aber in Wirklichkeit sei es um „die Übertragung der sowjetzonalen Verhältnisse auf die Bundesrepublik“ gegangen. So beantragte die Staatsanwaltschaft Haftstrafen, die bei vier Angeklagten für bewährungsfähig erachtet wurden.

Zwei Wochen nach dem Schlußvortrag der Staatsanwaltschaft plädierten die Verteidiger nacheinander. Sie setzten sich vor allem mit der sogenannten Übertragungstheorie auseinander und mit der Bedeutung der Erhaltung des Weltfriedens und verlangten Freispruch. Am 8. April 1960 verurteilte das Landgericht Düsseldorf fünf der Angeklagten zu Freiheitsstrafen zwischen einem Jahr und drei

Monaten, die mit Ausnahme des Angeklagten Diehl, der die höchste Strafe erhielt, zur Bewährung ausgesetzt wurden. Der sechste Angeklagte erhielt eine Geldstrafe von 500 DM. Die gegen diese Verurteilung eingelegte Revision zum Bundesgerichtshof wurde von diesem verworfen, und eine daraufhin erhobene Verfassungsbeschwerde führte auch nicht zur Aufhebung des Urteils.

Wer sich in den 50er Jahren in der BRD für die Erhaltung des Weltfriedens und gegen Militarismus und Wiederbewaffnung einsetzte, lief Gefahr, strafrechtlich verfolgt zu werden, weil immer ein Konstrukt gefunden werden konnte, um eine Nähe zur KPD herzustellen, der ihrerseits wiederum unterstellt wurde, die verfassungsmäßige Ordnung angreifen zu wollen. So erweist sich die in diese Richtung gehende Rechtsprechung jener Tage als Gesinnungsjustiz. Es sollte noch ein knappes Jahrzehnt vergehen, bis das 1951 eingeführte politische Strafrecht entrümpelt wurde. Leider sind betroffene Verurteilte trotzdem bis heute nicht rehabilitiert.

Ralph Dobra

Rede auf dem internationalen Schriftstellertreffen in Sofia (1980)

Erziehung zum Frieden

Werte Freunde, zuerst ein Wort im Auftrag: Die Mitglieder des PEN-Zentrums der Deutschen Demokratischen Republik solidarisierten sich mit unserer Versammlung.

Die Arbeit für den Frieden, für die Freundschaft zwischen den Völkern, für den freien, fruchtbaren Austausch der Kulturen ist das erste und höchste Prinzip der Charta des Internationalen PEN, die wir unterschrieben haben.

Dank auch vorab, lieber Ljubomir Lewtschew, Dank unseren bulgarischen Gastgebern für alle ihre Mühen, für die Brüderlichkeit, Leidenschaft, Energie, mit der sie unsere Sache fördern!

Ich muß und will mich kurz fassen. Also, statt zu argumentieren, lasse ich meine Gedanken springen. Bitte versuchen Sie, fünfmal mitzuspringen!

Sprungbrett: Weltparlament der Völker.

Erster Sprung: Polnische Soziologen haben errechnet (Juri Bondarew erwähnte es gestern bereits): Seit Ende des 2. Weltkrieges wurden auf unserem Planeten 116 lokale Kriege geführt. Tote: 25 bis 30 Millionen ... In 35 Jahren weltweite Friedenstage: nur 28; nur 28 Tage ohne Krieg ...

Zweiter Sprung: „Wissen Sie, was uns eine einzige Mittelstreckenrakete kostet? Für den Preis könnten wir jeden der acht Millionen Moskauer Bürger mit einem Kühlschranks und einer Waschmaschine versorgen!“ Die bittere Rechnung, nicht ohne Traurigkeit vorgetragen, stammt aus einem verbürgten

Gespräch mit einem hohen sowjetischen Staatsmann.

Dritter Sprung: Eine ähnliche Rechnung machte im Plenum ein amerikanischer Wissenschaftler auf: Für den Preis eines einzigen Atomunterseeboots der USA könnten 13 Millionen Kinder in den Entwicklungsländern eine vierjährige Grundschulausbildung erhalten ... 13 Millionen Kinder ...!

Vierter Sprung: Beim siebenstündigen Rundtischgespräch von Wissenschaftlern, Kulturschaffenden und Pädagogen hat mich der Beitrag von Professor Beljakow am tiefsten beeindruckt. Prof. Beljakow, sowjetischer Friedensforscher, arbeitet am UNESCO-Institut in Wien. Er sagte (in Kurzfassung):

„Wir müssen neue Formen der Propaganda gegen den Krieg erarbeiten und weltweit, organisiert und koordiniert, anwenden. Das Arbeitsfeld der Intellektuellen ist die Erziehung zum Frieden. Da haben wir viel nachzuholen und mehr neu zu holen ...“ So gäbe es noch keine wissenschaftlichen Untersuchungen über den lebensgefährlichen Widersinn des Wettrüstens.

Prof. Beljakow machte zwei praktische Vorschläge, die mich überzeugten. Erstens schlug er vor, unter dem Patronat der UNESCO ein Buch über die Folgen des Atomkrieges zu erarbeiten und herauszugeben. Es sollte allen Ländern zur Auflage gemacht werden, das Buch als Pflichtlektüre ins Programm der Schulen aufzunehmen. Zweitens: Die Völker und ihre Regierungen sollten darauf dringen, daß die UNO eine

neue internationale Rechtsnorm setzt: daß die UNO den Atomkrieg wie die Vorbereitung des Atomkrieges zum Kapitalverbrechen gegen die Menschheit erklärt.

Fünfter Sprung: Die Botschaft, die Todor Shiwkow gestern an uns gerichtet hat, überzeugt mich durch ihre Direktheit, Klarheit und Sachlichkeit.

Auch durch ihre Ruhe.

Werte Freunde!

Ich meine, die Verteidigung des Friedens verlangt von uns allen Ausdauer und Standfestigkeit, historische Geduld, besser planetarische Geduld. Und Ruhe: Ruhe im Kampf wie Ruhe in der Arbeit.

Diese große Ruhe, die aus unserer Solidarität wächst, aus unserer bewußten Gemeinsamkeit, die finde ich schön. Ich spreche von der Schönheit, weil der Begriff im Entwurf unseres „Briefes an die Schöpfer der Zukunft“ so oft bemüht wird. Schön finde ich Direktheit, Klarheit und Sachlichkeit, weil sie unabdingbare Werkzeuge sind, um der Bedrohung, deren soziale Wurzeln wir kennen, Herr zu werden.

Nicht nur die Hoffnung gibt uns Flügel.

Unsere Flügel geben uns Hoffnung. Ich denke, der Lebenswille der Menschen ist unausrottbar.

Das sollte unser Gruß nach vorn sein, an die schöpferischen Menschen kommender Generationen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Paul Wiens (1922–1982)

RF-Archiv

Der Kampf geht weiter

Der Jahresbeginn war gar nicht so trist. Der Januar brachte gleich drei Veranstaltungen, die Hoffnungen wecken und Mut machen: das Treffen von Repräsentanten der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) am 8. Januar in Mexiko-Stadt, die 25. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ am 11. Januar in Berlin und das I. Welttreffen gegen den Imperialismus des Forums von São Paulo vom 22. bis 24. Januar in Caracas. Hunderte Delegierte aus 50 Ländern versammelten sich in der Hauptstadt Venezuelas. Das

voranzuschreiten. Wir sind Völker im Widerstand, die für ihre Souveränität und revolutionären Programme kämpfen, um weiter voranzukommen.“

In Arbeitsgruppen wurden Themen der Umweltentwicklung, der Suche nach einem vertretbaren Wirtschaftsmodell und Erfahrungen der fortschrittlichen Regierungen in der Welt als Alternative zum Neoliberalismus behandelt. Es soll ein Kampfplan erarbeitet werden, der die internationale antiimperialistische Agenda des XXI. Jahrhunderts und die Zurückdrängung der USA-Hegemo-

seiner Eröffnungsrede, daß Mexiko alles tun wird, um den Einheitsgedanken von CELAC neu zu beleben und die Gemeinschaft zu stärken. Seine Regierung sei bereit, CELAC neue Impulse zu geben und vorrangig Themen wie die Kooperation zur Überwindung der Armut in den CELAC-Ländern auf die Tagesordnung zu setzen.

Argentiniens Außenminister Felipe Solá erklärte, daß es für die Länder Lateinamerikas und der Karibik unerlässlich sei, ihre Bündnisse wiederzubeleben. Konflikte müßten in diesem Rahmen politisch gelöst werden. Nur so komme man auch in der wirtschaftlichen Integration weiter voran.

Kubas Außenminister Bruno Rodríguez erinnerte an die Proklamation des 2. CELAC-Gipfels 2014 in Havanna. Darin geht es vorrangig um die Reduzierung der Armut und die Entwicklung der Region zu einer „Zone des Friedens“. An diesen Zielen müsse CELAC festhalten.

Sein Kollege Denis Moncada aus Nicaragua erklärte, daß die Versammlung eine besondere Möglichkeit bietet, um die Fortschritte, Errungenschaften und die Erschließung neuer Horizonte der Gemeinschaft wiederzubeleben und zu vertiefen. Er gratulierte Mexiko, seiner Regierung und seinem Volk zum Vorsitz dieses Forums der brüderlichen Einheit und versicherte sie der Unterstützung seines Landes. Während des Treffens tagten die Außenminister. Ihr mexikanischer Kollege Marcelo Ebrard stellte einen Aktionsplan seiner Regierung vor. Er enthält 14 Punkte und soll in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden. Er stellt als Aufgaben, ein gemeinsames Luft- und Raumfahrtprogramm zu entwickeln, gemeinsame Einsatzgruppen und Präventionsmaßnahmen zum Schutz vor Naturkatastrophen aufzustellen, für die nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen zusammenzuarbeiten, den gemeinsamen Einkauf von Produkten für die Märkte der Region zu organisieren und auf dem Gebiet des Tourismus zu kooperieren.

Bereits im Januar 2015 tagte die 1. Ministerberatung des Forums China-CELAC im Großen Palast in Beijing. Sie nahm einen Fünfjahresplan der Zusammenarbeit sowie der Regeln dieser neuen bilateralen Organisation und des Beschlusses über die nächste Sitzung im Jahre 2018 in Chile an. Nach den Wahlen rechter Regierungen nach 2015 schloffen die Beziehungen ein. Ebrard erklärte nun, daß die Kooperation des Bündnisses mit China in den Bereichen Handel, Investitionen, Technologie und Ausbau der Infrastruktur wieder aufgenommen werden soll. An der nächsten Ministerberatung in Shanghai wollen 29 CELAC-Mitgliedsländer teilnehmen.

Aus den drei erwähnten Veranstaltungen ziehe ich den Schluß: Trotz aller Gefahren und Rückschläge müssen wir uns den historischen Optimismus nicht nehmen lassen. Es gibt kräftiges Potential gegen den Imperialismus. Wir müssen es nur wahrnehmen, es anerkennen und mit ihm gemeinsam handeln.

Wolfgang Herrmann
Dreesch



Beim „I. Welttreffen gegen den Imperialismus“ in Caracas

Treffen stand unter der Losung „Für das Leben, die Souveränität und den Frieden“. „Vom Großen Vaterland, von der Wiege Bolívars und Chávez' aus, rufen wir dem Imperialismus und seinen Lakaien zu, daß wir bereit sind, für unsere Unabhängigkeit, gegen jeden Feind, der den Fehler begeht, uns anzugreifen, zu kämpfen. Wir werden siegen!“ erklärte der Präsident der Nationalen Verfassungsverammlung Venezuelas Diosdado Cabello.

„Die Kriegspolitik der USA kann man als eine globale Aktion beschreiben, die versucht, ihre Vormachtstellung auf dem Wege militärischer Stärke, begleitet von terroristischen Aktionen, Paramilitärs, einseitigen Zwangsmaßnahmen, außerterritorialen Gesetzen, Invasionen, Einrichtung militärischer Basen und weiteren Aggressionen zu sichern“, erklärte der Delegierte der Intergewerkschaft Brasiliens Edson Da Silva.

„Wir brauchen eine antiimperialistische Agenda, welche die militärische Einnischung anprangert, denn sie ist eine Bedrohung für die Menschheit und für Mutter Erde“, stellte Jeanette Charles, Delegierte des Komitees zur Unterstützung des Volkes der Chiapas in den USA, fest.

Die junge Sandinistin Magally Rodríguez trat für die lateinamerikanische Einheit ein, für die Comandante Hugo Chávez kämpfte und welche die Völker Kubas, Venezuelas und Nicaraguas verbindet. „Das Ziel dieses Treffens besteht doch darin, die lateinamerikanischen Bande zu verstärken, um im Großen Vaterland

nie beinhaltet. Die Teilnehmer des Treffens verabschiedeten eine Deklaration (*Auszüge nebenstehend*).

Am 8. Januar 2020 übernahm Mexiko in Mexiko-Stadt den Vorsitz der CELAC von Bolivien. An der Veranstaltung nahmen hohe Repräsentanten von 29 der 34 Mitgliedsländer teil. Die von Washington unterstützte Putsch-„Regierung“ Boliviens war nicht anwesend. Sie hatte sich nach dem Putsch gegen Präsident



ENCUENTRO MUNDIAL
CONTRA EL IMPERIALISMO
"Por la vida, la soberanía y la paz"

Evo Morales wie Brasilien, Kolumbien und Chile der von Washington geförderten „Lima-Gruppe“ angeschlossen. Diese Gruppe ruft entgegen dem Willen der Mehrheit der CELAC-Mitglieder dazu auf, die Maduro-Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela zu stürzen.

Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador (Presidente AMLO) versicherte in

Abschlußerklärung des I. Welttreffens gegen den Imperialismus

Wir Delegierte der politischen Parteien und sozialen Bewegungen, versammelt auf dem „Welttreffen gegen den Imperialismus“ in Caracas, der Hauptstadt der Bolivarischen Republik Venezuela, sind nach unseren Beratungen zu folgenden Schlußfolgerungen gekommen:

Die Zukunft der Menschheit ist in großer Gefahr. Der Frieden auf dem Planeten ist infolge der militärischen Aggressionen der USA und ihrer Verbündeten sowie des tödlichen Wettrüstens, das den großen Rüstungskonzernen des militärisch-industriellen Komplexes Riesenprofite bringt, ernsthaft bedroht. Der Krieg ist der bevorzugte Mechanismus der imperialistischen Expansion, speziell der US-amerikanischen. Das sehen wir in den jüngsten regionalen Konflikten, von denen die Völker Syriens, Jemens, Iraks, Libyens, Afghanistans und die ganze Region schwer betroffen sind.

Gleichzeitig leidet die Menschheit unter den von der Gefräßigkeit des kapitalistischen Wirtschaftsmodells verursachten Verwüstungen. In seiner selbstmörderischen Ausbreitung zerstört dieses Modell die Natur durch die unersättliche Besessenheit, Profite zu maximieren. Das ist genau die Logik des kapitalistischen Systems, welche nicht nur sein weiteres Funktionieren gefährdet, sondern auch die Menschheit mit Aussterben bedroht.

Das neoliberale Modell, das die Globalisierung der großen Konzerne unter der Herrschaft der imperialistischen Staaten umsetzt, hat die Weltwirtschaft sehr verletzlich gemacht. Eine Krise folgt der anderen, die großen Finanzspekulant beherrschen den Planeten. Bei der Verteilung der erzeugten Reichtümer wurden Größenordnungen an Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Ausgrenzung erreicht, die einem wachsenden Teil der Weltbevölkerung schaden. Die Geißel der Armut und des Elends betrifft Milliarden Menschen wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Zweifellos erzeugt die Entwicklung des Kapitalismus vom sozialen, politischen und ethischen Standpunkt aus unhaltbare Zustände.

Hinzu kommt eine ethische Krise, die aus der Wesensart der Marktwirtschaft entsteht, wo die nationalen Kulturen und menschlichen Werte begraben werden und die Konsumgesellschaft errichtet wird. Der Kult um die Anti-Werte des Kapitalismus trägt dazu bei, die Krise des menschlichen Daseins im derzeitigen Modell des Zusammenlebens zu vervielfachen.

Der Imperialismus ist in der Krise, was ihn aggressiver, gefährlicher und zerstörerischer macht. Vor dem Hintergrund einer unipolaren Welt bürdet uns der US-Imperialismus eine Strategie der globalen Herrschaft auf. Der geopolitische Einsatz des Weißen Hauses angesichts des Widerstandes der Völker und des Auftretens aufstrebender Kräfte besteht darin, daß es seine Vormachtstellung mittels einer neokolonialen Politik verteidigt, die

darauf orientiert, sich die Naturressourcen, vor allem die energetischen Ressourcen anzueignen, die Märkte zu kontrollieren und die anderen Nationen politisch zu beherrschen. Um die aktuelle ungerechte Weltordnung zu erhalten, verletzt der Imperialismus das Völkerrecht. Er verwandelte die Welt in eine große Bühne militärischer Operationen, entwickelt einseitige Zwangsmaßnahmen, stellt exterritoriale Gesetze auf, attackiert den Multilateralismus, verletzt die Souveränität der Nationen und unterdrückt die Selbstbestimmung der Völker. Seine arrogante Konzeption kennt keine Grenzen. Er geht, so weit ihn seine expansionistischen Interessen tragen.

Im Gleichklang mit dieser Politik greift der Imperialismus auf die militärische Intervention, die politische Destabilisierung der Regierungen, den Krieg und die Wirtschaftsblockade zurück. Seine strategische Planung konzipiert die NATO zum globalen militärischen Arm des Neoliberalismus. Zusätzlich wendet er im Rahmen seiner Doktrin des nichtkonventionellen Krieges terroristische Aktionen, die Nutzung paramilitärischer Banden, Gerichtsprozesse gegen antiimperialistische Anführer und selektiven Mord an. Der Imperialismus stellt eine Gefahr für die Menschheit dar. Seine Praktiken werden mittels der Kulturindustrie des Kapitalismus, der transnationalen Konzerne der Kommunikation und der Nutzung der „sozialen“ Netze „legitimiert“. Gleichmaßen wird die Nutzung von „Big Data“ zu einer gewaltigen Waffe, um das Verhalten der Bevölkerung zu verändern und ihre politischen Entscheidungen zu beeinflussen. In der Absicht, ein „einheitliches Denken“ einzuführen, manipulieren die Mächtigen der Welt religiöse Überzeugungen. Sie sind bestrebt, die aktuellen Machtverhältnisse auf Kosten der Demokratie, die Einrichtung des freien Marktes, den Rassismus eurozentrischer Herkunft, die Ausgrenzung von Minderheiten, die Unterdrückung der Geschlechter und viele andere Dinge zu rechtfertigen, die den Anforderungen der Diktatur des Kapitals perfekt entsprechen.

Der neoliberale Kapitalismus stützt sich auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse und unterdrückt einmal mehr die Frauen in der Absicht, die Profite der großen transnationalen Konzerne zu maximieren. Er nimmt der Jugend die Zukunft und vernebelt die Identität der Eingeborenen-Völker. Das beweist, daß die Lösung der großen Weltprobleme aktuell ein neues Modell des menschlichen Zusammenlebens verlangt.

In diesem Kontext erhebt sich die vielseitige und multipolare Welt mit größerer Kraft. Das politische und wirtschaftliche Erstarren solcher Mächte wie Rußland und China zusammen mit weiteren Nationen macht sie zu einem immer ernsthafteren Gegengewicht zum US-Imperialismus. Offensichtlich haben der heldenhafte Widerstand im Mittleren Osten und die Kämpfe der Völker Lateinamerikas und der Karibik die Pläne

des Imperialismus gebremst und zurückgedrängt.

Noch mehr, die Erfahrungen der fortschrittlichen Regierungen in der Welt scheinen bereits eine Alternative zum Neoliberalismus zu bilden. Beispiel dafür ist die Bolivarische Revolution, die sich als eine antiimperialistische Referenz mit einer enormen Volkskraft im Rahmen der mächtigen zivil-militärischen Union und auf der Basis der Ideen des Befreiers Simón Bolívar und des Comandante Hugo Chávez erweist.

Das hat zur brutalen Attacke des US-Imperialismus auf das venezolanische Volk geführt. Das venezolanische Volk, das voller Würde und Liebe zu seinem Vaterland steht, hat seinen Kurs zum Sozialismus in zahlreichen Wahlen, welche die im Lande bestehende starke partizipatorische Demokratie widerspiegeln, bestätigt. In schwierigen Zeiten des Kampfes hat das Volk die Gefahren der US-Militärintervention, Putschversuche und Ausbrüche terroristischer Gewalt abgewehrt. Das Beispiel Venezuelas zusammen mit Nicaragua und Kuba sowie die jüngsten Fortschritte in Argentinien und Mexiko haben das Erstarren der antiimperialistischen Kräfte bewirkt. Das könnte wiederum zum Wiedererstarren neuartiger regionaler Integrationsmechanismen (CELAC, ALBA-TPC, PETROCARIBE etc.) führen. Obwohl sich in Honduras, Paraguay, Brasilien, Ecuador, El Salvador und Bolivien der Neokolonialismus im Rahmen der Neuauflage der Monroe-Doktrin wieder belebt, gehen die Volkskämpfe weiter.

Das „Welttreffen gegen den Imperialismus“ vereinbart

- eine einheitliche Weltplattform aufzubauen, die von den Kontinenten, Regionen, Subregionen und Ländern organisiert wird, um dem Imperialismus entgegenzutreten. Unter Beachtung der territorialen Besonderheiten wird eine entsprechende Organisationsstruktur gebildet;
- im Verlauf des Jahres 2020 „Kontinentaltreffen gegen den Imperialismus“ durchzuführen, um einheitliche kontinentale, regionale und subregionale Plattformen zu schaffen, welche die Rahmenbedingungen für einen gemeinsamen Kampfplan gegen den Imperialismus artikulieren;
- das „II. Welttreffen gegen den Imperialismus“ nach Caracas, Hauptstadt der Bolivarischen Republik Venezuela, einzuberufen, das den Namen der einheitlichen Weltplattform definiert sowie die verschiedenen kontinentalen und regionalen Plattformen zu einem gemeinsamen Welt-Plan, der die Kämpfe der Völker verbindet, zusammenführt.

**Angenommen in Caracas
am 24. Januar 2020**

(Übersetzung: Wolfgang Herrmann, Dreesch;
redaktionell bearbeitet und gekürzt)

Taschenspielertricks und Provokationen in Thüringen

Wir sollten uns nicht täuschen lassen. Was da in Thüringen passiert ist bzw. noch passiert, ist keine zufällig zustande gekommene Staatskrise in einem Bundesland, weil die Eitelkeit eines kleinen FDP-Politikers das Erkennen der Tragweite einer Entscheidung verhindert hat, sondern es handelt sich um einen Angriff auf alle linksgerichteten Kräfte hierzulande. Dieser Angriff war langfristig geplant und zwischen den Parteien AfD, CDU und FDP in Thüringen abgesprochen. In diese Absprachen waren die jeweiligen Berliner Führungsgremien der Parteien eingebunden. Niemand kann ernsthaft glauben, daß der bisher völlig unbekannte FDP-Politiker Kemme-

aus dem Sattel zu heben. Allen Akteuren muß von Anfang an klar gewesen sein, daß ein solcher Schritt – die Wahl eines Ministerpräsidenten, der nicht Ramelow heißt – ohne die AfD nicht möglich ist.

Und dabei hat sich wieder – wie schon so oft in der deutschen Geschichte – gezeigt, daß sich die sogenannten Volksparteien, wenn es gegen linke, fortschrittliche und friedliebende Kräfte geht, auch mit dem Teufel verbünden und alle moralischen Bedenken und historischen Erfahrungen über Bord werfen. Dabei hat man keine Skrupel, eine Partei, die von Nazis und Faschisten geführt wird, mit einer linksgerichteten Partei auf eine Stufe zu stellen. Gauland,

deutschen Diktaturen, der des Faschismus und der Diktatur des Proletariats in der DDR, zu vermitteln. Beides soll gleichgesetzt, auf eine Stufe gestellt werden. Das entbehrt nicht nur jeglicher wissenschaftlicher und kulturhistorischer Grundlage, man verharmlost im nachhinein zudem die unvorstellbaren Verbrechen des Faschismus, verhöhnt die Millionen Opfer des Holocaust und das Vermächtnis derer, die gegen Krieg und Faschismus kämpften. Dies geht einher mit einer maßlosen Hetz- und Diffamierungskampagne gegen den sozialistischen Staat DDR. Leider tragen führende Politiker der Linkspartei, darunter Bodo Ramelow, mit ihrem Anschluß an antikommunistische Geschichtsbilder nicht unwesentlich dazu bei. Ganz offensichtlich wird die AfD von reaktionären Kräften, die ihre politische Heimat in der CDU, der CSU, der FDP und zum Teil auch bei den Grünen und der SPD haben, gebraucht und soll schließlich unter dem Deckmantel der Demokratie hoffähig, „koalitionsfähig“ gemacht werden. Die Erfurter Ereignisse waren der Anfang einer solchen Entwicklung, vielleicht eine Generalprobe.

Es ist infam, wenn westdeutsche Politiker gebetsmühlenartig behaupten, der Schwerpunkt der AfD läge im Osten. Die Aktivitäten dieser faschistoiden Partei im Westen werden heruntergespielt oder gar nicht erst erwähnt. Man will ganz einfach unterschlagen, daß die Wurzeln der AfD und ihr Erstarken unter anderem in der nie wirklich erfolgten Bewältigung der faschistischen Vergangenheit in den alten Bundesländern zu finden sind. Mit allen möglichen Taschenspielertricks, unter Nutzung „demokratischer Spielregeln“, gelingt es bereits, in Ost wie in West, das Wählerpotential der AfD zu mobilisieren.

Unsere Aufgabe sollte es sein, alle linksgerichteten, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte zu bündeln, um gemeinsam zu bewirken, daß es nicht wie schon in den 20er Jahren einer zunächst kleinen faschistischen Partei gelingt, Terror, Krieg, Not und Elend über unser Land zu bringen.

Peter Truppel
Cottbus



Karikatur: Freimut Woessner

rich seinen Hut in den Ring wirft, ohne das mit Parteichef Lindner abgesprochen zu haben. Auch wenn Annegret Kramp-Karrenbauer immer wieder behauptet, am Agieren des Ex-CDU-Landesvorsitzenden Mike Mohring keinen Anteil zu haben, hat sie nicht verhindern können, daß die Landes-CDU gemeinsam mit der AfD stimmte, um einen Linken-Politiker

Frontmann der AfD, hat in einer seiner letzten Reden offen erklärt, daß es nur eine Frage der Zeit sei, bis die CDU zwecks gemeinsamer Politik „auf seine Partei zukomme“. War das bereits ein Hinweis auf den längst abgesprochenen Deal in Thüringen?

Gegenwärtig wird mit allen propagandistischen Mitteln versucht, die These von den zwei

Friedrich Merz, die Medien und die Macht

Ein Mann, der laut Til Schweiger „Klar-text“ spricht, strebt erneut den CDU-Vorsitz an. Es geht um Friedrich Merz, der beim Deutschen Journalistenverband (DJV) für „Irritationen“ gesorgt hat. Merz hatte von einer Machtverschiebung zwischen den Verbreitern und den Produzenten von Nachrichten schwadroniert. Die „herkömmlichen“ Medien „brauchen wir nicht mehr“. Wer ist WIR? Das hat Merz im gleichen Atemzug deutlich gemacht. Über die „sozialen Medien“ könnten, so Merz, Politikerinnen und Politiker „ihre Deutungshoheit erhalten“, weil sie über „eigene Kommunikationsmöglichkeiten“ verfügten.

Die empörten Fragen des DJV an die Adresse Merz' sind einerseits nachvollziehbar: „Sehen Sie in uns Journalistinnen und Journalisten eine überflüssige Berufsgruppe? Glauben Sie ernsthaft, daß Videos, Tweeds und Facebook-Postings als Informationsquellen der Bürger ausreichen?“ Und auch der angekündigte Widerstand des DJV gegen diese Art der „Informationspolitik“ findet unsere Sympathie. Und jetzt das Andererseits: Hat sich namentlich in den Redaktionen jener Medien, die es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet haben, den Kurs der jeweils Regierenden millionenfach zu drucken und zu vertreiben, Widerstand geregelt? Das Wort vom Mainstream ist ja nicht

aus dem Flußbett der Spree geschöpft worden. Dennoch hat ein Teil dieser Medien gelegentlich wirklich gute, kritische Kommentare zum Thema veröffentlicht.

Natürlich schlägt das Politikern wie Friedrich Merz auf den Magen. Noch mal: Die Empörung des DJV ist berechtigt. Aber man sollte dort begreifen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben, in der die Medien eine ganz bestimmte Rolle spielen – nämlich Tag für Tag mittels neuer oder mittels herkömmlicher Medien daran mitzuwirken, daß das (vor) herrschende Bewußtsein das Bewußtsein der Herrschenden bleibt. Nur so bleiben diese die Herrschenden.

Hans Schoenefeldt

Als die NSDAP zum ersten Mal Regierungspartei wurde

Der 23. Januar 1930 markierte eine wichtige Zäsur in der Geschichte der Weimarer Republik. Zum ersten Mal gelang es der faschistischen Partei, als Koalitionspartner von etablierten bürgerlichen Parteien akzeptiert zu werden und in Thüringen an die Schalthebel der Regierung zu gelangen. Die NSDAP jubelte, Hitler und Goebbels werteten diesen Schritt zu Recht als wichtige Etappe, um in absehbarer Zeit auch in Berlin die Geschicke der Politik zu bestimmen. Allerdings konnte von der Regierungsbeteiligung der Nazipartei nur überrascht worden sein, wer die politischen Entwicklungen der vergangenen Monate nicht aufmerksam verfolgt hatte.

Wahlerfolge für die Nazis

Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 hatte die NSDAP nur 12 Mandate erringen können; lediglich 2,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler hatten für die Nazis votiert. Doch das Bild änderte sich rasch. Die Kommunal- und Regionalwahlen des Jahres 1929 demonstrierten, daß sich die Faschisten im Aufwind befanden. Dies zeigte sich auch am 8. Dezember 1929, als bei den Landtagswahlen in Thüringen die NSDAP sechs von 55 Mandaten gewinnen konnte. Immerhin 11,3 Prozent der Wählerstimmen waren auf sie entfallen. Es stellte sich für die bürgerlichen Parteien die Frage, ob sie willens waren, eine Koalition mit den Faschisten einzugehen, um jegliche Regierungsbeteiligung von SPD und KPD zu verhindern, die 18 bzw. 6 Mandate gewonnen hatten.

Um welches politische Kalkül ging es? In Berlin regierte eine große Koalition mit dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller an der Spitze. Doch dieses Bündnis stand kurz vor seinem Ende. Die bürgerlichen Koalitionspartner der SPD planten bereits neue Bündnisse. Der Sozialabbau entfaltete sich nach ihrer Überzeugung angesichts der sich allmählich auch in Deutschland ausbreitenden Weltwirtschaftskrise viel zu zögerlich, weil die Sozialdemokraten immer noch mit Rücksicht auf die Interessen ihrer proletarischen Anhängerschaft als Bremser fungierten. Deshalb sollte die Koalition mit der SPD schleunigst beendet werden. Bei diesen Überlegungen spielte auch die NSDAP als mögliche Regierungspartei eine wachsende Rolle. In bürgerlichen Gazetten wurde bereits offen darüber spekuliert, wann und zu welchen Bedingungen die faschistische Partei in die Regierung eintreten werde. Aus diesem Grund war es überaus wichtig, daß auf Landesebene bereits jetzt eine Koalition unter Beteiligung der NSDAP installiert werden konnte. Hitler persönlich hatte sich in die Verhandlungen eingeschaltet, um seine Partei in Thüringen in die Regierung zu bringen. Bedenken der anderen bürgerlichen Parteiführer wischte er

mit der Drohung vom Tisch, die Nazipartei werde Neuwahlen anstreben, falls sie nicht als Koalitionspartner akzeptiert werden würde. Bei diesen Wahlen hätte die NSDAP jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen weiteren Stimmenzuwachs realisieren können. Deshalb kam die Koalition unter Einschluß der Faschisten auf der Basis des Wahlergebnisses vom 8. Dezember 1929 schließlich zustande.

Für Schulgebete, gegen „Negerkultur“

Als ihren Minister für die Landesregierung nominierte die NSDAP Wilhelm Frick, einen promovierten Juristen und bayerischen Staatsbeamten, der wegen seiner Beteiligung am Hitler-Ludendorff-Putsch in München am 9. November 1923 vorbestraft war. Frick amtierte als Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Reichstag und galt als fanatischer Anhänger Adolf Hitlers. „Dr. Frick wird hier“, so formulierte es Hitler in einem Privatbrief an einen im Ausland lebenden Bewunderer, „mit rücksichtsloser Entschlossenheit eine Nationalisierung einleiten, die den anderen bürgerlichen Regierungen zeigen kann, was wir Nationalsozialisten unter diesem Worte verstehen.“ Und Frick, der die Ämter des Innen- und des Volksbildungsministers vereinte, leistete im Sinne der Faschisten ganze Arbeit. Nicht zuletzt ging es darum, Nazis in den Polizeidienst einzustellen, während zugleich Polizeibeamte aus dem Dienst gedrängt wurden, die als Mitglieder oder Sympathisanten der SPD bekannt waren.

Am 17. Mai 1930 wurden zwei Beamte, die der NSDAP angehörten, zum Weimarer Polizeidirektor bzw. zum Leiter der Landeskriminalpolizei ernannt. Bald hingen in Polizeikasernen Adolf-Hitler-Porträts. Am 14. April 1930 veranlaßte Frick eine aufseherregende „Bekanntmachung wider die Negerkultur“. Darin hieß es u. a., daß ihre „Erzeugnisse, wie Jazz-Band- und Schlagzeug-Musik, Negertänze, Negergesänge und Neger-Stücke eine Verherrlichung des Negertums darstellen und dem deutschen Kulturempfinden ins Gesicht schlagen“. Die Polizei erhielt die Anweisung, Kabarets und Theatern die Konzession zu entziehen, die entsprechende Darbietungen in ihren Programmen anbieten. Zwei Tage später folgte ein Erlaß, in dem obligatorisch Schulgebete eingeführt wurden. In einem dieser Gebete, die „der deutschen Not und Hoffnung“ gewidmet sein sollten, hieß es: „Deutschland erwache! Herr, mach uns frei! Das walte Gott!“ Daß der Staatsgerichtshof in Leipzig drei derartige Gebete als verfassungswidrig einstufte, störte Frick nicht im geringsten. Damit nicht genug. Am 3. Juni berief er den „Rasseforscher“ und fanatischen Antisemiten Dr. Hans F. K. Günther gegen den erklärten Willen der Fakultät auf einen neu geschaffenen Lehrstuhl für Rassenkunde der Universität Jena. Schließlich

wurde die Aufführung des Theaterstücks „§ 218 – Frauen in Not“ von Carl Credé verboten. Ebenfalls wurde es Lehrern untersagt, Erich Maria Remarques Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“ im Schulunterricht zu verwenden. Und schließlich verfügte der von Frick neu berufene Direktor der Bau- und Kunsthochschule Weimar, Paul Schultze-Naumburg, die Entfernung aller Werke der Moderne aus dem Weimarer Schloßmuseum, darunter Gemälde von Oskar Kokoschka und Ernst Klee. Apropos Weimar: In der Stadt Johann Wolfgang von Goethes und Friedrich Schillers hatte beinahe jeder Vierte bei den Landtagswahlen im Dezember 1929 zugunsten der faschistischen Partei votiert.

„... dem parlamentarischen System die Luft abdrehen“

Bereits die erste Debatte des neuen Landtags, einen Tag nach der Bildung der Koalition am 14. Januar 1930, hatte demonstriert, wes Geistes Kind die Vertreter der Regierungspartei NSDAP waren. Besonders tat sich der Abgeordnete Fritz Wächtler hervor, den Frick zu seinem „Fachberater“ für das Schulwesen ernannt hatte. In seiner Rede erklärte er: „Wir tun alles, um dem parlamentarischen System die Luft abzdrehen.“ Am 22. Mai 1930 offerierte Wächtler, der bereits 1926 die Mitgliedschaft der NSDAP erworben hatte, seine Anschauungen über die Revolution von 1918/19 im Landtag mit folgenden Worten: „Die Novemberrevolution war eine Börsenrevolte, die mit russischem Geld finanziert wurde.“ Die Mitglieder der USPD hätten sich darum bemüht, „die Front zu erdolchen. Es wäre besser gewesen, diese Leute an die Wand zu stellen und zu erschießen, dann wäre der Krieg anders ausgefallen.“ Daß der „Fachberater“ Fricks öffentlich gegen „fremdrasige Einflüsse im Schulwesen“ hetzte, und seinen Chef Wilhelm Frick veranlaßte, „das Verbot der Gottlosen-Propaganda an Schulen“ im thüringischen Amtsblatt zu veröffentlichen, sei nur am Rande vermerkt.

Es ist allerdings festzuhalten, daß sich derartige Maßnahmen nahtlos in die damals von konservativen und deutschnationalen Politikern und Publizisten forcierte Kampagne gegen den „Kulturbolschewismus“ einreihen, so daß von den bürgerlichen Koalitionspartnern der Nazipartei in Thüringen kein ernsthafter Widerspruch gegen derartige Maßnahmen erwartet werden konnte. Doch die Selbstherrlichkeit des Innen- und Volksbildungsministers ging seinen Koalitionspartnern aus Deutscher Volks-Partei (DVP), Deutschnationaler Volkspartei (DNVP), Wirtschaftspartei-Reichspartei des deutschen Mittelstandes und Landbund schließlich zu weit. Am 1. April 1931 stimmten nicht nur die KPD und die SPD, sondern auch die Deutsche Staatspartei (ehemals Deutsche

Demokratische Partei) und der Koalitionspartner DVP, der über 5 Mandate im Landtag verfügte, einem Mißtrauensantrag gegen Wilhelm Frick zu, der von der SPD eingebracht worden war. Von nun an amtierte in Thüringen eine bürgerliche Minderheitsregierung ohne Beteiligung der Nazipartei. Doch im Sommer des darauffolgenden Jahres änderten sich wieder die politischen Kräfteverhältnisse. Am 31. Juli 1932 hatten 42,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler zugunsten der NSDAP abgestimmt, die jetzt mit ihrem Gauleiter Fritz Sauckel den „Leitenden Staatsminister“ (Ministerpräsidenten) stellte und die Politik Fricks fortsetzte. Ihm dankte Hitler mit den Worten, daß sein Wirken Thüringen „in den Mittelpunkt der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Sanierung Deutschlands“ gerückt habe. Thüringen

blieb eine wichtige Probehühne der faschistischen Partei für die in naher Zukunft erwartete Übernahme der Reichskanzlei in Berlin. Als dies am 30. Januar 1933 Realität wurde, war Wilhelm Frick zur Stelle und wurde vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichsminister des Innern berufen. Hier wurden unter seiner Federführung die Gesetze ausgearbeitet, die den faschistischen Terror gegen Oppositionelle, Juden und die anderen von Naziregime Verfolgten legitimieren sollten. Zu seinen engsten Mitarbeitern zählte Ministerialrat Dr. Hans Globke, der später zum Staatssekretär des Bundeskanzleramtes unter Konrad Adenauer avancierte. Am 16. Oktober 1946 wurde Wilhelm Frick nach seiner Verurteilung im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess in Landsberg am Lech hingerichtet. **Dr. Reiner Zilkenat †**

(Erweiterte und redaktionell bearbeitete Fassung eines Artikels aus der „jungen Welt“ vom 18./19. 1. 2020)

Unser Freund und Autor Reiner Zilkenat ist am 26. Februar unerwartet verstorben. Wir trauern um einen profilierten marxistischen Historiker und Publizisten. Noch zwei Tage vor seinem plötzlichen Tod hat er uns eingeladen zu einer von ihm mit vorbereiteten ver.di-Veranstaltung zum 100. Jahrestag des Kapp-Putsches und dem erfolgreichen Generalstreik dagegen – unermüdlich nicht nur am Schreibtisch und in den Bibliotheken, sondern auch als Referent beim Verbreiten der historischen Wahrheit und dem Mahnen vor erneut von rechts drohenden Gefahren.

BEI ANDEREN GELESEN

Mörder, die sich nur wehren

Nicht jeder aus der „Internationale des Hasses“ ist ein Killer oder Massenmörder wie die Täter von Hanau, Halle oder der Mörder des CDU-Politikers Walter Lübke. Manche schreiben nur Manifeste, bringen Bücher über „den großen Austausch“ unter die Leute oder hängen Tagträumen vom Bürgerkrieg an, wie Björn Höcke, der in einem Interview von einer künftigen ethnischen Säuberung schwadronierte.

Wirrkopf falsch versteht!?“ Wobei bei Herrn Höckes Phantasie schon die Frage ist, wie genau man die denn anders verstehen könnte. Die meisten aus der Internationale des Hasses gehen aber nicht so weit wie Höcke, daß sie sich in „wohltemperierte Grausamkeiten“ hineinphantasieren. Sie kommen in ihren Horrorphantasien nicht als Täter vor, sondern als Opfer. „Durch den ungebremsten Zustrom von kulturfremden Armutsmigranten“ gerate alles

Die meisten Greuelthaten der Geschichte sind von Leuten begangen worden, die sich in die Idee hineinsteigern, sie würden sich in Wirklichkeit nur wehren. Zwischen den radikalen rechten Politikern und ihren medialen Hilfstruppen auf der einen, den Tätern auf der anderen Seite gibt es also eine schöne Arbeitsteilung.

Die einen schaffen ein Klima, in dem irgendwelche elementar Andere (Muslime, Migranten, wer auch immer), als fürchterliche Bedrohung angesehen werden, und die Mörder sind dann die, die zum Schluß kommen, das dürfe man doch nicht zulassen. Das wirft natürlich knifflige Fragen nach Verantwortung auf. Juristisch verantwortlich für die Tat eines anderen ist man nur, wenn man jemanden in einem engen Sinne anstiftet.

Moralisch mitverantwortlich ist man aber, wenn man Vorstellungen in der Welt verbreitet, die die Mörder motivieren. Noch viel weiter können wir einen Begriff der „gesellschaftlichen Verantwortung“ interpretieren. Gesellschaftliche Verantwortung hat man schon, wenn man den Diskursen, die wie Gift in alle Poren dringen, nicht entschieden entgegentritt oder sogar da und dort nachgibt. Ihnen Legitimation verschafft.

Den Eindruck erweckt, daß an dem Wahn schon etwas dran sein könnte, indem man den Wahn in „die Sorgen der Menschen“ umbenennt, die man „ernst nehmen müsse“. Womöglich sind auch wir, also Sie und ich, irgendwie mitverantwortlich, denn wer von uns hat noch nie entscheidene Gegenrede aus taktischen oder nur Bequemlichkeitsgründen bleiben gelassen? Manchmal lassen wir es vielleicht auch nur, weil man sich mit Dingen abfindet. Weil man denkt, da könne man eben nichts tun.

Man könne nichts tun, ist eine faule Ausrede.

Robert Misik

(Aus einer Kolumne in der „taz“, 21. 2. 2020)



Vereint gegen Rassismus und Faschismus! Demonstration in Hamburg

Wenn die Wendezeit gekommen ist, werde eine neue Führung „Maßnahmen ergreifen (müssen), die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwiderlaufen“. Dabei werde man um „wohltemperierte Grausamkeiten“ nicht herumkommen. Der Skandal von Thüringen ist ja, daß CDU und FDP nichts dabei fanden, mit einem Menschen gemeinsame Sache zu machen, der offen von Gewaltorgien schwärmt. Aber natürlich hat Herr Höcke auch in Hanau nicht selbst den Abzug gedrückt. Das machen dann immer andere – und diejenigen, die ein Klima schufen, welches solche Ungeheuer erst gebiert, sind dann fein raus. Motto: „Was können wir denn dafür, wenn uns ein kranker

durcheinander, und das „mache mittelfristig einen Bürgerkrieg nicht unwahrscheinlich“, sagte der gescheiterte österreichische FPÖ-Chef und Kurz-Zeit-Vizekanzler Heinz-Christian Strache seinerzeit, bevor er gescheitert war. Das war natürlich nur halb eine Drohung, halb eine Warnung, je nachdem, wie man es verstehen wollte, und es war auch nicht ganz klar, ob er meinte, daß die Migranten diesen Bürgerkrieg beginnen würden oder die von Strache umworbenen „autochthonen Österreicher“, die sich irgendwann einfach nicht mehr anders zu helfen wußten. In dieser Vagheit war aber auch die Angstlust drin, in die sich Aggressoren leicht hineinsteigern.

Worum geht es bei der „Neuen Seidenstraße“?

In Ägypten wurde eine in Seide eingewickelte 3000 Jahre alte Mumie gefunden – vor 3000 Jahren muß der Handelsweg von China nach Ägypten also schon bestanden haben. Gehandelt wurde neben Seide während der vielen Jahrhunderte der Nutzung dieses Handelsweges Papier, Waffen, Tee, Pferde, Edelsteine und vieles mehr. Niemand sprach von einer Seidenstraße. Dieser Begriff wurde erst im 19. Jahrhundert durch den deutschen Geographen Ferdinand von Richthofen eingeführt.

Der Handel auf der „Seidenstraße“ erfolgte über Tausende Jahre mehr oder weniger stark und sicher, jeweils abhängig von den herrschenden Mächten. Erst die eigene Abschottung Chinas am Ende der Ming-Dynastie (1644) führte zu einer Unterbrechung. Dann eröffneten allerdings die Europäer die „maritime Seidenstraße“ um die Südspitze Afrikas nach Südchina und ganz Asien. Sie kolonialisierten Länder, führten Kriege, missionierten und brachten den Menschen im Namen ihrer christlichen Mission mehr Leid als Wohlstand.

Bereits in den 80er bis 90er Jahren des letzten Jahrhunderts kam es mit der Einführung des Containerverkehrs zu einer Neubelebung der „Seidenstraße“ über die Transsibirische Eisenbahn.

An der Eröffnung des Schienenweges von China nach Europa über Kasachstan hatte ich selbst teilgenommen. Allerdings war die Wiederbelebung der Route nicht erfolgreich, da die Transportkosten im Vergleich mit dem maritimen Transport zu hoch waren. Nur in Zeiten von Störungen der Seeschifffahrt – wie während der Schließung des Suezkanals oder der verstärkten Piratenaktivitäten am Horn von Afrika – wurde die Route attraktiv.

Das Interesse an den Öl- und Erdgasvorkommen sowie an den Edelmetallen war bereits 1999 ein Motiv der USA für den „Silk Road Act“ und ist noch heute ein Motiv für ihr Engagement in Afghanistan.

Auf der anderen Seite strebten die süd- und zentralasiatischen Länder eine stärkere Kooperation untereinander an, um die gewaltigen Probleme der Wasserversorgung, der Energie und Handelswege zu lösen. Aber es fehlte an Know-how und an finanziellen Mitteln. Die „Belt and Road Initiative“ (One Belt, One Road, abgekürzt OBOR, „Ein Gürtel, eine Straße“), die „Neue Seidenstraße“, ist Chinas Antwort auf neue Herausforderungen.

Natürlich geht das neue Vorhaben weit über die Dimensionen der alten „Seidenstraße“ hinaus. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts investiert China in verschiedenen Ländern in Infrastruktur-, Energie- und Industrieprojekte. Aber erst nach 2013 war dies strategisch ausgerichtet.

Wie jedes souveräne Land ist auch die VR China bemüht, sich weder politisch noch ökonomisch erpreßbar zu machen. Der Handel

China–Europa wird zu 90 Prozent über den Seeweg durch die Straße von Malakka, am Horn von Afrika vorbei durch den Suezkanal abgewickelt. Eine Störung durch Krisen, Terroristen, Piraten oder Regierungen würde reichen, den Handel zu erschweren und China ernsthafte Schwierigkeiten zu bereiten. Klar ist auch, daß die VR China neue unabhängige



Ein Zug aus China hat Mitte November Rügen erreicht – auf einer Fähre. Mit der Ankunft der Container aus der chinesischen Stadt Xi'an wurde eine weitere Route der „Neuen Seidenstraße“ eröffnet. In der Xi'an gestartet, hat der erste Zug über die „Neue Seidenstraße“ in zwölf Tagen über 10 000 Kilometer zurückgelegt.

Absatzmärkte sucht. Eine Volkswirtschaft dieser Dimension bedarf stabiler und verlässlicher Rohstoff- und Energiequellen. Dabei geht es nicht nur um die Lieferbereitschaft, sondern auch um Sicherheiten vor Börsenspekulationen und Dollarvorherrschaft.

Obwohl China traditionell eine Agrargesellschaft war, bedarf es weiterhin starker landwirtschaftlicher Produktions- und Importlinien. Das ist auch deshalb notwendig, weil sein Territorium nur auf ca. 20 Prozent der Fläche eine landwirtschaftliche Nutzung erlaubt. Dieser Bedarf erklärt auch chinesische Initiativen zur Kultivierung von Flächen in Zentralasien.

Steigende Transportkosten und eine stärkere Beachtung ökologischer Fragen machen es notwendig, Produktionsstätten möglichst nahe der Verbraucherzentren, wie sie in Rußland und Afrika bei gleichzeitiger Nutzung neuer Technologien entstehen, aufzubauen. Es geht um die Produktion chinesischer Erzeugnisse in Importländern, womit zugleich Jobs geschaffen werden, eine Industrie aufgebaut wird (Fiberglas-Fertigung in Ägypten, Computer-Produktion in Äthiopien) und Transportwege reduziert werden.

Die Initiative ist eine planmäßige Strukturanpassung, um vorhandene Bau- und Stahl-Überkapazitäten auszulasten. China verfügt aus der Ausbauphase als Werkstatt für die Welt über gewaltige Bau- und Stahl-Überkapazitäten. Um diese weiter zu nutzen, wurden sie für die OBOR-Initiative zur Verfügung gestellt. Natürlich zielt Chinas Initiative auch darauf, die Unabhängigkeit vom US-amerikanisch dominierten Finanzsystem zu stärken und die eigene Währung als Handels- und Reservewährung zu etablieren. Das US-beherrschte Finanzkapital wird, wie die Embargo- und Sanktionspolitik z. B. gegenüber Rußland, Iran, Venezuela und andere Staaten zeigt,

durch die USA zunehmend brutaler zur Durchsetzung hegemonialer Interessen genutzt.

Zur Realisierung der Seidenstraßen-Initiative dienen Organisationen wie die „Shanghai Organisation of Corporation“, die „16+1 Initiative“, das „Forum China–Afrika“ und Banken wie die „Asia Infrastructure Investment Bank“. Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß es sich

einerseits um eine langfristige chinesische Wirtschaftsstrategie, andererseits um einen globalen Ansatz für ein neues, nicht von den bisher vorherrschenden Weltmächten dominiertes Wirtschafts- und Handelssystem handelt.

Die OBOR-Initiative stellt einen neuen Typus der globalen Weltordnung dar, die charakterisiert wird von

- multilateraler Vernetzung ungleicher Wirtschaften und politischer Systeme ohne gegenseitige Einflußnahme (wie z. B. dem Wirtschaftskorridor China – Kasachstan – Turkmenistan – Iran – Türkei);
- dem Ziel, daß sich langfristige

wirtschaftliche Investitionen unabhängig von politischen Systemen (wie z. B. dem Wirtschaftskorridor China – Myanmar – Bangladesch – Indien) bewähren müssen;

- der Sicherstellung analoger und digitaler Vernetzung von multilateralen, landseitigen Transportrouten, Produktions- und Lieferketten auf der Basis gegenseitig garantierter Stabilität und Nachhaltigkeit;
- der Wirtschaftsförderung im Empfängerland (z. B. Äthiopien) sowie der Kreditvergabe direkt in den wirtschaftlichen Kreislauf (z. B. 60 Mrd. USD an chinesische und afrikanische Unternehmen).

An der 2. OBOR-Initiativen-Konferenz Ende April 2019 nahmen 40 Regierungschefs und Vertreter von über 130 Staaten teil – natürlich nicht die USA –, mehr als in Davos und mehr als am G-20-Gipfel.

Obwohl Deutschland und die EU gegen die chinesische Initiative polemisieren, ist Deutschland bereits ein Gewinner der Entwicklung. Der größte europäische Binnenhafen, Duisburg, stand wegen des Niedergangs der Kohle- und Stahlindustrie vor dem Aus. Heute erreichen und verlassen Duisburg wöchentlich in jeder Richtung 35 Containerzüge mit insgesamt ca. 2100 Containern. Diese Container werden in Europa weiterverteilt. Der Hafen konnte mittels der „Neuen Seidenstraße“ seine Bedeutung als wichtiges europäisches Logistik-Zentrum sichern, erfährt wieder Wachstum und schafft neue Arbeitsplätze.

Der zunehmende Erfolg Chinas sowohl in seiner Wirtschaftspolitik als auch in der Ausgestaltung der internationalen Politik stellt für die westliche Welt eine Herausforderung dar. Die Auseinandersetzung um die Interpretation chinesischer Entwicklungen wird in den nächsten Jahren an Schärfe zunehmen.

Uwe Behrens
Wandlitz

Entente-Diktat von Versailles / Locarno-Verträge / Nichtangriffspakt

Was führte zum Zweiten Weltkrieg?

Der Erste Weltkrieg wurde 1919 mit dem Versailler Vertrag beendet, der die Grundlagen für den Zweiten Weltkrieg legte. Infolge der Niederlage hatte sich die Position des deutschen Finanzkapitals verändert. Deutschland mußte Territorien an Frankreich und Polen abtreten. Danzig wurde Freie Stadt und unterstand wie das Saarland der Kontrolle des Völkerbundes. Die deutschen linksrheinischen Gebiete waren von den Siegermächten besetzt. Deutschland verlor seine Kolonien.

Die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages enthielten Beschränkungen der Reichswehr auf 100 000 Mann, das Verbot schwerer Waffen, aller Militärflugzeuge, U-Boote und Tanks. Die Seekriegsflotte wurde in der Tonnage beschränkt.

Im Artikel 231 des Versailler Vertrages erklärten die Siegermächte Deutschland für schuldig, an der Eröffnung des Krieges die Verantwortung zu tragen. Das Land wurde somit haftbar gemacht für die entstandenen Kriegsschäden. Mit diesem Artikel wurden die wirtschaftlichen Festlegungen begründet und die Forderungen nach Reparationen erhoben, die zu einem zentralen Thema der internationalen Auseinandersetzungen des folgenden Jahrzehnts werden sollte.

Die Verantwortung der anderen Kriegsparteien für den imperialistischen Ersten Weltkrieg wurde völlig unter den Tisch gekehrt. Versailles wandelte den imperialistischen Krieg in einen imperialistischen Frieden um. Der Vertrag schwächte den deutschen Imperialismus und war der Weg, die Welt neu aufzuteilen. Gleichzeitig wollten die Siegermächte, einschließlich der USA, Deutschland als Bollwerk gegen Sowjetrußland aufbauen. In diesem Sinne war der Vertrag von Versailles ein Entente-Diktat, welches das deutsche Großkapital und das Junkertum zu neuen Abenteuern und Aggressionen ermutigte und dem Volk schwere Lasten aufbürdete.

Für die deutsche Wirtschaft waren folgende Grundtendenzen sichtbar: Der Versailler Vertrag ermöglichte das massenhafte Eindringen des US-Kapitals in die deutsche Wirtschaft, die Abwälzung der Kriegslasten auf die werktätigen Massen und einen schnelleren Konzentrations- und Zentralisationsprozeß von Kapital und Arbeit. Die neuartige internationale Kapitalverflechtung war eine Ursache für das schnelle Durchschlagen von Krisenerscheinungen in den USA auf Deutschland, wie in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 sichtbar wurde. Mit dem Ausbruch der Krise begann der Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in Deutschland, was den Weg zum Übergang in den Faschismus ebnete.

Insbesondere in den Locarno-Verträgen von 1925, welche die imperialistischen Großmächte abschlossen, garantierte die deutsche Seite die festgelegten Grenzen gegenüber Belgien und Frankreich. Die deutsche Ostgrenze zu Polen wurde dagegen nicht garantiert. Eine spätere „Angliederung“ deutscher Gebiete im

Osten wurde von den Entente-Mächten bewußt offengehalten.

Bereits am 8. Dezember 1919 hatte der Oberste Rat der Entente die provisorische Ostgrenze Polens zu Sowjetrußland mit der sogenannten Curzon-Linie deklariert.

Anfang der dreißiger Jahre begannen Großbritannien und Frankreich mit ihrer Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Deutschen Reich, da sich der Widerstand seitens des deutschen Kapitals gegen das Versailler Vertragswerk verstärkte. Die Beschwichtigungspolitik war zugleich eine Politik, die darauf ausgerichtet war, einen Krieg gegen den Westen zu vermeiden und das Expansionsbestreben des deutschen Imperialismus gen Osten zu lenken.

Nach der Machtübergabe an den deutschen Faschismus 1933 – nicht ohne Einfluß des US-Kapitals – wurde der Prozeß der Revision des Versailler Vertragswerkes beschleunigt. Gleichzeitig forcierte das Hitlerregime die Aufrüstung.

Faschismus war keine spezifisch deutsche Erscheinung. Er entstand in einer Reihe von Ländern: in Italien, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Frankreich, Spanien und England. Er ist charakterisiert durch extremen Militarismus, Nationalismus, Rassismus und insbesondere Antikommunismus.

Im März 1938 erfolgte die Annexion Österreichs durch das Dritte Reich, welche dem Versailler Vertrag widersprach, aber von den Entente-Mächten geduldet wurde.

Chamberlain, Daladier, Mussolini und Hitler vereinbarten am 30. September 1938 im Münchener Abkommen die Übergabe von Teilen der Tschechoslowakei (Sudeten) an das Deutsche Reich.

„... Großbritannien und Frankreich ... kehrten ... ihrem Verbündeten den Rücken, obwohl Frankreich einen Beistandsvertrag mit der Tschechoslowakei hatte.“ (Wladimir Putin: Wahrheit contra Geschichtslügen, „RotFuchs“ 265, S. 2; Bündnisvertrag Frankreichs mit der Tschechoslowakei vom 25. Jan. 1924) Aber auch Polen und Ungarn beteiligten sich am Überfall und Raub tschechoslowakischer Gebiete.

Die Tschechoslowakei war übrigens zur Verhandlung in München gar nicht eingeladen. Sie wurde am 15. März 1939 vollständig zerschlagen (Protektorat Böhmen und Mähren) und dem deutschen Reich einverleibt. In der Slowakei wurde ein faschistischer Marionettenstaat installiert. Besonders dieses dunkle Kapitel der Appeasement-Politik zeigte ganz deutlich den Versuch, den faschistischen Expansionstrieb in Richtung Osten zu drängen. Das deutsche Regime bereitete seit März 1939 intensiv den Überfall auf Polen vor. Am 28. April 1939 hatte Deutschland den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934 gekündigt.

Die Sowjetunion schlug Frankreich und Großbritannien unter diesen Bedingungen den Abschluß eines Beistandsabkommens vor. Beide Regierungen spielten jedoch ein

doppeltes Spiel. Sie verhandelten einerseits mit der UdSSR in der Zeit vom 11. bis 21. August 1939 über den Abschluß eines Beistandsvertrages. Der kam jedoch nicht zustande, da beide westliche Verhandlungsseiten immer noch die Vorstellung hatten, den deutschen Imperialismus als Stoßtrupp gegen die UdSSR einzusetzen. Die in Polen herrschenden extrem nationalistischen Machthaber trugen zum Scheitern der Verhandlungen bei, indem sie der Sowjetunion für den Ernstfall das Durchmarschrecht durch polnische Gebiete verweigerten.

Andererseits führte die britische Regierung Geheimverhandlungen mit der deutschen Regierung über einen Nichtangriffspakt und ein Abkommen über die Aufteilung der Welt in Einflußsphären, die Rußland und China einschließen sollten. Der deutschen Regierung wurde die Preisgabe Polens angedeutet, obwohl der britische Premierminister Chamberlain am 31. März 1939 noch eine britisch-französische Garantieerklärung für Polen abgegeben hatte.

Die Sowjetunion war in einer äußerst schwierigen Lage, da sie im fernen Osten durch den japanischen Imperialismus bedroht wurde und keinen Zweifrontenkrieg führen konnte. Sie wußte, daß der deutsche Überfall auf Polen unmittelbar bevorstand. Unter diesen sehr komplizierten Umständen faßte die UdSSR den Entschluß, das Angebot des Hitler-Regimes zu einem Nichtangriffsvertrag für einen Zeitraum von zehn Jahren anzunehmen. Die sowjetischen Führer waren sich durchaus im klaren, daß der deutsche Faschismus mit seinen Verbündeten irgendwann die UdSSR angreifen wird.

Der Vertrag vom 23. August 1939 enthielt ein Zusatzprotokoll, in dem die Grenzfragen und Einflußsphären geregelt wurden. Die Sowjetunion machte deutlich, daß sie „für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung“ nicht auf Territorien verzichtete, welche die Polen seit dem polnisch-sowjetischen Krieg (1919–1921) – abweichend von der Curzon-Linie – unrechtmäßig besetzt hielten.

Am 1. September 1939 erfolgte dann der Überfall der faschistischen Wehrmacht auf Polen. Dieses Datum wird allgemein als Beginn des Zweiten Weltkrieges dargestellt. In Wirklichkeit begann dieser Krieg bereits viel früher.

Am 16. Februar 1936 siegte in Spanien die Volksfront bei den Corteswahlen. Unter General Franco wurde am 18. Juli eine faschistische Militärrevolte in Marokko entfesselt, die auf Spanien übergriff. Die USA, Großbritannien und Frankreich verhängten eine Blockade gegen Spanien und die spanische Volksfront. Diese Entscheidung ermöglichte den spanischen Faschisten mit Unterstützung faschistischer deutscher und italienischer Truppen, die rechtmäßige Regierung militärisch zu schlagen. Spanien und das spanische Volk waren die ersten Opfer des Weltkrieges.

Dr. Ulrich Sommerfeld

Fritz Schmenkel, „Held der Sowjetunion“

Einen Deutschen auszeichnen ist schon eine etwas ungewöhnliche Sache. Deutsche wurden von uns noch nie eingereicht ...

So lautete die Begründung von General Konew für sein intensives Nachfragen in einem Gespräch, zu dem der Frontkorrespondent Boris Polewoi im Frühjahr 1943 befohlen wurde. Da Polewoi einen Artikel für die „Prawda“ über Fritz Schmenkel verfaßt hatte, der auf der Beschreibung eines Interviews mit ihm während der Winteroffensive 1941/1942 im Stützpunkt der Partisanenabteilung basierte, erklärte er dem Oberbefehlshaber freimütig: „Ich habe ihn für einen anständigen Kerl gehalten, und so habe ich über ihn geschrieben.“ Einer von General Konews Offizieren zur besonderen Verwendung, Boris Nikolajew, versuchte, ihn nach dem Gespräch zu besänftigen: „Über die Auszeichnung wird nichts in der Zeitung stehen. Es wäre zu früh. Die Losung ‚Tod den deutschen Okkupanten!‘ (bezogen auf die Partisanenabteilung ‚Tod dem Faschismus!‘) ist noch nicht zurückgenommen.“

Fritz Schmenkel erhielt im Frühjahr 1943 gemäß einem Erlass des Präsidiums des obersten Sowjets den ältesten sowjetischen Kampforden, den Rotbanner-Orden. Sein Name war unter den 973 veröffentlichten Ausgezeichneten in der „Iswestja“ nicht zu finden – auch aus Rücksicht auf seine Familienangehörigen in Deutschland.

Viele sowjetische Kriegsberichtersteller bzw. Frontjournalisten hatten von den Grausamkeiten und Greueln des faschistischen Kriegs Zeugnis abgelegt. So auch Konstantin Simonow, der nach der Befreiung des Vernichtungslagers Lublin einen dokumentarischen Bericht über das Vorgefundene verfaßte – veröffentlicht im Oktober 1944 in der Zeitschrift

„Internationale Literatur“. Der Bericht Simonows (1946 erschien im SWA-Verlag in Berlin eine deutsche Ausgabe unter dem Titel „Ich sah das Vernichtungslager“) war geprägt von einer antifaschistischen Haltung, von Abscheu und Zorn gegenüber der faschistischen Barbarei und von Mitgefühl für die Opfer.

Im ersten Halbjahr 1943 wurde Fritz Schmenkel in der Nähe von Moskau zu einem Speziallehrgang für Partisanen, auch aus dem Smolensker Raum, delegiert, welche die feindlichen Linien hatten durchbrechen können. Sie waren für den Einsatz im Hinterland als zukünftige Kommandeure, Kundschafter, illegale Funker und Minenleger vorgesehen. Fritz Schmenkel war der einzige Deutsche, dem der Durchbruch durch die Frontlinie gelang. Wenige Wochen zuvor war Fritz Schmenkel alleine auf sich gestellt, fast erfroren und erschöpft, einem gegnerischen Hinterhalt entkommen, nachdem er noch den Ausbruch einiger Mitkämpfer mit seinem Maschinengewehrfeuer deckte.

Während seiner Ausbildung zum Militärkundschafter hatte Fritz Schmenkel mit Genugtuung von der Gründungsversammlung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ erfahren und das „Manifest an die deutsche Wehrmacht und an das deutsche Volk“ in der ersten Wochenausgabe des Komitees gelesen. „... Wer aus Furcht, Kleinmut oder blindem Gehorsam weiter mit Hitler geht, handelt feige und hilft, Deutschland in die nationale Katastrophe zu treiben. Wer aber das Gebot der Nation höher stellt als den Befehl des ‚Führers‘ und Leben und Ehre für sein Volk einsetzt, handelt mutig und hilft, das Vaterland vor seiner Schmach zu erretten.“

Zu einer Ehefrau eines Mitkämpfers und Absolventen der Aufklärerschule Olga Kondruschenkowa, die bereits im wieder befreiten

Jarzewo lebte, äußerte er: „Ich möchte mein Deutschland auch frei sehen, und will, daß meine Kinder ebenfalls erfahren, was Freiheit ist.“

Fritz Schmenkel wußte sich damit an der Seite vieler anderer Antifaschisten des NKFD, ohne deren Namen zu kennen. So beispielsweise die der späteren Aktivisten der ersten Stunde in Chemnitz: Fritz Krenkel, Hans Hermsdorf und Heinrich Engelke. Von Schmenkel hörten die Aktivisten, sofern sie noch am Leben waren, in der DDR erstmalig zum 15. Jahrestag der DDR, vermutlich aus der Rede von Leonid Breschnew, dem damaligen Generalsekretär des ZK der KPdSU. In diesem Jahr verlieh das Präsidium des Obersten Sowjets an Fritz Schmenkel den Titel „Held der SU“

Am 8. September 2009 nahm der deutsche Bundestag einstimmig einen Gesetzentwurf an, mit dem sämtliche Verurteilungen wegen „Kriegsverrats“ während des Zweiten Weltkrieges pauschal aufgehoben wurden. Gedenken wir seiner als eines aktiven Widerstandskämpfers gegen das Naziregime! Fritz Schmenkel hatte sich mit seiner ihm vom Kriegsgericht vorgeworfenen Desertion bewußt gegen den Vernichtungskrieg entschieden, statt Befehlen und dem völkerrechtswidrigen „Barbarossa-Erlass“ vom 13. Mai 1941 zu gehorchen.

Sieben Tage nach seinem 28. Geburtstag, am Tag seiner Hinrichtung, übergab Schmenkel dem Wehrmachtspfarrer Eberhard Müller eine Nachricht an seine Frau. Darunter die Worte: „... Verzeiht mir den Kummer, den ich Euch zugefügt habe, weil ich den von mir selbst gewählten Weg bis zum Ende beschritten habe. Aber ich kann meine Taten auch in meiner letzten Stunde nicht bereuen ...“

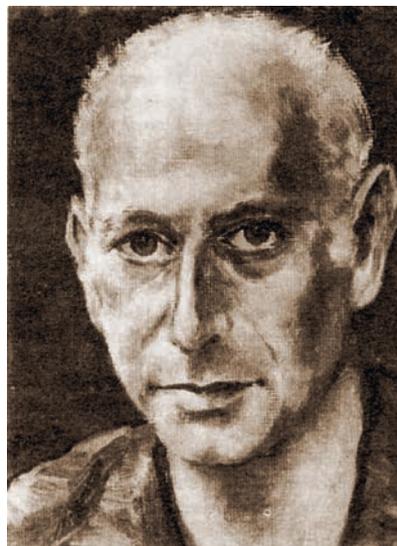
Peter Blechschmidt
Chemnitz

Die Männer von Vernet (2)

Der Schriftsteller Rudolf Leonhard wird am 27. Oktober 1889 in Lissa (heute Leszno, Polen) geboren und hätte im letzten Jahr seinen 130. Geburtstag gefeiert.

Er entstammt einer jüdischen Rechtsanwaltsfamilie. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Berlin wird er Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg, wendet sich aber unter dem Druck seiner Erlebnisse zu einem entschiedenen Kriegsgegner und zum Anhänger von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. 1918 wird er Mitglied in der USPD, beteiligt sich an der Novemberrevolution 1918, den Januar-Kämpfen 1919 und wird im gleichen Jahr Mitglied in der KPD, die er aber bereits 1921 wieder verläßt. Seit 1919 ist er freischaffender Künstler, engagiert sich in verschiedenen literarischen Zirkeln und schreibt u. a. für die „Weltbühne“.

1928 nimmt er, einer Einladung Walter Hasenclevers folgend, seinen ständigen Wohnsitz in Paris. Dort ist er nach 1933 aktiv in den



Rudolf Leonhard – Öl auf Pappe von Josef Soos (1940–1944 in Le Vernet)

Schriftstellerorganisationen der deutschen Emigranten, wird zum Präsidenten des „Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller im Exil“ gewählt und leitet deren wöchentliche Zusammenkünfte im Keller des Cafés „Mephisto“. Er betont 1936 in seinem Aufsatz „Die gerettete Literatur“ die Funktion der Exilliteratur als „Kampfliteratur“. Das Bändchen „Gedichte“, das 1936, getarnt als Reclam-Band Nr. 7248, nach Deutschland geschmuggelt wird, beweist, wie stark er alles, was er in diesen Jahren schrieb, dem antifaschistischen Kampf dienstbar macht. Dazu ist auch die aufrüttelnde, in viele Sprachen übersetzte Kurzgeschichte „Das jüdische Kind“ zu rechnen, eine psychologische Entlarvung faschistischer Menschenverachtung. Sein Wirken für und mit den Emigranten trägt ihm den Ehrennamen „Mutter der Emigration“ ein. Mit einem Beitrag beteiligt er sich 1938 an der „Expressionismus/Realismus-Debatte“ in der Zeitschrift „Das Wort“.

Nach dem Putsch Francos gegen die rechtmäßige, demokratisch gewählte Regierung in Spanien, der am 17. Juli 1936 den Spanienkrieg auslöste, studiert er intensiv die politischen Verhältnisse in Spanien. Die Ergebnisse seiner Studien liegen Ende Juli 1937 vor. Es sind 23 Novellen, denen er den Titel „Der Tod des Don Quijote“ gibt. 1938 erscheint das Buch in einem Züricher Verlag. Im August 1937 fährt er, nachdem er Anfang Juli am in Madrid, Valencia und Barcelona tagenden II. Internationalen Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur teilgenommen hat, als Delegierter des französischen Comité d'Entre Aide für zwei Monate an die militärische Front und nimmt an den Kämpfen teil. Die literarische Ausbeute dieser Zeit sind die „Spanischen Gedichte und Tagebuchblätter“. Sie spiegeln seine unmittelbaren Erlebnisse wider und sind sein zweiter Beitrag zur umfangreichen Literatur zum Spanienkrieg.

Am 1. September überfällt die faschistische Wehrmacht Polen. Der Zweite Weltkrieg begann. In Frankreich werden daraufhin alle Ausländer deutscher Herkunft zwischen dem 17. und 65. Lebensjahr aufgefordert, sich registrieren zu lassen und an Sammelstellen einzufinden.

Leonhard, der seine Registrierung verweigert, wird am 11. Oktober 1939 verhaftet und zunächst in das Pariser Stadion Roland Garros gebracht. Nach erneuter Durchsuchung seiner Habe bringen ihn Gendarmen zusammen mit etwa 680 in Roland Garros festgehaltenen „Unerwünschten“ – „indésirables“ – in den frühen Morgenstunden des 12. Oktober 1939 mit Autobussen zum Bahnhof und verfrachteten ihn in einen Zug.

Frei notiert dazu: „Dies war mein Abschied von Paris. Wann war dies geschehen? Vor wenigen Stunden war es, daß wir im strömenden Regen, gepackt mit Koffern und Decken und Rucksäcken, in Autobusse verladen wurden, die uns durch die verdunkelte Stadt zum Bahnhof brachten.“

In den frühen Nachmittagsstunden des 12. Oktober kam der Zug auf der Station Le Vernet an. „Aus dem Eisenbahnzug, der sie transportierte, entladen, fanden sie sich auf freiem Felde, in Reih und Glied aufgestellt. Auf einer Toreinfahrt war zu lesen: CAMP DU VERNET.“

Das, was Bruno Frei hier notiert, traf auch auf Rudolf Leonhard zu. Am 28. November 1940 wird Leonhard in das Lager „Les Milles“ überführt, wo er vom Suizid seines Freundes Walter Hasenclever am 21. Juni 1940 erfährt. Am 22. Mai 1941 ist er wieder in Le Vernet. Sein Freund Bruno Frei hat zu diesem Zeitpunkt das Lager bereits verlassen können.

In den Monaten nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 verstärkten die französischen Behörden den Druck auf die ihnen bekannten Politemigranten wie Franz Dahlem und Heinrich Rau. Rudolf Leonhard, der ein Visum für die USA sowie ein Ausreisevisum erlangt hatte und sich bereits auf einem Schiff befand, wird aus dem Kohlenbunker des Schiffes herausgeholt und nach Le Vernet zurückgebracht. Die faschistischen Okkupanten, als Rote-Kreuz-Helfer getarnt, übergeben den französischen Behörden laufend „Auslieferungslisten“. Neben vielen bekannten Politemigranten war auf einer der

Listen auch Rudolf Leonhard vermerkt. Hinter den Namen von 270 Lagerinsassen, deren Auslieferung gefordert wurde, stand als Entlassungsgrund: „nach Deutschland“.

Am 18. Dezember 1941 wird er zusammen mit vielen bekannten Politemigranten, darunter Dahlem, Rau und Rudolf Breitscheid (er wurde nach seiner Auslieferung im KZ Buchenwald ermordet), im Gefängnis von Castres interniert. Im November 1942 wird es der deutschen Militärverwaltung unterstellt. Castres wird zum zentralen Auslieferungsgefängnis der Gestapo. Damit schwebten die Gefangenen von Castres in höchster Lebensgefahr. Das löste eine große internationale Solidaritätsbewegung aus, an der sich auch Heinrich Mann beteiligte, denn die nach Castres Verschleppten waren in größter Gefahr, nach Deutschland in die Fänge der Gestapo ausgeliefert und dort ermordet zu werden.

Damit begannen aber auch die intensiven Vorbereitungen für eine Flucht aus dem Gefängnis. Das war der einzige verbleibende Weg zu ihrer Befreiung, zur Rettung ihres Lebens.

Um die Jahreswende 1942/1943 faßten die Gefangenen zum zweiten Mal den Beschluß, den Ausbruch aus dem Gefängnis in Castres und den Übergang in die französische Widerstandsbewegung vorzubereiten. Nach zwei gescheiterten Versuchen gelingt die Flucht im September 1943. In den Abendstunden des 10. September 1943 verlassen 36 Gefangene, darunter 19 ehemalige Spanienkämpfer, nachdem sie erfolgreich ihre Wächter überrumpelt hatten, das Gefängnis. Rudolf Leonhard ist unter ihnen und schreibt darüber den Erlebnisbericht „Mein literarisches Meisterstück“. Er findet vorübergehend in einem nahegelegenen Kloster Unterschlupf, um kurze Zeit darauf den Weg zur französischen Widerstandsbewegung „Forces Françaises de l'Intérieur“ von Marseille zu finden. Unter verschiedenen Pseudonymen veröffentlicht er Widerstandsgedichte und antifaschistische Flugblätter. Den Gedichtband „Deutschland muß leben ...“ beendet er mit dem Satz „Deutschland muß leben, darum muß Hitler fallen!“ Am 25. August 1944 erlebt er die Befreiung von Paris, nimmt 1947 am „Ersten deutschen Schriftstellerkongreß“ teil, und übersiedelt 1950, bereits schwer erkrankt, nach Berlin (DDR). Dort stirbt er am 19. Dezember 1953.

Literarische Produkte aus seiner Zeit in Le Vernet

Bruno Frei erinnert in seinem Tatsachenbericht „Die Männer von Vernet“ auch daran: „Einer der ‚berühmten‘ Verneter war der deutsche Dichter Rudolf Leonhard. Er fiel in Vernet auf, da er, wo immer er sich befand, auf einem Zettel, oft nur ein Stück Toilettenpapier, ein Gedicht in deutscher oder französischer Sprache notierte. Die Gedichte von Rudolf Leonhard über Vernet (mit einem Vorwort von Maximilian Scheer) sind gesammelt in der DDR erschienen.“

Wir verdanken Rudolf Leonhard aus seiner Zeit im CAMP DE VERNET die erschütternde Tragödie „Geiseln“ und das nur in Auszügen veröffentlichte „Traumbuch“. Der ebenfalls in Le Vernet entstandene Gedichtzyklus „Le

Vernet“ soll im folgenden vorgestellt werden. Rudolf Leonhard wollte den „Band Vernet“, wie er ihn gesprächsweise nannte, schon bald nach dem Krieg herausgeben. Freunde hätten ihn ermuntert, ihn erinnert, ihn gemahnt, ihn gedrängt. Es sei umsonst gewesen. Man habe den Eindruck gewonnen, als sei er vor der schwierigen und zeitraubenden Sichtung und Auswahl zurückgeschreckt, als hätte er sich von keinem der mit unauslöschlichen Erinnerungen verknüpften Gedichte trennen können. Er habe die Originalhefte in seinem Archiv ruhen lassen und selbst die Abschriften von seiner gewiß nicht leicht lesbaren Handschrift unkorrigiert gelassen. Sicher sei, daß Le Vernet außerordentlich stark in ihm nachwirkte. Es war sein aufwühlendstes und dramatischstes Erlebnis in Frankreich. Und so sei es dazu gekommen, daß erst lange nach seinem Tod der Verlag der Nation 1961 eine „erste reiche und gewichtige Auswahl“ veröffentlichen konnte. Mit diesen Informationen macht uns Maximilian Scheer in seinem Vorwort bekannt. Er hat vergessen hinzuzufügen, daß nach einzelnen verstreuten Veröffentlichungen von Gedichten aus Le Vernet, die Rudolf Leonhard von sich aus veranlaßt hat, es Alfred Kantorowicz war, der als erster aus dem Zyklus 1947 im zweiten Heft seiner Zeitschrift „Ost und West“ zehn Proben daraus vorstellt und in einem „aus dem Herzen kommenden Einführungsartikel“ Leben und Werk Rudolf Leonhards würdigt. Und er hat vergessen hinzuzufügen, daß mit der ersten „repräsentativen Auswahl“ mit 255 Gedichten lediglich ein reichliches Drittel des Zyklus publiziert wurde. Eine vollständige Ausgabe von Le Vernet, einem der dichterischen Hauptwerke des Exils, liegt, 67 Jahre nach seinem Tod, immer noch nicht vor.

Rudolf Leonhard wählt, im Vergleich zu dem Bericht von Bruno Frei, die literarische Form der Lyrik und verfaßt gefangen, belauert, hungernd, aber unbeugsam beinahe täglich ein Gedicht. Diese literarische Form ermöglichte ihm, im Gegensatz zu langen Prosatexten, schnell literarisch auf Ereignisse zu reagieren. Er strukturiert seine Gedichte nicht durch Zeitabschnitte wie Frei, sondern durch sechs Themenbereiche: „Das Lager“, „Die Welt und ihre Geschichten“, „Im großen Kampf der Massen“, „Gemeinschaft“, „Auslieferung“ und „Flucht aufs Schiff“. In seiner Gesamtheit vermittelt der Gedichtzyklus, und darin ähnelt er dem Bericht von Frei, ebenfalls eine Chronik der Ereignisse in Le Vernet in Versen. Dabei wechseln sich Ich-Perspektive und Beobachter-Perspektive ab. Zu ihrer Entstehung wurde bereits Bruno Frei zitiert.

In dem Zyklus in Versen schildert Leonhard den Alltag des Lagerlebens bis zu seiner erfolgreichen Flucht tagebuchartig. Es sind also Gelegenheitsgedichte im besten Sinn. Ihr Nachrichtenwert ist hoch und, wie der Vergleich mit Bruno Freis „Die Männer von Vernet“ zeigt, sehr zuverlässig. In ihrer dokumentarischen Würde sind sie mit Freis Bericht vergleichbar. „Le Vernet“ umfaßt 636 zwischen September 1939 und Dezember 1940 datierte Gedichte. Einige stammen vermutlich aus späterer Zeit. Eine nicht bekannte Anzahl ist, bedingt durch Rudolf Leonhards unbekümmerte, nicht auf Tradierung bedachte Arbeitsweise, im Lager verlorengegangen, oft unmittelbar nach der

Niederschrift. Das ist nicht verwunderlich angesichts der von Frei beschriebenen Arbeitsweise und den Materialien, die Leonhard zur Verfügung standen.

Und auch das gehört zur Entstehungsgeschichte des Zyklus': Im April 1940 war mit dem Transport der aus dem Lager Gurs überführten Spanienkämpfer ein Mann nach Le Vernet gekommen, der sich Verdienste besonderer Art erworben hat. Der Mithäftling Willy Bürger,

der über eine gestochene Handschrift verfügte, hat Friedrich Wolfs „Beaumarchais“ und Gedichte Rudolf Leonhards in Kleinstformat kopiert. Seine Arbeitsutensilien waren eine Stecknadel, in die er, nachdem er sie mit Kieselsteinen angeschliffen hatte, eine haarfeine Nut für die Tusche ritzt, und zurechtgeschnittenes Zigarettenpapier. Damit kopierte er in mühseliger Arbeit die genannten literarischen Werke. Der Mithäftling Rudi Feistmann opferte

eine Ausgabe von Balzacs „Eugenie Grandet“, in dessen weichen Saffianleder-Einband die Blättchen versteckt werden konnten. Der im Juli in die Sowjetunion abgefahrene Kommunist Anton Stießel hat sie dorthin mitgenommen, wo sie in Teilen veröffentlicht wurden.

Dr. Dirk Krüger
Wuppertal

(Teil 3 und Schluß folgt)

Wie die Geschichte Buchenwalds verfälscht wird

Politik spielte in meinem Leben immer eine wichtige Rolle. Mein antifaschistisches Elternhaus und meine Kindheitserlebnisse haben mich geprägt. Mein Vater war in der Kommunistischen Partei und später in der SED. Er war mit Kommunisten und Sozialdemokraten befreundet, die schlimme Zeiten in Konzentrationslagern verbrachten und sich durch hohe moralische Eigenschaften auszeichneten. Dazu gehörte die in unserer Nähe wohnende Bibliothekarin Berta Taeye, die sich auch gern mit uns Kindern unterhielt. Sie war als Antifaschistin Häftling im KZ Ravensbrück, wo sie schwer gefoltert wurde, aber auch Solidarität übte und diese selbst erfuhr.

Erinnern will ich aber auch an Professor Dr. Walter Bartel, bei dem ich meine Diplomarbeit in Geschichte über die Deutschlandpolitik der Großmächte und die internationalen Beziehungen nach dem II. Weltkrieg schrieb.

Professor Bartel war viele Jahre im KZ Buchenwald inhaftiert, wo er Vorsitzender des internationalen Lagerkomitees war. Nach 1945 übernahm er gemeinsam mit dem französischen Widerstandskämpfer Pierre Durand den Vorsitz des Internationalen Buchenwaldkomitees und arbeitete einige Jahre als Staatssekretär beim ersten Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck. Der Präsident hatte vor allem Mitarbeiter um sich, die in Deutschland selbst aktiven Widerstand gegen die Nazis geleistet hatten und dafür in Konzentrationslagern und Haftanstalten kamen.

Um den Generalsekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, sammelten sich Kommunisten, die in die Sowjetunion emigriert waren.

Eine weitere Gruppe bestand aus deutschen Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten, sogenannten Westemigranten, die ins westliche Ausland emigriert waren und dort gemeinsam in einem Bündnis mit den Alliierten für den Sturz des Hitler-Regimes kämpften. Zur Wahrheit gehört, daß man ihnen mißtraute und sie oft verdächtigte, mit westlichen Geheimdiensten zusammenzuarbeiten zu haben. Das führte nicht selten zum Verlust ihrer politischen Funktionen.

Dieser Verdacht traf auch Walter Bartel sowie die ehemaligen Mitglieder des Politbüros des ZK der SED Franz Dahlem, Paul Merker, der sogar in Haft genommen wurde, und andere. Walter Bartel konzentrierte sich fortan auf die wissenschaftliche Arbeit, wurde Professor für deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Direktor des Deutschen Instituts

für Zeitgeschichte in Berlin sowie Bereichsleiter für Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Er beschäftigte sich wissenschaftlich mit der Rolle der Sozialdemokratie vor und während des I. Weltkrieges, mit der Zeitgeschichte nach 1945, insbesondere mit der Deutschlandpolitik der Großmächte und den internationalen Beziehungen.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt war eng mit seinem persönlichen Schicksal als ehemaliger Buchenwaldhäftling verbunden. Er forschte über das Konzentrationslager Buchenwald und leitete die gleichnamige Forschungsgruppe an der Humboldt-Universität. Über seine Erlebnisse sowie über die Forschungsergebnisse sprach er vor vielen Lehrern, Hochschullehrern, Wissenschaftlern und Jugendlichen. Ein Schwerpunkt war dabei der jährlich in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald stattgefundene Weiterbildungskurs für Geschichtslehrer. An einem solchen Kurs nahm ich teil. Von den lebendigen, überzeugenden Ausführungen Walter Bartels an der Stätte seines Leidens und Kampfes waren wir Geschichtslehrer und Fachberater stark beeindruckt.

In enger Kooperation mit dem damaligen Direktor der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald und ehemaligen Häftlingen wie Emil Carlebach und anderen erarbeitete er eine umfangreiche, 692 Seiten umfassende Dokumentation, die 1960 unter dem Titel „Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte“ im Kongress-Verlag herausgegeben wurde. Eine Lizenzausgabe für Westdeutschland erschien im Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main; eine nochmals erweiterte, neu bearbeitete Auflage wurde 1983 vom Deutschen Verlag der Wissenschaften verlegt.

Nach der „Wende“ wurde von westdeutschen Historikern und Politikern auch das Konzept der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte gewendet.

Bei einem Besuch der Ausstellung „Leben – Terror – Geist. KZ Buchenwald: Porträts von Intellektuellen und Künstlern“ am 25. Juli 1999 in der Mahn- und Gedenkstätte vermißte ich das Buchenwald-Buch von Walter Bartel. Weder wurde in der Ausstellung auf ihn Bezug genommen noch war das Buch in der Buchhandlung der Gedenkstätte vorhanden. Im persönlichen Gespräch mit Pierre Durand, dem Kopräsidenten des Internationalen

Häftlingskomitees, erfuhr ich, daß die Bücher von Walter Bartel und Eugen Kogon „Der SS-Staat“ die authentischsten Publikationen über das ehemalige KZ Buchenwald waren. Um so verwunderlicher ist es, daß diese wichtigen Veröffentlichungen in der Ausstellung fehlen – und das bis heute. In einer vom jetzigen Leiter der Gedenkstätte, Volkhard Knigge, geleiteten Diskussion brachte ich meinen Unwillen über diese Ignoranz zum Ausdruck. Überhaupt war eine krasse Verschiebung der Proportionen des antifaschistischen Widerstandes bemerkbar.

Ich mußte feststellen, daß der antifaschistische Widerstand von Kommunisten in der neu angeordneten Ausstellung fast unterschlagen, höchstens am Rande erwähnt wurde. Im Vordergrund stand nun der bürgerliche, christliche, militärische und adlige Widerstand. Noch ungeheurer ist, daß Kommunisten, die im Lager die Funktion eines Kapos innehatten, nun diffamiert und beschuldigt wurden, mit der SS und der Lageraufsicht gegen die anderen Häftlinge gearbeitet und sie zur Vernichtung „freigegeben“ zu haben, was eine große, infame Geschichtsfälschung darstellt.

Tatsache ist, daß sich die kommunistischen Häftlinge und das internationale Lagerkomitee unter Leitung von Walter Bartel, wo immer es möglich war, für die Rettung der Häftlinge, für die Bewahrung und Verteidigung ihrer Menschenwürde einsetzten. Ihnen schuf der ehemalige KZ-Häftling und Schriftsteller Bruno Apitz mit seinem Roman „Nackt unter Wölfen“ ein bleibendes Denkmal. Der Roman wurde in der DDR zweimal eindrucksvoll verfilmt: 1960 von Georg Leopold und 1963 von Frank Beyer.

Zur Geschichtsklitterung durch die gegenwärtige Gedenkstätte Buchenwald gehört auch, daß in den Ausstellungen das KZ mit dem nach 1945 an gleicher Stelle von der sowjetischen Militäradministration eingerichteten Internierungslager für Nazis, die Verbrechen begangen hatten, gleichgestellt wird.

Dasselbe Vorgehen ist heute im Zusammenhang mit dem Holocaust, dem millionenfachen Mord an den Juden in der Zeit des Hitler-Faschismus, erkennbar. Es ist eine ungeheure Lüge, wenn behauptet wird, in der DDR wäre der Mord an den Juden gezeugnet und nicht aufgearbeitet worden.

Horst Adam
Berlin

Vor 75 Jahren befreiten sich die Häftlinge des KZs Buchenwald

Das Hohelied des Widerstandes

Jetzt gehöre ich zu den vier Mann, die in das Geschäftszimmer eintreten müssen. Ein Scharführer tritt zu dem Maschineschreiber, der unsere Personalien aufnehmen will, nimmt eine Akte zur Hand, mustert uns und nennt dann einen Namen. Der Häftling vor mir meldet sich darauf mit „Hier!“ Der Scharführer sieht den Häftling mit stechendem Blick an, tritt dann auf ihn zu und schlägt ihm unvermittelt die geballte Pranke mit voller Wucht ins Gesicht, so daß der Geschlagene zur Seite wankt. Darüber ist der erste Mann in unserer Reihe derart erschreckt, daß er die an ihn gestellten Fragen des Maschineschreibers nur leise beantwortet. Jetzt springt der Maschineschreiber auf, nimmt eine biegsame Gerte, die er neben sich auf dem Tisch liegen hat, schlägt dem Häftling brutal rechts und links durch das Gesicht und brüllt ihn an: „Weißt du nicht, daß du hier laut und deutlich zu antworten hast?!“ Die Aufnahme unserer Personalien ist beendet ...

Diese Schilderung eines ehemaligen Buchenwald-Häftlings läßt das Martyrium nur ahnen, dem die Insassen der faschistischen KZs ausgesetzt waren. So – und schlimmer – wurden sie alle empfangen: Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale; Christen, Juden, Atheisten; Deutsche, Polen, Franzosen, Sowjetbürger, Niederländer; Arbeiter, Ärzte, Handwerker, Professoren; Männer, Frauen, Kinder.

Ein satanisches System des Terrors hielt von der Gründung des Lagers Buchenwald im Jahre 1937 bis zum Ende des Krieges und damit der faschistischen Barbarei Zehntausende von Häftlingen in Angst und Schrecken. Mittelalterliche Foltermethoden, völlig willkürliche Strafmaßnahmen ohne Recht und Gesetz sollten nach dem Willen der Naziführung und ihrer SS-Henker dazu beitragen, alle antifaschistischen Kräfte zu demoralisieren bzw. zu liquidieren. Die unmenschlichen Leiden, die Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid, Paul Schneider und Walter Stöcker, Ernst Busse und Tausende namenloser Häftlinge zu ertragen hatten, sind eine nie zu heilende Wunde, eine ewig sichtbare Narbe in der Geschichte unseres Volkes,

Zugleich ist diese Zeit eine Zeit der Bewährung, der Solidarität, des Triumphes wahrer Menschlichkeit. Eine Zeit des Heldentums und unerschrockenen Kampfes! Trotz Gaskammer, Genickschußanlage und Giftkanüle, trotz fortwährender Todesdrohungen im Steinbruch und am stromgeladenen Stacheldraht – in Klassenschlachten erprobte und der Sache des Volkes ergebene Männer organisierten den Widerstand, bildeten unter außerordentlich schwierigen Bedingungen ein illegales Lagerkomitee und später sogar eine illegale Militärorganisation. In zäher Kleinarbeit, ständig in der Gefahr, entdeckt zu werden, schufen Männer wie Walter Bartel und Harry Kuhn zentrale Leitungen, die für die Rettung einzelner wie für die Festigung der Moral aller außerordentlich bedeutungsvoll waren.

Über Jahre hinweg wurde der Tag der Selbstbefreiung vorbereitet. In internationaler Zusammenarbeit zwischen deutschen, sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen, französischen und Häftlingen anderer Nationen wurden Waffen beschafft, Explosionskörper hergestellt, militärische



Buchenwald-Denkmal von Fritz Cremer

Schulungen durchgeführt. Ende März 1945 bestand somit eine militärische Kaderorganisation aus 178 Gruppen mit etwa 850 Kameraden. Im Kokskeller, in den Heizungskanälen, selbst im Medikamentenkeller waren über 90 Karabiner mit etwa 2500 Schuß Munition, ein MG, Stielhandgranaten, 150 selbstgefertigte Hieb- und Stichwaffen, 200 Brandflaschen und anderes verborgen.

Der Einsatz der internationalen Kampfgruppen – durch die Farben Rot, Grün, Blau und Gelb gekennzeichnet – war durch einen Offensivplan genau festgelegt. Diese Organisation sollte für den 11. April 1945 von lebenswichtiger Bedeutung werden. Als die SS Anstalten traf, das Lager zu evakuieren in der Absicht, große Teile der Häftlinge umzubringen, stießen die SS-Schergen auf für sie überraschenden militärischen Widerstand. „Plötzlich bricht der Angriffssturm los“, heißt es in der Erinnerung eines Häftlings. „Im Handumdrehen wird der elektrisch geladene Drahtzaun durchschlagen. Unsere Stoßtrupps dringen durch die geschlagene Bresche in die Freiheit, Schüsse aus den eigenen Gewehren fallen. Vorwärts stürmen unsere Tapfersten ... Kampfflos ergeben sich einzelne kleine SS-Kolonnen ... Die SS-Leute, unsere ehemaligen Gefangenenwärter, werden nun als unsere Gefangenen eingebracht.“ Und in einem anderen Bericht wird gesagt: „... Der Jubel kannte keine Grenzen ... Zwei Tage befand sich das befreite Lager zwischen den

Fronten. Nur eine amerikanische Panzerspitze passierte das Lagergelände, ohne sich weiter um die Häftlinge zu kümmern. Erst am 13. April wurde Weimar von amerikanischen Truppen besetzt und das Lager Buchenwald übernommen.“

Unter Führung der Kommunisten und gemeinsam mit ihnen haben Sozialdemokraten, Christen und jüdische Bürger aus fast allen Ländern Europas ihre Freiheit erkämpft. 56 000 Menschen waren in Buchenwald umgekommen. Die 21 000 zur Trauerkundgebung am 19. April 1945 angetretenen Kameraden schworen, gemeinsam gegen die Überreste des Faschismus zu kämpfen, ihn mit Stumpf und Stiel auszurotten.

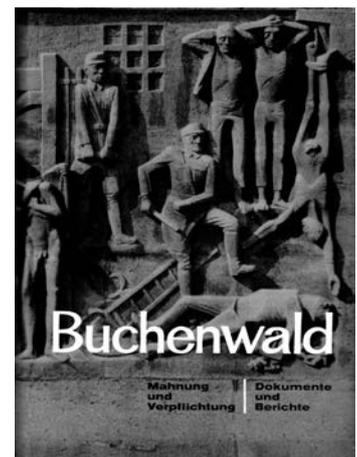
Fast auf den Monat genau 25 Jahre später besuchte Bundeskanzler Willy Brandt die vom Blut Zehntausender Antifaschisten getränkte Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald. Der Ratsvorsitzende des Bezirkes Erfurt, Richard Gothe, gab dem Gast folgendes zu bedenken: „Hier in Buchenwald wurden der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid und der Kommunist Ernst Thälmann Opfer von Mörderhand, weil es nicht rechtzeitig gelang, das Aktionsbündnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten herzustellen. Hier wuchs aber auch der gemeinsame Widerstand gegen den Nazismus, der Wille und die feste Entschlossenheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, eine antifaschistische Einheitsfront zu schaffen.“

Gernot Scheffel

(Aus „Die Wahrheit“, 11./12. April 1970; RF-Archiv)

„Die internationale Widerstandsbewegung im Lager Buchenwald entstand im Kampf gegen den faschistischen Mordterror, im Kampf um die Erhaltung des Lebens der inhaftierten Gegner Hitlers ... Im Kampf gegen den organisierten Mord, gegen Spitzeltum und Hungerepidemien entschied nicht das frühere Parteibuch, sondern die Standhaftigkeit, der Mut und die wirkliche Solidarität.“

Walter Bartel (1904–1992), Leiter des Internationalen Lagerkomitees des KZs Buchenwald



WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Über die Einheit von revolutionärer Theorie und revolutionärer Praxis

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

27. Mai 1976

Unser Land hat bewegende Tage erlebt. Inzwischen sind Delegierte und Gäste des IX. Parteitag der SED an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. In Betrieben, Genossenschaften und Instituten begannen die Diskussionen darüber, wie die bedeutsamen Beschlüsse der führenden Partei mit Leben zu erfüllen sind. Über Schritte von den theoretischen Erkenntnissen des Parteitages zur praktischen Umsetzung diskutieren Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Angehörige der Intelligenz und die anderen Werktätigen mit der Gewißheit: „Auch die neuen, höheren Aufgaben werden gelöst.“ Diesen Gedanken sprach der Generalsekretär der Partei, Genosse Erich Honecker, zum Abschluß des Parteitages aus. Und diese Gewißheit von den anspruchsvollen, aber zugleich auch realen neuen Aufgaben fand inzwischen ein breites, zustimmendes Echo,

Zahlreiche Vertreter unserer Bruderparteien hoben in ihren Reden folgende Faktoren hervor, die zu einer erfolgreichen Bilanz über die Entwicklung unseres Landes führten:

- Die SED hat in allen Phasen ihrer 30jährigen Geschichte den Marxismus-Leninismus schöpferisch angewendet.
- Sie hat ihr eigenes Wirken immer als festen Bestandteil des Kampfes der internationalen kommunistischen Bewegung um die revolutionäre Veränderung der Welt betrachtet.
- Die DDR entwickelte sich als ein Mitglied der um die Sowjetunion gescharten Gemeinschaft sozialistischer Staaten und konnte so die diplomatische Blockade durchbrechen.
- Zu keinem Zeitpunkt wurde die Befähigung der Arbeiterklasse vernachlässigt, im festen Bündnis mit den Bauern, der Intelligenz und anderen Werktätigen die Macht auszuüben.

Namentlich der zuletzt genannte Faktor ist für den sozialistischen Aufbau und die Schaffung von grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus von ausschlaggebender Bedeutung. Die Machtfrage ist die entscheidende Frage der sozialistischen Revolution. Karl Marx hat den Grundsatz formuliert, daß in der Periode des Übergangs von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaftsformation der Staat nichts anderes sein kann als die

Diktatur des Proletariats. An diesen Begriff knüpfen seit Jahrzehnten imperialistische Ideologen immer wieder an, wenn sie den sozialistischen Ländern Unfreiheit und undemokratische Verhältnisse unterstellen. Doch die Voraussetzungen wirklicher Freiheit und Demokratie für die arbeitenden Menschen wurden erst geschaffen, als wir mit Hilfe der Diktatur des Proletariats, also des sozialistischen Staates, die ökonomische und politische Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer beseitigten. Ohne die Macht hätte die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten die entscheidenden Produktionsmittel nicht in Volkseigentum überführen, hätte sie die Grundlagen des Sozialismus nicht schaffen können. Erst durch dieses neue Fundament wurde es möglich, solche Grundrechte wie das Recht auf Arbeit, auf Bildung, Erholung, gesundheitliche Betreuung, auf demokratische Teilnahme an der Leitung und Planung für die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten zu gewährleisten. Deshalb schließen sich sozialistische Demokratie und die politische Macht der Arbeiterklasse keineswegs aus.

Unsere Gesellschaft entwickelt sich gerade deshalb so erfolgreich, weil die Diktatur des Proletariats nicht nur den Interessen der Arbeiterklasse dient, sondern auch dem Grundanliegen ihrer Verbündeten entspricht. Friedrich Engels faßt diesen Gedanken bereits 1883 in den Satz, daß der Klassenkampf beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf einer Stufe angelangt ist, „wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse ... sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse ... befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien“.¹

Darin liegt auch die Ursache, weshalb die Verbündeten der Arbeiterklasse deren Führungsfunktion anerkennen.

Im neuen Parteiprogramm heißt es: „Die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland ist auf die weitere allseitige Stärkung des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats gerichtet, die die Interessen des ganzen Volkes der Deutschen Demokratischen Republik vertritt. Er ist Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und auf dem Wege zum Kommunismus.“

Im Bericht des Zentralkomitees an den Parteitag wurde eindeutig formuliert, daß die Diktatur des Proletariats den Interessen des ganzen Volkes dient und „Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten“ bedeutet. Damit knüpfte der Generalsekretär der SED an einen Gedanken Lenins an, der die Diktatur des Proletariats als eine besondere Form des Klassenbündnisses definiert hatte. Sie müsse errichtet werden, so schrieb Lenin, um die kapitalistische Gesellschaft restlos zu beseitigen und den Sozialismus aufzubauen.

Imperialistische Ideologen können nicht umhin, der DDR und unserer führenden Partei Erfolge im vergangenen Zeitabschnitt zu bestätigen. Doch sie rätseln darüber, wie lange denn noch die Menschen in der DDR akzeptieren würden, daß man auch in Zukunft werde fleißig arbeiten müssen. Wir können natürlich von den Apologeten der von Krisen geschüttelten imperialistischen Staaten nicht erwarten, daß sie die wahren Ursachen unseres Optimismus, die Ursachen der übereinstimmenden Interessen zwischen Partei, Arbeiterklasse und allen anderen Werktätigen begreifen, über sie schreiben oder sprechen. Worin bestehen denn die Gründe, für die Interessenübereinstimmung?

Die SED bringt in ihrer Politik das Streben des arbeitenden Volkes der DDR nach Frieden, sozialer Sicherheit und nach stets höherem materiellem und geistig-kulturellem Lebensniveau konsequent zum Ausdruck. Darin aber liegt der Schlüssel für das Verständnis der gewachsenen Autorität der Partei und ihrer engen Verbindung zu den Bürgern der DDR. Und Angst vor der Arbeit haben die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten noch nie gehabt. Den Gedanken aus dem Rechenschaftsbericht des ZK, daß nur das verbraucht werden kann, was produziert wurde, faßten Diskussionsbeiträge in die Worte: Wir können uns nur das leisten, was wir vorher geleistet haben.

Karl Heinz Hübner, Arbeiter im volkseigenen Reifenwerk Fürstenwalde, erklärte dem Parteitag, wie in seinem Betrieb durch die „Notizen zum Plan“ – eine Methode des sozialistischen Wettbewerbs, die er übrigens zum erstenmal anwandte – wichtige Reserven für eine bessere Auslastung der Maschinen, zur Einsparung von Material und eine höhere Qualität der Reifen erreicht wurde. Gertrud Westphal, Dreherin im VEB Büromaschinenwerk Sömmerda, konnte von beachtlichen Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität

durch die verallgemeinerten Erfahrungen der besten Arbeiter und Kollektive berichten. Das Beeindruckende an diesen und anderen Diskussionsreden waren aber die Menschen selbst, die vor dem höchsten Organ der Partei das Wort ergriffen. Sie verkörpern die führende Arbeiterklasse und den Prozeß ihrer Höherentwicklung.

In dem vom IX. Parteitag beschlossenen Programm wird die Höherentwicklung der Arbeiterklasse als eine der Hauptrichtungen zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und damit auch als eine der grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus erklärt. Die Arbeiterklasse, von Gertrud Westphal, Karl Heinz Hübner und anderen Diskussionsrednern auf dem Parteitag repräsentiert, ist als politische und soziale Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts, als Träger der politischen Macht eng mit dem sozialistischen Volkseigentum verbunden und produziert den größten Teil des materiellen Reichtums der Gesellschaft. Ihre weitere Entwicklung vollzieht sich vor allem im Kampf um höhere Arbeitsproduktivität, im sozialistischen Wettbewerb, in der aktiven Teilnahme an der Leitung und Planung und an der weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie.

Der IX. Parteitag hat zugleich die wachsenden Aufgaben der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und der Handwerker und Gewerbetreibenden hervorgehoben. So ergibt sich für die Genossenschaftsbauern die anspruchsvolle Verpflichtung, durch hohe Produktionsleistungen das materielle und kulturelle Leben des ganzen Volkes zu verbessern. Die verstärkte Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden wird dafür die materiellen Grundlagen schaffen und auch die Wohn- und Arbeitsbedingungen auf dem Lande spürbar verbessern. Große Wertschätzung erfuhr die Intelligenz unseres Landes. Genosse Erich Honecker wertete das Bündnis mit der Intelligenz als einen „entscheidenden Kraftquell für die Verwirklichung jener großen Ziele, die wir uns für die weitere Entwicklung unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, für die Wissenschaft, Kultur und Bildung und für alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit unserem neuen Programm stellen.“² In ihrer Mehrheit aus der Arbeiterklasse und der Klasse

der Genossenschaftsbauern hervorgegangen, ist die sozialistische Intelligenz aufs engste mit dem Volk verbunden. Angehörige der Intelligenz sprachen auf dem Parteitag davon, wie sie in enger Gemeinschaftsarbeit mit Arbeitern und Genossenschaftsbauern den wissenschaftlich-technischen Fortschritt beschleunigen und damit entscheidend zur weiteren Intensivierung der Volkswirtschaft beitragen werden. Schließlich eröffnet das neue Parteiprogramm auch den Handwerkern und Gewerbetreibenden günstige Perspektiven, ihre Kräfte und Fähigkeiten im Interesse der Gesellschaft anzuwenden.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der IX. Parteitag der weiteren Gestaltung der Bündnispolitik. Das Programm der SED geht von der Existenz der befreundeten Klassen und Schichten aus, die sich in einer längeren Frist allmählich einander annähern. Die Dialektik dieses Prozesses ist derart, daß zunächst alle Klassen und Schichten bei der Lösung der neuen Aufgaben ihren sozialistischen Charakter vervollkommen, sich aber beim Übergang zum Kommunismus die klassen- und schichtspezifischen Merkmale nach und nach aufheben. Der Annäherungsprozeß vollzieht sich unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei auf dem Boden der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der Ideale der Arbeiterklasse. Wie sich der Annäherungsprozeß der Klassen und Schichten und die Führungsfunktion der Partei miteinander verbinden, brachten auch die von mir bereits erwähnten Parteitagsdelegierten zum Ausdruck. „Als Kommunist voranzugehen“, erklärte Karl Heinz Hübner, „das heißt sich immer wieder erneut zu bewähren.“ Und Gertrud Westphal stellte ihr unermüdliches Wirken an der Spitze ihres Kollektivs unter das Motto: „Als Kommunist will ich nicht das bequeme, sondern das erfolgreiche Leben.“ Dabei hatte sie den Erfolg unserer sozialistischen Gesamtentwicklung im Auge und bestätigte so den Leninschen Gedanken, daß den Kommunisten vor allem anderen das Wirken für die Gesellschaft auszeichnet.

Allerdings haben wir keinen Grund zu verweigen, daß mit dem erfolgreichen Vorschreiten unseres Landes auch die persönlichen Erfolge einhergehen. Das entspricht durchaus dem Leistungsprinzip unserer Gesellschaft. Die Führung dieses Annäherungsprozesses aller Klassen und

Schichten ist eine wesentliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Partei bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Damit wird die seit drei Jahrzehnten bewährte Bündnispolitik kontinuierlich weiterentwickelt. Was die neue Qualität dieses Bündnisses in der vor uns liegenden Periode anbelangt, so wird sich zeigen, wie bei der Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern, die sozialistische Intelligenz und die Handwerker und Gewerbetreibenden ihre Kräfte in schöpferischer Zusammenarbeit weiter entfalten. Das schließt auch die engen Beziehungen aller im Demokratischen Block und in der Nationalen Front vereinten Parteien ein.

Auf diesem klar abgesteckten Weg wird sich die politisch-moralische Einheit des Volkes der DDR weiter festigen und entwickeln. Wie in der Vergangenheit, so wird sich auch künftig die SED als Führerin der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes den neuen Anforderungen gewachsen zeigen. Durch das vom IX. Parteitag beschlossene Parteistatut zieht sich als Leitgedanke die hohe Verpflichtung eines jeden Kommunisten, an seinem Platz das Beste für ein hohes Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion, die Erhöhung der Effektivität, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und das Wachstum der Arbeitsproduktivität zu leisten. Mit dem so zu erreichenden Leistungsanstieg unserer Volkswirtschaft werden auch neue soziale Verbesserungen ermöglicht.

Unsere marxistisch-leninistische Partei beschreitet mit den historischen Beschlüssen des IX. Parteitages den Weg zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auf sicherem Fundament. Gestählt durch langjährige kontinuierliche Kampferfahrungen, hat die SED stets aus den Erfahrungen ihrer Bruderparteien, insbesondere der KPdSU, gelernt. Sie wird als Abteilung der internationalen kommunistischen Bewegung Kraft aus den Erfolgen der Bruderparteien schöpfen und selbst durch ihre eigenen Erfolge den Fortgang des revolutionären Weltprozesses fördern.

Anmerkungen

1) MEW, Bd. 21, S. 3

2) Bericht des ZK der SED an den IX. Parteitag, Berlin 1976, S. 91

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats April!

Zum 93. Geburtstag

Heinz Blauert (Berlin) am 13. April
Ewald Moldt (Berlin) am 22. April

Zum 92. Geburtstag

Kurt Jendrek (Leipzig) am 2. April
Brigitte Marx (Zörbig) am 4. April
Walter Andersson (Schwedt) am 22. April

Zum 91. Geburtstag

Ursula Münch (Strausberg) am 11. April
Dr. Werner Kulitzscher (Berlin) am 23. April

Zum 90. Geburtstag

Dr. Werner Irmiler (Wandlitz) am 15. April
Werner Zumpe (Chemnitz) am 20. April

Zum 85. Geburtstag

Dr. Dr. Ernst Albrecht (Dormagen) am 12. April
Bernhard Wartke (Strausberg) am 20. April
Annelore Falke (Pößneck) am 25. April
Günter Besig (Halle) am 30. April

Zum 80. Geburtstag

Peter Bader (Lichtenau) am 2. April
Klaus Hesse (Leipzig) am 5. April
Hans Zimmermann (Berlin) am 8. April
Heinz Seidel (Berlin) am 13. April
Dr. Maria Simon (Leipzig) am 22. April

Zum 75. Geburtstag

Gert Leistner (Halberstadt) am 13. April

Renate Pöschmann (Zschopau) am 15. April
Dipl.-Med. Renate Greupner (Rostock) am 18. April
Gernot Ryter (Schwarzenberg) am 19. April

Zum 70. Geburtstag

Kurt Reicherdt (Berlin) am 25. April

Zum 65. Geburtstag

Thomas Heyeckhaus (Bad Berleburg) am 2. April
Kay Hartung (Berlin) am 9. April
Heidmarie Gille (Teterow) am 19. April
Karl-Heinz Schulze (Saßnitz) am 21. April

Zum 60. Geburtstag

Albrecht Geißler (Chemnitz) am 18. April

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Wladimir Iljitsch Lenin zum 150. Geburtstag

Ein Bewahrer des Gewissens der Menschheit

Worin besteht die Größe der Persönlichkeit dieses Mannes, wo liegt die Ursache seiner Gegenwärtigkeit für uns Heutige? Wladimir Iljitsch Lenin, der revolutionäre Denker, Lehrer und Führer „aller Kolonnen der Werktätigen“, hat die Lehren von Marx und Engels unter Berücksichtigung der neuen historischen Erfahrungen und Erkenntnisse schöpferisch weiterentwickelt. Seiner geistigen Universalität und seiner Verbundenheit mit dem praktischen Kampf der Arbeiterklasse ist zu danken, daß der Marxismus auf eine neue höhere Stufe gehoben wurde. Lenin schuf die bolschewistische Kampfpartei, eine Partei neuen Typs. Er war der Führer der Massen in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Und er war der Gründer des Sowjetstaates. Trotz seiner überragenden Leistungen fühlte er sich jederzeit als Lernender, wurzelten seine Gedanken zutiefst im revolutionären Wollen seiner Klasse. Als glühender Patriot war er zugleich proletarischer Internationalist, anerkannter Lehrer und Führer der Werktätigen aller Länder. Mit der Imperialismus-Theorie, der Revolutionstheorie, der Lehre von der Partei neuen Typs, von der Diktatur des Proletariats, vom sozialistischen Staat und mit anderen theoretischen Waffen rüstete er die internationale Arbeiterklasse für die siegreiche Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Klassenfeind aus. Durch seinen Aufenthalt in Finnland und in der Schweiz, in England, Frankreich und Deutschland kannte er aus eigenem Erleben die Lebensbedingungen der Massen auch in anderen Ländern, wußte er von der Brutalität imperialistischer Ausbeutung. Als Führer der Kommunistischen Internationale galt sein Wort in allen Teilen der Welt. Und das ist bis zum heutigen Tag so geblieben. In seinem „Brief an die amerikanischen Arbeiter“ vom Dezember 1918 deckte er die Niedertracht der internationalen Bourgeoisie und ihres imperialistischen Krieges auf, begründete er das Wesen der Oktoberrevolution und erläuterte er offen ihre Probleme: „Mag die korrupte bürgerliche Presse jeden Fehler, den unsere Revolution begeht, in die Welt hinausposaunen. Wir fürchten unsere Fehler nicht ... Jahrhundertlang unterdrückt und eingeschüchtert, niedergehalten in Not, Unwissenheit und Verwilderung, können die werktätigen Klassen die Revolution nicht durchführen, ohne Fehler zu machen. Und der Leichnam der bürgerlichen Gesellschaft läßt sich nicht ... in einem Sarg vernageln und ins Grab senken. Zur Strecke gebracht, verfault der Kapitalismus, geht er mitten unter uns in Verwesung über, verpestet die Luft, vergiftet unser Dasein und umstrickt das Neue, Frische, Junge und Lebendige mit tausend Fäden und Banden des Alten, Morschen und Toten.“

Trotz seines Riesenpensums an Arbeit und Verantwortung wird Wladimir Iljitsch Lenin von seinen Freunden als ein bescheidener, feinführender Genosse geschildert, der sich um einfachste Lebensfragen der Menschen seiner Umwelt zu kümmern vermochte. Auch

darin liegt seine Größe. Als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare nahm er sich noch immer Zeit, Besucher aus allen Schichten der Bevölkerung und allen Teilen des Landes zu empfangen, ihre Anliegen anzuhören oder ihre Gesuche zu lesen. Durch seine guten Kenntnisse der Probleme der Arbeiter, der Angestellten, Bauern und auch der bürgerlichen Intelligenz vermochte er sich ein Bild von der Situation der Massen zu machen. Das befähigte ihn zu Überlegungen, wie er sie in den Thesen über die grundlegenden Aufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale formulierte: „An die Massen muß man besonders geduldig und behutsam heranzugehen lernen, um die Eigenart und besondere Mentalität einer jeden Schicht, eines jeden Berufes usw. innerhalb dieser Masse verstehen zu können.“

So wirkte Lenin im kleinen – und so war er über Ländergrenzen hinweg Führer und Lehrer der internationalen Arbeiterklasse. Seine Kampfgefährten aber und die Jungen, die sein Werk fortsetzen, nennen sich mit Stolz Marxisten-Leninisten!

Helmuth Hellge

(Aus „Die Wahrheit“, 10./11. Januar 1970)

Jawaharlal Nehru

14. 11. 1889 bis 27. 5. 1964

Ehemaliger Premierminister Indiens

„Beinahe gleichzeitig mit der von dem großen Lenin geführten Oktoberrevolution begannen wir in Indien eine neue Phase unseres Kampfes für die Freiheit. Viele Jahre lang war unser Volk von diesem Kampf in Anspruch genommen und ertrug tapfer und geduldig sein schweres Joch. Gingen wir auch in diesem Kampf unter der Führung Mahatma Gandhis einen anderen Weg, so waren wir doch von Lenin begeistert und beeinflusste uns sein Beispiel.“

Jack Lindsay

20. 10. 1900 bis 8. 3. 1990

Britischer Schriftsteller

„Für mich ist Lenin vor allem der größte Geist unseres Zeitalters. Seine Bücher, seine Werke vollendeten den Prozeß der Umerziehung vieler Millionen Menschen der Erde.“

Bis auf den heutigen Tag nutze ich die Gelegenheit, jedes Forum dazu, um Gespräche anzuknüpfen über die Früchte des Leninschen Intellekts, über das von ihm geschaffene neue Rußland. Lenin hat mich zum Kommunisten gemacht. Bei Lenin suche ich Antwort auf die mich bewegenden Fragen.“

Albert Einstein

14. 3. 1879 bis 18. 4. 1955

Deutscher Gelehrter

„Ich verehere in Lenin den Menschen, der seine ganze Kraft mit voller Selbstaufopferung seiner Persönlichkeit für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit einsetzte ... Menschen wie er sind Bewahrer und Erneuerer des Gewissens der Menschheit.“

Palmiro Togliatti

26. 3. 1893 bis 21. 8. 1964

1947 bis 1964 Generalsekretär der KPI

„Alles, was Lenin verwirklichte, interessiert theoretisch und praktisch und berührt direkt die Arbeiterklasse und die Völker der ganzen Welt, von den mehr oder weniger entwickelten kapitalistischen Ländern bis zu den kolonialen und halbkolonialen Gebieten, von dem alten europäischen Westen bis zu Asien, Afrika und den beiden Americas.“

Jetzt erkennen auch diejenigen, die unsere Meinung nicht unterstützen, an, daß die Tätigkeit Lenins den Lauf der Geschichte änderte und eine neue Ära in der Entwicklung der Welt-ereignisse einleitete.“

Im Geiste Lenins

Ich habe eine große Bitte an euch: laßt die Trauer um Iljitsch nicht zu einer äußerlichen Verehrung seiner Person werden. Baut Iljitsch keine Denkmäler, tauft keine Paläste in seinem Namen, veranstaltet keine prächtigen Feste zu seinem Gedächtnis und ähnliches; all diesem maß er bei Lebzeiten eine sehr geringe Bedeutung bei, er empfand es als lästig. Denkt lieber daran, wieviel in unserem Lande noch zu tun ist. Wenn ihr den Namen Wladimir Iljitsch ehren wollt, errichtet Krippen und Kindergärten, Häuser, Werke, Bibliotheken. Metro-Stationen und Krankenhäuser, Invalidenheime usw. Und die Hauptsache – erfüllt sein Vermächtnis durch euer Leben!

Nadeshda Krupskaja

Kann man sich einen Menschen vorstellen, der Wladimir Iljitsch einmal hat reden hören und der das Erlebnis je vergessen könnte? Und es haben ihn doch Hunderttausende, wenn nicht Millionen Menschen gehört. Jeder, der das Glück hatte, Wladimir Iljitsch unmittelbar zu hören, hat gewissermaßen ein Teilchen von Lenin in sich aufgenommen. Wo diese Hunderttausende und Millionen Menschen, die Lenin haben reden hören oder denen auch nur von ihm erzählt wurde, heute auch sein mögen, mögen sie noch so sehr über die ganze Welt verstreut sein, aber viele, sehr viele von ihnen, wenn nicht gar alle, werden heute mit strahlendem Gefühl der tiefen Dankbarkeit an Wladimir Iljitsch zurückdenken, an jenen Mann, der wie kein anderer die Herzen aller Kämpfenden um eine bessere Zukunft der Menschheit berührt hat. In der ganzen Welt, in allen menschlichen Zungen wird heute von Millionen und aber Millionen von Menschen das eine Wort wiederholt: Lenin.

Grigori Sinowjew

Aus: Grigori Sinowjew: Lenin
Verlag für Literatur und Politik, Berlin 1924

Wir können ohne Lenin nicht schreiben, spielen, denken, dichten, malen ...

Eine große Zeit des Lernens und Begreifens ergriff unsere Republik. Brechts Satz über die Teppichweber von Kujan-Bulak: „So nützten sie sich, indem sie Lenin ehrten, und ehrten ihn, indem sie sich nützten, und hatten ihn also verstanden“, und Bechers „Er rührte an den Schlaf der Welt ...“ sind selten so oft zu hören gewesen wie in diesen Tagen und wurden – gesungen und gesprochen – zu Losungen jener produktiven Ungeduld, die Lenin so sehr schätzte.

Zwei große Meister des Wortes – Brecht und Becher – beweisen, wie sehr sie Lenin verstanden hatten. Und wir, die Nachfolgenden, müssen nun wiederum von diesen Meistern lernen, was das Wichtigste ist, was es von Lenin zu lernen gibt: daß nämlich das Lernen selbst immer wieder aufs neue gelernt werden muß.

„Die konkrete Analyse der konkreten Situation“, das ist der Ausgangspunkt jedes wirksam wirkenden und lebendigen Leninismus. Hierin erweist sich unsere revolutionäre Partei der Arbeiterklasse als Meisterin. Ihre Analysen, ihre Gesellschaftsprognosen, die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Entwicklung der Gemeinschaft sozialistischer Menschen, dies alles ist das Feld des Leninismus auch in der künstlerischen Arbeit.

Das ist sicher kein neuer Gedanke. Mir geht es aber um etwas anderes, scheinbar weniger bedeutsam, weil, ganz einfach, unsere persönliche Arbeitspraxis als Künstler betreffend. Anders gesagt: Es geht darum, Lenins Bedeutung für die Künste nicht nur im Allgemeinen zu begreifen, sondern seine Gedanken in der alltäglichen und beständigen Arbeit so zu begreifen, daß wir sie in den Griff bekommen, also daß sie uns nützen.

Wir sollten den 100. Geburtstag Lenins zum Anlaß nehmen, gerade diese unsere ganz persönliche tägliche Arbeit zu überprüfen. In der Vergangenheit haben wir es uns oft zu leicht gemacht. War von Lenin und seiner Beziehung zur Kunst die Rede, suchte man oft in den vielen Bänden seiner Werke nach, wo er sich jeweils zu den einzelnen Künsten geäußert hat. So kennen wir seine Arbeit über die Parteiliteratur, seine Arbeit über Tolstoi, seinen Briefwechsel mit Gorki. Die Filmleute wußten, wie hoch Lenin dieses Massenmedium schätzte, und die Musiker bedauerten etwas, daß er sich die Zeit versagen mußte, sich der Appassionata hinzugeben. Viele Künstler, die Lenin studierten, suchten oft nur nach Äußerungen Lenins über Kunst. So richtig das zunächst ist, so müssen wir doch hier erneut von Lenin lernen, leninistisch zu denken.

Es ist jenes dialektische Denken in Systemen oder Systemdenken, wie es Lenin in seinen Analysen über den Staat und die Revolution, über den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus so beispielhaft praktizierte. Die Bedeutung Lenins für die Kunst nur zu reduzieren auf Lenins Äußerungen über die Kunst hieße, die Kunst außerhalb eben

jenes Systems zu stellen, das wir die sozialistische Gesellschaft nennen und deren Aufbau die Werke Lenins gewidmet sind. Lenins Äußerungen zur Kunst, das ist die ganze Fülle seiner Äußerungen über die revolutionäre Bewegung unseres Jahrhunderts. Hier hat die Kunst eine universale Möglichkeit, über sich selbst nachzudenken und ihren Platz in dieser Bewegung zu ermitteln. Hier ist endgültig die Barrikade niedergerissen, die da Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften trennen soll, die die Kunst von den wissenschaftlichen Gesetzen des gesellschaftlichen Lebensprozesses angeblich trennen soll, wie die Bourgeoisie bis heute nicht müde wird, uns zu versichern. Hier liegt die große Einladung für die Kunst, teilzunehmen an der Verwissenschaftlichung unseres Lebens, nicht, indem etwa die Kunst zur Wissenschaft wird oder sich der Wissenschaft nur als Hilfsmittel bedient, sondern indem sie jenen Lebensprozeß, der bei uns die Wissenschaft mehr und mehr zur unmittelbaren Produktivkraft werden läßt, selbst zum vornehmsten Gegenstand und zur Quelle allen Genusses macht.



Lenin im Oktober 1917
Zeichnung: Nikolai Shukov

Lassen Sie es mich etwas vereinfacht sagen: Wir werden ohne Lenin nicht schreiben, spielen, denken, dichten, malen können, weil gerade in der Wissenschaft Lenins alle diese Tätigkeiten erst in das einheitliche System des Sozialismus integriert werden, als dessen Teil wir uns begreifen müssen. In seinem letzten Aufsatz vom 2. März 1923 sagt Lenin: „Ich schneide hier gerade die Frage der Kultur an, weil in diesen Dingen nur das als erreicht gelten darf, was in die Kultur, in das alltägliche Leben, in die Gewohnheiten eingegangen ist.“ Auch in unserer Kunst wird nur das leninistisch heißen können, was zur alltäglichen und bleibenden Erscheinung geworden ist. Eine Initiative wird erst wirklich groß genannt werden können, wenn sie andere Initiativen hervorruft. Und Revolution ist nicht nur die einmalige Tat, sondern das, was von Dauer ist. Dazu wird Weisheit und Talent nötig sein,

Parteilichkeit, Spaß, Überraschungen, neue Mittel und alte Mittel, erfolgreiche Resultate wie versuchte Resultate, vor allem aber die allgemein ansteckende, insofern heitere Atmosphäre unaufhörlichen Lernens. Wir alle kennen Lenins Ermahnung zu lernen, zu lernen und nochmals zu lernen. Sie ist uns zur gewohnten und vertrauten Erscheinung geworden. Gerade deshalb gestatten Sie mir, daß ich Lenin noch einmal mit seinem letzten Aufsatz zu Wort kommen lasse, wo er davor warnt, das Lernen als eine trockene Angelegenheit oder gar als eine schulmäßige Pflichtübung aufzufassen. Es klingt wie ein heiterer Vorschlag an die Kunst, wenn Lenin sagt: „Wenn ich eben geschrieben habe, daß wir in den Instituten für hohe Arbeitsorganisation usw. lernen und immer wieder lernen müssen, so heißt das durchaus nicht, daß ich dieses ‚Lernen‘ auch nicht im geringsten schulmäßig verstehe oder daß ich mich auf den Gedanken an ein nur schulmäßiges Lernen beschränken wollte. Ich hoffe, kein einziger wahrer Revolutionär wird mich im Verdacht haben, daß ich es ablehne, unter ‚Lernen‘ auch einmal irgendeinen halb scherzhaften Streich, irgendeinen Dreh, irgendeine Finte oder etwas von dieser Art zu verstehen. Ich weiß, in einem wohlwollenden und ernst zu nehmenden westeuropäischen Staat würde dieser Gedanke bares Entsetzen auslösen, und kein ordentlicher Beamter würde sich einverstanden erklären, solche Gedanken auch nur zur Debatte zu stellen. Doch ich hoffe, daß wir keine Bürokraten sind und daß bei uns die Erörterung solcher Gedanken mit Heiterkeit erfolgt. In der Tat, warum sollte man nicht das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden? Warum sollte man sich nicht irgendeines scherzhaften oder halb scherzhaften Streiches bedienen, um etwas Lächerliches, etwas Schädliches, etwas halb Schädliches oder halb Lächerliches usw. aufzudecken?“

Und dies ist auch wieder eine jener produktiven Überraschungen, die uns Lenin, wenn wir ihn studieren, immer wieder bereitet. Diese Zeilen über die revolutionäre Wirkung des Komischen in der Kunst finden wir nicht etwa in einer Schrift über Theater oder Literatur, sondern in einem Aufsatz über die Arbeiter- und Bauern-Inspektion beim Aufbau der sozialistischen Großproduktion. Bertolt Brecht, der stolz war, ein Leninist der Schaubühne genannt zu werden, sagte einmal über dieses Leninsche Lernen: „Lenin verlangte, daß jede Köchin lernen soll, den Staat zu lenken. Er hatte eine gleichzeitige Veränderung des Staates wie der Köchin im Auge. Aber man kann auch durchaus die Lehre ziehen, daß es vorteilhaft ist, den Staat als eine Küche, die Küche aber als einen Staat einzurichten.“

Manfred Wekwerth
(1929–2014)

(Aus seinem Referat auf der Lenin-Tagung der Kulturschaffenden der DDR in Berlin, 1970; RF-Archiv)

Lenins Jugend

Simbirsk gegen 1870 – „die rückständigste und hinterwäldlerischste aller Gouvernementsstädte an der Wolga“, 150 Kilometer von der nächsten Eisenbahnstation entfernt – ein Krähwinkel. Schon rein äußerlich kamen im Stadtbild die großen sozialen Unterschiede zum Ausdruck, wie sie damals nicht nur für Simbirsk, sondern für ganz Rußland typisch waren. Da gab es das vornehme Adelsviertel auf der Anhöhe der Stadt, das Viertel der reichen Kaufleute mit festen Höfen, aber auch die engen, sich windenden dunklen Gassen mit „verfallenen Häusern und Elendshütten, in denen die Fenster durch Löcher ersetzt waren“. In diesem Gebiet an der Wolga, in dieser Welt krasser Gegensätze verbringt Lenin seine Kindheit und Jugend, einen entscheidenden Lebensabschnitt.

Arnold Reisberg schildert anschaulich das gesellschaftliche und familiäre Leben der Uljanows und damit die geistigen Faktoren, die den Charakter und die Weltanschauung des jungen Uljanow geformt und beeinflusst haben. Mit vielen Episoden und Details aus dem Leben Wladimir Uljanows gelingt es dem Autor, dessen Entwicklung lebendig nachzuzeichnen und Lenin vor allem dem jungen Leser menschlich näherzubringen.

Wolodja erleben wir als Jungen, der über außerordentlich gute geistige und charakterliche Anlagen verfügt. Sein harmonisches, fortschrittlich gesinntes Elternhaus, vom Autor mit sehr viel Liebe ins Bild gesetzt, trägt entscheidend zur Entfaltung dieser Anlagen bei. Aber Wolodja ist nicht nur der ausgezeichnete Schüler – er ist auch ein Kind wie jedes andere, mit guten Seiten und mit Schwächen, er spielt, lacht, ist ausgelassen und – manchmal auch jähzornig. Charakteristisch für ihn ist, mit welcher Hartnäckigkeit er an sich arbeitet, wie er beispielsweise seinem älteren Bruder Alexander nacheifert, der sich durch einen sehr ruhigen und ausgeglichenen Charakter auszeichnet. Gerade diese Seite der Persönlichkeitsentwicklung Uljanows, die Selbsterziehung, sein starker Wille, eigene Schwächen abzubauen, einmal als richtig Erkanntes zielstrebig zu verfolgen und die

Einflüsse der Umwelt mit wachem Verstand kritisch zu verarbeiten, lassen ihn für junge Menschen zum Vorbild werden.

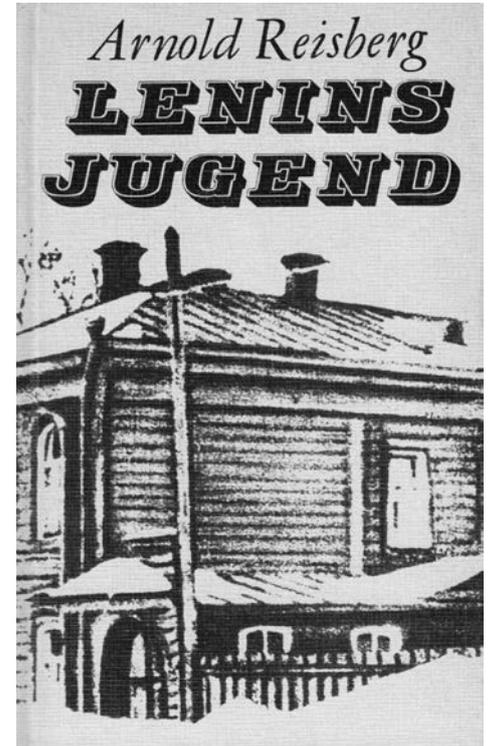
Ohne den jungen Wladimir Uljanow zu idealisieren, stellt der Autor dar, wie im Prozeß der Erziehung und Selbsterziehung jene Eigenschaften, Fähigkeiten, moralischen und weltanschaulichen Überzeugungen entstehen, welche die Persönlichkeit des späteren Führers der russischen und internationalen Arbeiterklasse charakterisieren. Zwei Schicksalsschläge, der Tod des Vaters und die Hinrichtung des Bruders Alexander, veranlaßten Wladimir Uljanow, über den Weg zu gesellschaftlichen Veränderungen in Rußland gründlich nachzudenken. Der Vater, ein überzeugter Demokrat, war seinem Ziel, die Lage des Volkes mittels Erziehungs- und Aufklärungsarbeit zu verbessern, keinen Schritt nähergekommen. Und auch die Methode des anarchistischen individuellen Terrors, der sich Alexander verschworen hatte, schien dem jungen Wladimir Iljitsch untauglich. Von nun an suchte Wladimir ganz bewußt und zielstrebig einen Weg, der es ermöglichen würde, das Tor zu einem besseren Leben aufzustoßen.

Reisberg zeigt, wie sich Wladimir aufgrund seiner eigenen Erfahrungen und durch intensives kritisches Studium der fortschrittlichsten geistigen Strömungen Rußlands zum Marxismus durcharbeitet. Stationen hierbei sind das Jurastudium in Kasan und Samara, sein Verbannungsaufenthalt in dem Dörfchen Kokuschkini und seine Tätigkeit als Rechtsanwaltsassistent in Samara, wo er bereits an der Spitze der dortigen marxistischen Gruppen steht.

Der weltanschauliche Reifeprozess und die Begeisterung, mit der sich Lenin zu den neuen Ideen bekennt, werden überzeugend und voller Leben in anschaulichen und jugendgemäßen Episoden vorgeführt. Der Autor schließt seine Schilderung der Jugendjahre Lenins mit dessen Übersiedlung nach Petersburg im Jahre 1893. Es drängt ihn jetzt mit ganzer Energie, seine Kenntnisse und Fähigkeiten im Kampf der Arbeiterklasse, die gerade in

Petersburg eines ihrer entwickeltsten Zentren hat, zu erproben.

Dieses Buch ist für einen weiten Leserkreis, vor allem aber für junge Menschen, hochinteressant, gibt es doch Antwort auf die Frage nach der Entwicklung eines Menschen zum Revolutionär. Das ist der rote Faden für die vorliegende Darstellung der jugendlichen Reifejahre Lenins.



Fußnoten und Personenregister gestatten auch dem Laien, die gesellschaftlichen Verhältnisse im damaligen zaristischen Rußland voll zu erfassen. Die Anschaulichkeit und Lebendigkeit der Darstellung wird durch den Bildanhang noch verstärkt.

Arnold Reisberg: *Lenins Jugend*. Verlag Neues Leben, Berlin 1973. 256 S.

Ilna Schleicher
(RF-Archiv)

Meine Bekanntschaft mit Lenin

In den Jahren 1895 bis 96 arbeitete ich in der Petersburger Organisation des „Kampfbundes für die Befreiung der Arbeiterklasse“, der von Lenin gegründet worden war, hatte aber damals keine Gelegenheit, ihn bei der revolutionären Arbeit persönlich kennenzulernen. Der ganze Charakter der unterirdischen, illegalen Arbeit brachte es mit sich, daß ich nicht einmal von seiner Existenz wußte. Erst unterwegs nach Sibirien und in Tessj hörte ich die Genossen von ihm sprechen. Ich lernte ihn im Dezember 1898 in Minusinsk kennen. Es dunkelte schon, als ich ankam. Ich begab mich in die Wohnung der Familien Krschichanowski und Starkow. Als

ich ins Zimmer trat, bemerkte ich unter den Genossen sofort Lenin. Obwohl ich ihm nie begegnet war, erkannte ich ihn nach einer Photographie.

Lenin war damals 28 Jahre alt, voller Leben und Kraft. Sein Äußeres erinnerte an einen jungen Bauer oder kleinen Angestellten. Er hatte ein ganz gewöhnliches, bäurisches, russisches Gesicht. Nur die Augen verrieten einen ungewöhnlichen Menschen, einen ungewöhnlichen Geist. Das typische Lächeln umspielte seine Lippen. Man sah gleich, daß er nur auf die Sache und nicht auf Phrasen Wert legte, daß der Intellekt bei ihm das Gefühl überwog. Im Umgang mit Menschen hatte er eine

gewisse Trockenheit. Dieser Zug unterschied überhaupt die intellektuellen Marxisten von den intellektuellen Narodniki mit ihrer verschwommenen Herzlichkeit. Später verlor Lenin diese Trockenheit. Er hatte stets die Genossen ermahnt, sich die heldenhaften Kämpfer der „Narodnaja Wolja“ zum Beispiel zu nehmen: Mit der Zeit hatte er sich selbst die guten Züge der Narodowolzen angeeignet. Sein Anblick faszinierte mich so sehr, daß ich die Tür zu schließen vergaß und weiße Dampfwolken das Zimmer füllten.

„Schließen Sie doch endlich die Tür, Sidorowitsch! Starren Sie doch nicht so in die Welt! Legen Sie Pelz, Mütze und Handschuhe ab!

Das ist Wladimir Iljitsch Lenin. Und nun kommen Sie essen, wir warten schon lange auf Sie!“ Als ich zurückkam, brachte die Wirtin gerade den kochenden Samowar und braungebackene Plätzchen herein. Wladimir Iljitsch und Nadeshda Konstantinowna hatten sich schon gewaschen und saßen am Tisch. Sie betrachteten meine Bücher und das Heft, in das ich allerlei Notizen, Zitate, statistisches Material usw. eintrug. Auch eine Menge revolutionärer Lieder und Gedichte stand darin. Während ich Tee aufbrühte, merkte ich, wie Lenin befriedigt lächelte. Er hatte den ersten Band des „Kapitals“ von Marx, Engels’ „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ und Plechanow-Beltows „Die Entwicklung der

monistischen Geschichtsauffassung“ entdeckt, Bücher, die ich immer wieder las. „Was ist das?“ fragte er und wies auf ein anderes Heft, wo das Kommunistische Manifest handschriftlich eingetragen war. „Haben Sie’s abgeschrieben? Woher hatten Sie denn die russische Übersetzung?“ „Die Übersetzung ist von U. U. und seiner Frau.“ „Ausgeschlossen!“ meinte Wladimir Iljitsch mit leichtem Spott. „Die ist sicher nicht von ihm; der interessiert sich mehr für seine Frau als für die Revolution.“ „Wolodja, sieh nur!“, sagte Nadeshda Konstantinowna, „Alexander Sidorowitsch treibt Deutsch. Er liest sogar ‚Die Neue Zeit‘.“ „Sagen Sie“, wandte sie sich an mich, „müssen Sie oft das Wörterbuch benutzen?“

Falsche Scham verleitete mich, das zu verneinen und zu verschweigen, daß die deutsche Sprache mir sehr schwer fiel und daß ich das deutsch-russische Wörterbuch nicht aus der Hand ließ, wenn ich „Die Neue Zeit“ las. Ich wurde so verlegen, daß mir das Blut zu Kopf stieg.

„Ich dagegen“, sagte Lenin ganz schlicht mit einem Ton des Bedauerns, „muß leider das Wörterbuch sehr oft zu Hilfe nehmen.“

Alexander Sidorowitsch Schapowalow

Aus: Alexander Sidorowitsch Schapowalow: Auf dem Wege zum Marxismus. Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs. Verlag für Literatur und Politik, Wien/Berlin 1926

Lenins Bericht an den X. Parteitag der KPR (B)

Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin) wurde am (10.) 22. April 1870 in Simbirsk (heute Uljanowsk) geboren und starb am 21. Januar 1924 in Gorki bei Moskau.

Mit seinem Leben und Wirken ist wesentlich der weltgeschichtliche Übergang von der Epoche des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus zum Sozialismus als niederer Entwicklungsphase der kommunistischen Gesellschaftsformation verbunden. Lenin rührte sozusagen an den Schlaf der Welt und erschütterte durch die theoretische und praktische Organisierung der Russischen Oktoberrevolution 1917 dieses große nachhaltige Ereignis. Dieser Tatsache lagen geschichtliche Voraussetzungen zugrunde, die Lenin schöpferisch nutzte. Übrigens wären auch der Sturz der feudalen Monarchie durch die deutsche Novemberrevolution 1918 und die Gründung der bürgerlichen Republik durch die Nationalversammlung in Weimar 1919 nicht ohne die von Lenin geführte Oktoberrevolution 1917 und die Errichtung der Räte-Macht möglich gewesen (auch in Deutschland gab es in Deutschland 1918/1919 den von Sozialdemokraten unter Friedrich Ebert gebildeten Rat der Volksbeauftragten). Das deutsche Wort „Rat“ lautet in der russischen Sprache „Cobet (Sowjet)“ und kann in der deutschen Sprache auch mit Regierung ausgedrückt werden.

Hinsichtlich der theoretischen Voraussetzungen für Lenins Wirken muß man wissen, daß die russische Nation die erste war, welche Marx’ „Kapital“ in eine fremde Sprache übersetzt hatte: 1872 Bd. 1; 1885 Bd. 2; 1896 Bd. 3! Übersetzer war N. Danielson, mit welchem Marx und Engels in engem Kontakt standen.

Am 8. März 1921 erstattete Lenin den Bericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR (B) an den X. Parteitag, worin er sagte: „Und nun zu den wirtschaftlichen Fragen. Was bedeutet diese Losung von der Freiheit des Handels, die das kleinbürgerliche Element aufstellt? Sie zeigt, daß es in den Beziehungen zwischen dem Proletariat und den kleinen Landwirten schwierigere Probleme und Aufgaben gibt, die wir noch nicht gelöst

haben. Ich spreche von den Beziehungen des siegreichen Proletariats zu den Kleinbesitzern, wenn sich die proletarische Revolution in einem Lande entfaltet, wo das Proletariat in der Minderheit, wo die Mehrheit kleinbürgerlich ist. Die Rolle des Proletariats in einem solchen Land besteht in der Führung beim Übergang dieser Kleinbesitzer zur vergesellschafteten, kollektiven, gemeinschaftlichen Arbeit. Das steht theoretisch außer



In einer Ruhepause
Zeichnung: Nikolai Shukow

Zweifel. Mit diesem Übergang haben wir uns in einer Reihe gesetzgeberischer Akte befaßt, aber wir wissen, daß es nicht auf die gesetzgeberischen Akte, sondern auf die praktische Verwirklichung ankommt, und wir wissen, daß sich das bewerkstelligen läßt, wenn man eine starke Großindustrie besitzt, die fähig ist, dem Kleinproduzenten solche Vorteile zu bieten, daß er den Vorzug dieser Großwirtschaft in der Praxis einsieht.

So wurde die Frage theoretisch stets von den Marxisten und allen Sozialisten gestellt, die über die soziale Revolution und ihre Aufgaben nachdachten. Bei uns aber ist die erste Besonderheit gerade die, von der ich gesprochen habe und die Rußland im höchsten Grade eigen ist: Bei uns ist das Proletariat nicht nur in der Minderheit, sondern in der verschwindenden Minderheit, die Bauernschaft aber bildet die ungeheure Mehrheit. Die Verhältnisse aber, unter denen wir die Revolution verteidigen mußten, brachten es mit sich, daß sich die Lösung unserer Aufgaben als unerhört schwierig erwies. Alle Vorzüge der Großproduktion in der Praxis aufzuzeigen, vermochten wir nicht, denn diese Großproduktion ist zerstört, sie selbst muß das kläglichste Dasein fristen, und ihre Wiederherstellung ist nur möglich, wenn eben diesen kleinen Landwirten Opfer auferlegt werden. Es ist notwendig, die Industrie zu heben, dazu braucht man aber Brennstoff, und wenn man Brennstoff braucht, so muß man auch auf Holz rechnen, aber auf Holz rechnen heißt, auf den Bauer und sein Pferd rechnen. Unter den Verhältnissen der Krise, des Futtermangels und des Viehsterbens soll der Bauer der Sowjetmacht Kredit gewähren – um der Großindustrie willen, von der er einstweilen nichts erhält. Das ist die ökonomische Situation, die ungeheure Schwierigkeiten schafft, das ist die ökonomische Situation, die dazu zwingt, sich in die Bedingungen des Übergangs vom Krieg [Erster Weltkrieg; Interventions- und Bürgerkriege – E. K.] zum Frieden tiefer hineinzudenken. Während des Krieges können wir nicht anders wirtschaften, als daß wir zu den Bauern sagen: ‚Es ist notwendig, dem Arbeiter- und Bauern-Staat ein Darlehen zu gewähren, damit er aus der schweren Lage herauskommen kann.‘ Wenn wir alle Aufmerksamkeit auf den Wiederaufbau der Wirtschaft richten, müssen wir wissen, daß wir einen kleinen Landwirt, einen Kleinbesitzer, einen Kleinproduzenten vor uns haben, der bis zum vollen Sieg der Großproduktion, bis zu deren Wiederherstellung, für den Warenmarkt arbeitet. Diese Wiederherstellung ist aber

auf der alten Basis unmöglich: das ist eine Sache von vielen Jahren, von nicht weniger als einem Jahrzehnt, bei der Zerrüttung unserer Wirtschaft wahrscheinlich noch mehr. Bis dahin werden wir lange Jahre mit diesem Kleinproduzenten als solchem zu tun haben, und die Losung des freien Handels wird unvermeidlich sein. Nicht darin liegt die Gefahr dieser Losung, daß sie als Deckmantel dient für weißgardistische und menschwistische Bestrebungen, sondern darin, daß sie trotz des Hasses dieser selben Bauernmasse gegen die Weißgardisten Verbreitung finden kann. Sie wird gerade deshalb Verbreitung finden, weil sie den ökonomischen Existenzbedingungen des Kleinproduzenten entspricht. Von solchen Erwägungen ausgehend, hat das ZK denn auch den Beschluß gefaßt, die Ablieferungspflicht durch eine Steuer zu ersetzen [...]. Die Frage der Steuer und der Ablieferungspflicht ist in der Gesetzgebung bei uns längst, schon Ende 1918, aufgeworfen worden. Das Gesetz über die Steuer datiert vom 30. Oktober 1918. Es ist angenommen worden – dieses Gesetz, das für die Landwirte die Naturalsteuer einführt –, aber in Kraft getreten ist es nicht. Nach seiner Verkündung wurden im Laufe mehrerer Monate einige Ausführungsbestimmungen erlassen, aber es wurde bei uns nicht angewendet. Andererseits bedeutete die Beschlagnahme der Überschüsse bei den Bauern eine Maßnahme, die uns durch die Kriegsumstände mit absoluter Notwendigkeit aufgezungen worden war, die aber halbwegs friedlichen Existenzbedingungen der bäuerlichen Wirtschaft nicht entspricht. Der Bauer muß Gewißheit haben, daß er soundso viel abzuliefern hat, aber soundso viel für seinen eigenen Umsatz auf dem lokalen Markt verwenden kann. Unsere ganze Wirtschaft, sowohl in ihrer Gesamtheit als auch in ihren einzelnen Teilen, war ganz und gar auf die Verhältnisse der Kriegszeit eingestellt. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, mußten wir uns die Aufgabe stellen, eine bestimmte Menge von Lebensmitteln zu beschaffen, ohne die geringste Rücksicht darauf zu nehmen, welchen Platz das im gesellschaftlichen Umsatz einnehmen würde. Heute, wo wir von den Fragen des Krieges zu den Fragen des Friedens übergehen, beginnen wir die Naturalsteuer anders zu betrachten: Wir betrachten sie nicht nur vom Standpunkt der Sicherstellung des Staates, sondern auch vom Standpunkt der Sicherstellung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe. Wir müssen jene ökonomischen Formen der Empörung des kleinbäuerlichen Elements gegen das Proletariat begreifen, die zutage getreten sind und sich bei der gegenwärtigen Krise verschärfen. Wir müssen danach trachten, in dieser Beziehung das Maximum des Möglichen zu tun. Das ist für uns das allerwichtigste. Es gilt, dem Bauer die Möglichkeit einer gewissen Freiheit im Umsatz auf dem lokalen Markt zu geben, die Ablieferungspflicht durch eine Steuer abzulösen, damit der kleine Landwirt seine Produktion besser berechnen und entsprechend der Steuer den Umfang seiner Produktion bestimmen kann. Selbstverständlich wissen wir, daß das in der Lage, in der wir uns befinden, eine

sehr schwer realisierbare Sache ist. Die Anbaufläche, die Ertragsfähigkeit, die Produktionsmittel, alles das ist zurückgegangen, die Überschüsse sind zweifellos geringer geworden, und in sehr vielen Fällen gibt es überhaupt keine mehr. Mit diesen Verhältnissen muß man als mit einer Tatsache rechnen. Der Bauer muß ein wenig Hunger leiden, um dadurch die Fabriken und die Städte vor dem Verhungern zu bewahren. Im gesamtstaatlichen Maßstab ist das eine durchaus verständliche Sache; daß sie aber der zersplitterte lebende, verarmte Landwirt begreift – darauf rechnen wir nicht. Und wir wissen, daß man hier ohne Zwang nicht auskommen wird – ohne Zwang, auf den die verelendete Bauernschaft sehr heftig reagiert. Man soll auch nicht glauben, daß uns diese Maßnahme vor der Krise retten wird. Aber zugleich stellen wir uns ein Maximum von Zugeständnissen zur Aufgabe, um für den Kleinproduzenten die besten Bedingungen zur Anwendung seiner Kräfte zu schaffen. Bis jetzt paßten wir uns den Aufgaben des Krieges an. Jetzt müssen wir uns den Verhältnissen der Friedenszeit anpassen. Vor diese Aufgabe sah sich das ZK gestellt; es ist die Aufgabe des Übergangs zur Naturalsteuer bei Bestehen der proletarischen Staatsmacht, und sie hängt eng mit den Konzessionen zusammen. Zu dieser Aufgabe werden Sie speziell Stellung nehmen, sie erfordert besondere Aufmerksamkeit. Die proletarische Staatsmacht kann sich durch Konzessionen eine Vereinbarung mit den kapitalistischen Staaten der fortgeschrittenen Länder sichern, und von dieser Vereinbarung hängt die Verstärkung unserer Industrie ab, ohne die wir auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaftsordnung nicht weiterkommen können; andererseits müssen wir es in dieser Übergangsperiode, in einem Lande mit überwiegender Bauernschaft, verstehen, zu Maßnahmen der wirtschaftlichen Sicherstellung der Bauernschaft, zu einem Maximum von Maßnahmen zur Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage überzugehen. Solange wir die Bauernschaft nicht umgemodelt haben, solange die große Maschine sie nicht umgemodelt hat, muß ihr die Möglichkeit gegeben werden, frei zu wirtschaften. Die Lage, in der wir augenblicklich leben, ist zwitterhaft, unsere Revolution existiert, umgeben von kapitalistischen Ländern. Solange wir uns in einer solchen Zwitterlage befinden, sind wir genötigt, außerordentlich komplizierte Formen der gegenseitigen Beziehungen zu suchen. Wir konnten unter dem Druck des Krieges unsere Aufmerksamkeit nicht darauf konzentrieren, wie die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der proletarischen Staatsmacht, die in ihren Händen die unerhört zerrüttete Großproduktion hält, und den kleinen Landwirten gestaltet werden sollen, wie man die Formen des Zusammenlebens mit den kleinen Landwirten finden soll, die, solange sie kleine Landwirte bleiben, ohne die Sicherstellung des Kleinbetriebs durch ein bestimmtes System des Umsatzes nicht leben können. Ich halte diese Frage gegenwärtig für die wichtigste wirtschaftliche und politische Frage der Sowjetmacht. Ich bin der Ansicht, daß

sich jetzt, wo wir am Ende der Kriegsperiode angelangt sind und im Berichtsjahr den Übergang zur Friedenslage zu verwirklichen begonnen haben, in dieser Frage die politischen Ergebnisse unserer Arbeit zusammenfassen lassen.

Dieser Übergang ist mit solchen Schwierigkeiten verbunden und hat dieses kleinbürgerliche Element so klar zum Vorschein gebracht, daß man es nüchtern betrachten muß. Wir betrachten diese Reihe von Erscheinungen vom Standpunkt des Klassenkampfes, und wir haben uns niemals darüber getäuscht, daß die Beziehungen des Proletariats zum Kleinbürgertum eine schwierige Frage sind, die für den Sieg der proletarischen Macht komplizierte Maßnahmen oder, richtiger gesagt, ein ganzes System komplizierter Übergangsmaßnahmen erfordert. Daraus, daß wir Ende 1918 ein Dekret über die Naturalsteuer erlassen haben, ist ersichtlich, daß die Kommunisten sich dieser Frage bewußt waren; wir konnten aber das Dekret infolge der Kriegsumstände nicht verwirklichen. Wir mußten im Zustand des Bürgerkriegs zu Maßnahmen der Kriegszeit übergehen. Es wäre jedoch ein großer Fehler, wollten wir hieraus die Schlußfolgerung ziehen, daß nur solche Maßnahmen und Beziehungen möglich seien. Das würde bestimmt den Zusammenbruch der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats bedeuten. Wenn der Übergang zum Frieden unter den Verhältnissen einer Wirtschaftskrise erfolgt, muß man daran denken, daß der Aufbau des proletarischen Staates in einem Lande mit Großproduktion leichter zu verwirklichen ist als in einem Lande, in dem die Kleinproduktion überwiegt. Diese Aufgabe erfordert eine ganze Reihe von Methoden, und wir verschließen keineswegs die Augen vor diesen Schwierigkeiten und vergessen nicht, daß Proletariat und Kleinproduktion zwei verschiedene Dinge sind. Wir vergessen nicht, daß es verschiedene Klassen gibt, daß die kleinbürgerliche anarchistische Konterrevolution die politische Vorstufe des Weißgarditentums ist. Wir müssen das mit klarem, nüchternem Blick sehen und uns bewußt sein, daß hier einerseits maximale Geschlossenheit, Standhaftigkeit und Disziplin innerhalb der proletarischen Partei und andererseits eine ganze Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen notwendig sind, die wir einstweilen infolge der Kriegsverhältnisse nicht durchführen konnten. Wir müssen anerkennen, daß es notwendig ist, Konzessionen zu erteilen und für den Bedarf der Landwirtschaft Maschinen und Geräte zu kaufen, damit durch deren Austausch gegen Getreide zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft solche Beziehungen hergestellt werden, die unter den Verhältnissen der Friedenszeit die Existenz der Bauernschaft sicherstellen.“ (LW, Bd. 32, S. 185 ff.)

Warum ist dieser lange Auszug auch heute und zukünftig nützlich?

In bezug auf den welthistorischen Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaftsformation mit ihrer niederen, der sozialistischen Phase war an

der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die theoretische und praktische Entwicklung des Russen Wladimir Uljanow (Lenin) eine die Weltgeschichte maßgeblich beeinflussende Tatsache. Es ist beeindruckend zu studieren, wie schöpferisch dieser junge Mann die Erkenntnisse von Marx und Engels und praktische politische Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie unter komplizierten Bedingungen des russischen

Reiches in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts – und zwar immer im Interesse der werktätigen Bevölkerung – unter den schnell wechselnden realen nationalen und internationalen Bedingungen angewendet und weiterentwickelt hat. Der zitierte Rechenschaftsbericht an den X. Parteitag der KPR (B) ist ein Musterbeispiel dafür. Er bezeugt Lenins Fähigkeit, die sich ständig verändernden räumlichen, zeitlichen und

inhaltlichen Zusammenhänge von der Oktoberrevolution bis Anfang 1921 und deren mögliche weitere Entwicklung vorurteilsfrei und sachlich im Interesse der werktätigen Massen erfassen und darlegen zu können. Das ist lehrreich hinsichtlich der damit eingeleiteten weltgeschichtlichen Epoche der Entwicklung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Prof. Dr. Eike Kopf

Zum 125. Geburtstag Walther Victors im Friedrich-Engels-Jahr 2020 Ein Leben lang auf Spuren der Klassiker

Der Geburtstag des Mitbegründers des wissenschaftlichen Kommunismus liegt zwar erst im November (28. 11.), doch ist das für uns Anlaß, an einen der Engels-Forscher zu erinnern, der sich vielfach literarisch und publizistisch mit der Persönlichkeit des Fabrikantensohnes aus Barmen beschäftigt hat: Walther Victor. Er wurde am 21. April 1895 in Bad Oeynhausen als Sohn eines Tonwaren-Fabrikanten geboren, im Todesjahr von Engels. Beide erlebten schon als Kinder die häßlichen Gesichter des prosperierenden industriellen Kapitalismus im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts.

Wie kam ich, Jahrgang 1938, auf beide? Ich wurde als 14-jähriger Schüler „Bücherausleiher“ im Halberstädter staatlichen Kinderheim „Makarenko“ – ja, das hatte man mir als einem der Oberschüler schon zugetraut! –, und es gab für mich nichts Spannenderes, als den Gesetzen der Natur „auf die Sprünge“ zu kommen. Ich war von der Marx-Engels-Grundschule in die Käthe-Kollwitz-Schule gewechselt.

Bald hatte ich die kleine Marx-Biographie von Walther Victor gelesen (Kinderbuchverlag, Berlin 1953). Den nächsten Schritt vollzog ich in der 11. Klasse, als ich, ohne daß mich jemand dazu aufgefordert hatte, Engels' „Dialektik der Natur“ und „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ zu lesen begann. Zwei Jahre später schrieb ich an den Schriftsteller Victor, der mich zu sich einlud. Ein Besuch in Berlin-Pankow war 1957 die Folge. Mit einem kleinen Päckchen Bücher, die er mir schenkte, verließ ich das Haus in Richtung meines Regiments. Ein Buch in diesem Päckchen hieß „Köpfe und Herzen“ (Volksverlag, Weimar 1949). Auch „Marx und Heine“ lag dabei (1953). In meiner NVA-Zeit fand ich am Ende alles so spannend, daß ich mich von dem Wunsch trennte, Meteorologie zu studieren, und mich statt dessen für Germanistik und Geschichte entschied.

*

Jetzt begann ich, mein Leben tiefer zu begreifen, ihm auf den Grund zu gehen. Mich interessierten brennend der konfliktvolle Weg des jungen Sozialdemokraten Walther Victor in den 20er Jahren und seine Wege im Kampf gegen Krieg und Faschismus. Schon in den 20er Jahren beschäftigten ihn, angeregt von

dem österreichischen Bildungspolitiker und Publizisten Josef Luitpold Stern (1886–1966), nunmehr nach dem Porträt „Mathilde“ (1931), Untertitel „Ein Leben um Heinrich Heine“, unbedingt zu erforschen, ob Friedrich Engels verheiratet gewesen sei oder nicht. Victor hatte schon Jahre vor seinem Exil in Archiven



Walther Victor (1960)

und Bibliotheken nach Dokumenten gesucht und 1932 das Buch „General und die Frauen“ veröffentlicht (Büchergilde Gutenberg, Berlin, später in Zürich und Hamburg). Hierzu heißt es später in Victors „Köpfe und Herzen“: „Das Parteiarchiv der Sozialdemokratie ließ mich wissen, daß Engels nicht verheiratet gewesen sei und daher auch keine Frau da sei, über deren Bedeutung für sein Leben man etwas zu sagen vermöchte. Als ich unter Hinweis auf das von mir gesammelte Material darauf bestand, daß diese Auffassung irrig sei, wurde ein Gutachten des offiziellen Biographen Gustav Mayer (1871–1948) herbeigeht, der versicherte, daß man über mein Thema

kaum eine volle Druckseite schreiben könne, geschweige denn ein Buch. Professor Mayer hat diesen Standpunkt später revidiert. Lange nach dem Erscheinen meines Buches gelang es mir 1937 in London an Ort und Stelle die Tatsache dokumentarisch zu belegen, daß Engels Lizzie (1827–1878) geheiratet hatte, und auf einem lange Jahre bereits nicht mehr benutzten katholischen Friedhof ihr grasüberwachsenes verwittertes Grab bloßzulegen, auf dessen Marmorsockel sich der Altmeister zu dieser Heirat mit seinem Namen bekannt hatte. Die wertvollste Hilfe hatte mir freilich bei meiner Arbeit Friedrich Engels' letzte Gefährtin geleistet, die Frau, die seine letzten fünf Lebensjahre als seine Hausgenossin und vertraute Sekretärin geteilt hatte: Louise Freyberger.“ – (1860–1950, geschieden 1886 von Karl Kautsky). Soweit Victor 1949.

*

Das DDR-Zentralantiquariat Leipzig hat 1982 „General und die Frauen“ als Reprint herausgebracht. Im Nachwort betonte der Publizist Harald Wessel, daß zum Zeitpunkt der Ersterscheinung „... der riesige Fundus des Engels-Nachlasses noch weitgehend unerschlossen“ war und somit das Buch kein Werk der Geschichtswissenschaft sein wollte und konnte. So sah Victor das auch. Es war „eine freie Nachzeichnung“ in „Rembrandtschen Farben“, eine Formulierung aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ 1850, eine Formulierung, die Wessel ebenso zutreffend für Victor findet.

Aus heutiger Sicht ist erstaunlich, wie einfühlsam Friedrich Engels die unterschiedlichen Gefühlswelten von den aus Irland eingewanderten Geschwistern Mary (1823–1863) und Lizzie Burns (1827–1878), mit denen er in Manchester in einer Art Wohngemeinschaft zusammenlebte, wahrnimmt und nicht selten taktvoll vermittelt, wenn er Gefühlsverwirrungen erlebt. Er lernt dabei einiges an Konflikten in der harten sozialen Welt der englischen Frauen kennen. „Vom Erlebnis zur Theorie“, so der Untertitel des Buches 1932, meint damit den konfliktvollen Weg des einzelnen zu einer tieferen, kämpferischen Welt-sicht.

Der ehrenvolle Beinamen „General“ für Friedrich Engels hat seinen Ursprung in der ak-

tiven Teilnahme Engels' 1849 im badisch-pfälzischen Feldzug innerhalb der bürgerlichen Revolution 1848/49. Hier erwarb er sich durch Scharfsicht und Tapferkeit den ehrenvollen Spitznamen seiner Genossen.

*

Mit „Goethe. Ein Lesebuch auf das Jahr 1949“ (bis 1987: 37 Auflagen) begann der Thüringer Volksverlag, Weimar, eine später vom Aufbau-Verlag fortgeführte, bis 1989 reichende Klassiker-Edition, die Victor als Autor und Herausgeber begründete. Dem „Goethe“ folgten Heinrich Heine, Kurt Tucholsky, Lessing, Shakespeare, Kleist und bald auch sozialistische Autoren, z. B. Brecht und Bredel – schon im ersten Jahrzehnt der DDR ein populäres Bildungsprogramm. Jedes Buch kostete nur 6,50 Mark der DDR, über Jahrzehnte!

Hier muß auch das kleine Friedrich-Engels-Porträt „Der beste Freund“ (Kinderbuchverlag, 1959) genannt werden, das 1968, gemeinsam mit dem Karl-Marx-Porträt „Der Mann, der die Welt veränderte“, in einem Band („Marx und Engels. Ihr Leben und ihr Werk, aufgeschrieben für junge Leser“) erschien, illustriert von Werner Klemke.

Im letzten Lebensjahrzehnt lag dem ersten Heinrich-Heine-Preisträger der DDR (1957, gemeinsam mit dem Satiriker und

KZ-Buchenwaldhäftling Karl Schnog) besonders am Herzen, auf den 150. Geburtstag von Engels hinzuweisen (1970): „Morgenlicht der Erkenntnis“ heißt diese kleine Schrift. Sie war schon 1965 als Sonderdruck der Parteizeitung „Das Volk“, Erfurt, veröffentlicht worden und fand Aufnahme in den Band „Goethe – gestern und morgen“ (Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1970). Ausgehend von einem Goethe-Porträt Georg Dawes (1781–1829) beschreibt Victor die Weltansicht des 70jährigen Dichters (1819), die des „West-östlichen Divan“. Victor skizziert die innere Verbindung zwischen der im frühen 19. Jahrhundert aufkommenden wirtschaftlichen und geistigen Globalisierung in Europa, Asien und Amerika, widerspiegelt in den Annäherungen der Kulturen, ihrem Austausch und ihren Anregungen. Dabei komme der klassischen Literatur und ihrem Humanismus als eine unschätzbare Quelle für die Zukunft der Menschheit eine tragende, produktive Kraft zu.

*

Es ist unverständlich, daß die große Weimarer Stadtbücherei in der geschichtsträchtigen Steubenstraße seit einigen Jahren nur noch vier kleine Goethe-Anekdotenbücher von Victor in ihrem Bestand hat, obgleich in Weimarer Verlagen im 20. Jahrhundert 41 Bücher von



Porträtzeichnung eines Karikaturisten

Victor erschienen sind. Der Schriftsteller wurde 1966 mit dem Literatur- und Kunstpreis der Stadt Weimar ausgezeichnet. Hier wird wie in vielen anderen ostdeutschen Bibliotheken versucht, mit den Büchern auch einen Teil unserer Geschichte auszusortieren.

Werner Voigt
Kromsdorf

Erinnerungen an Auguste Lazar

„Die dicke alte Sally Bleistift steht in ihrem Laden. Es ist der kleinste Laden in der großen amerikanischen Fabrikstadt. Die dicke alte Sally Bleistift redet eifrig auf Herrn Jonathan Smith ein, der mit seiner Frau vor ihr steht, die Pfeife im Mundwinkel. ‚Was soll ich Ihnen sagen, Mister Smith‘, sagt sie, ‚jetzt bin ich auch noch zu einem Negerkind gekommen und weiß nicht wie. Als wenn ich nicht genug Sorgen auf dem Hals hätte mit meiner Betti und Redjacket und euch Arbeitern und eurem ewigen Lohnabbau und eurer Arbeitslosigkeit und dem allem.““

Manch einer wird vielleicht diese Sätze wiedererkennen – ihre Verfasserin war Auguste Lazar. Ihre Geschichte „Sally Bleistift in Amerika“ hat die Professorenwitwe und promovierte Germanistin 1932/33 in Dresden geschrieben. Aber was nun damit? Sie vertraute das Manuskript Ernst Ottwald an, der es auf seiner Flucht aus Nazideutschland mit in die Sowjetunion nahm. Sie hörte selbstverständlich nichts mehr davon. Bis sie 1936 oder 1937 anlässlich eines Besuchs bei Brecht in Schweden erfuhr, daß aus ihrem Manuskript ein Buch geworden war, mit Illustrationen von Sandor Ek, unter dem Pseudonym Mary McMillan, erschienen in der Verlagsgenossenschaft für ausländische Arbeiter in der UdSSR, Moskau/Leningrad, 1935, nachgedruckt auch in ausländischen Zeitungen. Sie hielt ein Exemplar der „Humanité Strasbourg“ in der Hand, und wenn ich nicht wüßte, daß ihr Gefühlsausbrüche

fernlagen, würde ich jetzt sagen, sie brach in Tränen aus. 1939, unmittelbar vor Toreschluß, emigrierte Auguste Lazar als Köchin nach England, 1947 kehrte sie heim, nach Dresden. Sie arbeitete zunächst beim Rundfunk. Aber dann packte es sie – sie mußte wieder schreiben. Schreibtische mochte sie nicht. Die erste Fassung ihrer Manuskripte kam handschriftlich in ein dickes altes Kontobuch, „Mit Gott“ auf dem Vorsatz. Woher sie diese Kontobücher hatte, weiß ich nicht, aber sie muß viele davon besessen haben. Sie saß auf der Couch mit angezogenen Knien, das Buch vor sich. Nach einigen Stunden wurde, was sie da aufgezeichnet hatte, überprüft, Schere und Kleistertopf traten in Aktion, alles kam in die richtige Reihenfolge. Ihre Schreibmaschine stand auf einem alten Gartentisch in der Veranda.

An dieser Stelle muß ich wohl ihre Katzen erwähnen, die Rosi, den Titus, den Heinrich – meistens waren es zwei oder drei, aber wenn Rosi Junge hatte, auch fünf oder sechs. Wir mochten in ein ernstes und sicher auch wichtiges Gespräch vertieft sein – nichts, aber auch gar nichts konnte sie hindern, mit einem „Jesses, die Katzerln!“ aufzuspringen und die Jungen wieder einzufangen.

Der Sachsenverlag druckte, trotz einiger Schwierigkeiten bei der Genehmigung, „Sally Bleistift in Amerika“ nach, es war eine überaus scheußliche Ausgabe. Damit erschien Auguste Lazar eines Tages im Kinderbuchverlag. „Kennt ihr das Buch?“ Wir druckten

ein bißchen verlegen herum. „Titel schon gehört, aber ...“ Es kam ein langes freundliches Gespräch zustande, zwischendurch rief sie Ludwig Renn an, mit dem sie von Dresden nach Berlin gekommen war. Nie werde ich den überzeugenden Ton ihrer Stimme vergessen, mit dem sie sagte: „Ludwig, ich glaube, hier bin ich richtig.“ Wir haben ihr Buch, diese Geschichte einer vielfarbigen Familie, natürlich sofort gelesen. Das Buch ist sehr bald im Kinderbuchverlag erschienen, und es hat viele, sehr viele Auflagen erlebt.

„Sally Bleistift in Amerika“ war der Beginn; inzwischen ist das Buch – im Anfang der Nazizeit geschrieben! – ein Klassiker der sozialistischen Kinderliteratur. Es folgten: „Jan auf der Zille“, „Bootsmann Sibylle“, „Jura in der Leninhütte“, „Die Brücke von Weißensand“, „Der neue Däumling“, „Die Schreckensherrschaft und das Glück der Anette Martin“, „Akelei und das Wurzelmannchen“, „Kampf um Kathi“ und zwei Bücher für erwachsene Leser: ihre Lebenserinnerungen „Arabesken“ und das große Buch über die Französische Revolution „Schach dem König“. Auguste Lazar wurde mit dem Nationalpreis ausgezeichnet und sprach ein gewichtiges Wort in der Theorie der Kinderliteratur mit.

Am 7. April 1970 [vor nunmehr fünfzig Jahren] ist sie gestorben, betrauert von allen, die ihr nahestanden, sie liebten.

Ilse Ploog

(Leicht gekürzt aus „Weltbühne“, Heft 36/1987; siehe auch RF 190 [Nov. 2013])

„Egonek“ – Auf der richtigen Seite der Barrikade

Lockenwuschliges Haar, eine stark modellierte Stirn mit wenigen, aber tiefen Längs- und Vertikalfalten, deren senkrechteste wie ein Wegweiser auf die Nase zu steuert, dazwischen buschige Augenbrauen, schmale, ovale, dunkle Augen, die einen Gesprächspartner oder viele Zuhörer wie hypnotisch festhielten, die kräftige, lange, wenig gebogene, neugierige Nase, als ob sie ewig etwas nachspüre, die bewegte Oberlippe, sinnlicher, ein wenig wulstiger Mund, kräftiges zweigeteiltes Kinn und das ganze Gesicht oft und schnell sich verändernd, auf jeden Eindruck sofort reagierend wie ein Seismograph, schneller zum Lachen bereit als zum Grübeln, obwohl das Lachen ironisch und aggressiv sein konnte. Und über allem die aufmerksame, erregte Wachheit, mit der er das Leben in sich einsog. Er war streng mit den Leuten, die von ihm lernen wollten. Ließ nichts durchgehen und fand jeden überflüssigen Satz, jede abgebrauchte Redewendung, jede Ausrede, mit der man sich über dünnes Eis einer Ungenauigkeit retten wollte. Er haßte die Flüchtigkeit und legte sich selbst Zügel an, wie uns, die wir mit unseren Reportagen zu ihm kamen, jung und begeistert, damit er sie beurteile, zensiere. Er teilte sich eine Schrift zu, die ein Zwischending ist von Kalligraphie eines sorgsam buchstabmalenden Stadtschreibers und der individuellen Unverkennbarkeit des rezeptschreibenden Arztes.

Und warum? Damit ihm die Schrift beim Nachdenken helfe! Jeder Schnörkel verlängerte die Frist, bis das Wort dastand, verlängerte die Selbstkontrolle. Und wenn sich seine Sätze so lesen, als habe er sie genialisch aus dem Ärmel geschüttelt, als flössen sie ihm nur so zu, wenn sie den Leuten eingehen wie Honigseim, dann steckt dahinter nicht etwa leichte Hand, sondern die schwere Arbeit, bildend, verständlich und einfach, neuartig und anziehend zu schreiben.

Es war im Café „Continental“ zu Prag, kurze Zeit, nachdem es mir gelang, mit ernstlich verletztem, weiß bandagiertem Schädel aus dem braunen Reich über die grüne Grenze zu flüchten. Ein Lyriker behauptete, die Reportage sei keine Kunstform. Wütend warf ich ihm die vier Namen an den Kopf, John Reed, Larissa Reisner, Ilja Ehrenburg und Egon Erwin Kisch.

Adam Scharrer flüsterte mir zu: „Dort hinten sitzt er ja, sei doch leiser!“ Bis dahin kannte ich Kisch noch nicht. Aber er hatte seinen Namen schon gehört, war aufgestanden, und Scharrer stellte mich mit den Worten vor: „Hier hast du einen jungen Fanatiker der Reportage.“ Der Egonek musterte mich eingehend, legte den Kopf schief und fragte anzüglich: „Ist er noch ein Kiebitz oder spielt er?“

Ich antwortete schnell: „Wenn ich Ihre Trümpfe hätte, würde ich besser spielen!“ So begann unsere Bekanntschaft. Und immer, wenn der Zugvogel heimkam, mußte ich ihm zeigen, wie weit ich mit dem Schreiben gekommen war. Er gab mir Aufgaben, und ich holte mir, wenn ich sie gelöst hatte,

wie ein „Klippschüler“ vom Klassenlehrer die Noten. Er schickte mich an eine der lebtesten Ecken Prags, Wenzelsplatz/Nationalstraße, ich solle die Gesprächsfetzen der Vorübergehenden notieren und von ebendiesen eine Miniatur-Charakteristik geben. Schwer war das, obwohl ich allmählich meine Stenographie erfand. Selbst dann dauerte es lange, bis er nicht mehr die Nase rümpfte. Und immer, wenn ich als „meistgessenster“ Emigrant aus der Polizeihaft kam, mußte ich von den Mithäftlingen erzählen.

Der Prager Obstmarkt versorgte die „besseren Leute“ vom Bankdirektor aufwärts mit schönen, aber teuren Früchten, die in lockenden Pyramiden aufgebaut, farbenfroh von den saubergeputzten mit schneeweißem Spitzenpapier bedeckten Tischen der Verkaufsstände leuchteten, von weither duftend. Im Garten gepflegte heimische Sorten von Äpfeln und Birnen, sorgsam gepflegtes Spalierobst, ein schöner Anblick war's, von dem ich Kisch erzählte.

Er befahl mir trocken: „Geh morgen früh um fünf Uhr hin!“ Ich tat's. Auf rumpelnden Bauernbretterwagen, mit Pferddecke belegt, trafen die ersten Wagenladungen Obst ein. Verschlafene Kutscher und Verkäuferinnen rieben sich die Augen und gähnten. Aber sie rieben nicht nur die Augen, sondern auch die Äpfel und Birnen und die gelben, blauen, roten Pflaumensorten. Blank „wienerten“ sie jede einzelne Frucht, bevor sie diese sorgsam, wie einst die Ägyptersklaven, zu Pyramiden formten. Die kräftigen Burschen benutzten als Reibfläche ihre gelben Lederhosen. Bei den meist hübschen Mädchen tat einer der vielen Unterröcke, die zur bunten Tracht gehörten, den gleichen Dienst. Entsetzt schrieb ich das Gesehene nieder und fügte eine sozialkritische Betrachtung hinzu.

Mein Lehrer wollte sich schier vor Lachen ausschütten, strich – immer noch lachend – mit einem brutalen Ritsch-Ratsch meine ganze angehängte Moral durch und kicherte: „Wozu das Agitationsschwänzchen, die Pointe muß in der Überschrift liegen!“ Und bedächtig schnörkelnd mit Bogen und Schleifen betitelte er meine Beobachtung: „Die Apfelschale des Herrn Bankdirektors!“

Mit Kisch durch Prag zu gehen, hieß Geschichte erleben. Jede Gasse erzählte sie durch seinen Mund und manchmal jedes Haus in einer Gasse. Und zur strengen Geschichte kamen als vergnügliche Arabesken die leichten Histörchen. Alles sah er, liebte den Anblick reizvoll gebogener Bauelemente, kannte die Biographien der vielen Prager Originale und der Künstlerkollegen aller Fachrichtungen.

Zwanzig Jahre sind vergangen. Ich stehe auf dem Graben und suche das „Continental“ und den Tisch von Kisch, ein Ecktisch, gleich wenn man aus dem Spiegelkorridor hereinkam, links, ein kleiner Marmortisch, von einer Sofaecke an zwei Seiten begrenzt. Nur wer zu spät kam, mußte mit den wackligen Stühlen gegenüber vorliebnehmen. Kisch und seine Gisl saßen dort und

Jonny Heartfield und Wieland Herzfelde und manchmal FC Weiskopf und Alex und überhaupt die Leute von der AIZ (der Arbeiter-Illustrierten), und wenn er mal aus Brünn kam, auch der Oskar Maria Graf und im Anfang Willi Bredel und Erpenbeck.

Da Kisch mehrere Stammlokale frequentierte, fielen für das „Continental“ nur einige Tage in der Woche ab. Doch regelmäßig erschien er zu den kämpferischen Diskussionen und Auseinandersetzungen im Bert-Brecht-Club. Die erbitterten Gegner des Monopolkapitals tagten in dessen Festung, im Haus der Prager Börse, obwohl man besser von nächtigen als von tagen sprechen sollte. Dort prallten die Meinungen der Schriftsteller wie Sprengladungen aufeinander. Schöpferische Explosionen bewiesen die Wahrheit dialektischer Gesetze. Ich erinnere mich noch eines Abends, als FC Weiskopf, Kisch und Bloch sich befehdeten. Burschell und Kesten mischten tüchtig mit. Erst stand einer auf, der nächste folgte ihm, der dritte erhob sich, die Stimme überschlagend, und plötzlich standen alle Unwesenden, riefen und schrien durcheinander. Der aufgeschreckte Portier stürzte herbei und mahnte, die Polizeistunde sei doch schon längst vorbei.

FC Weiskopf gelang es mit diplomatischer Besonnenheit und der suggestiven Kraft seiner Liebenswürdigkeit, die Ruhe wiederherzustellen, und der ganze Haufen erregter Geister zog durch das nächtliche Prag dem Pulverturm zu und bemühte sich, die Streitfrage angestrengt flüsternd auszutragen.

Und nun suche ich meine Lehrsäle. Das „Continental“ existiert nicht mehr. Am Tisch von Kisch stehen statt „Kapuziner mit Schlagsahne“ riesige hohe Bücherberge. Der in der ganzen Welt bekannte Artia-Verlag ist jetzt dort und setzt das gedruckte Wort an die Stelle des gesprochenen, der Episode, des Erlebnisberichts, der Anekdote, des garantiert allerneuesten Witzes, des scharfen politischen Glosses, des antifaschistischen, kämpferischen Aufrufs. Am Tisch von Kisch! In Berlin gab es ihn, in Paris gab es ihn, in Prag, in Mexiko, in London, wo ihn seine Freunde trafen, als er 1946 in die Heimat zurückkehrte. Und es wird ihn weiter geben, wenn Kisch auch nicht mehr bei uns ist und uns bitter fehlt, der Kisch. Gerne möchte ich ihm noch für vieles Dank sagen, doch wie ich ihn kenne, würde er den Absatz wegstreichen. Aber neben seinen Werken hat er sich selbst verewigt. Denn der Tisch von Kisch, das ist jeder „Stammtisch“ bewußter, vom Marxismus-Leninismus erfüllter, aufopfernder, kämpferischer Schriftsteller, Journalisten und Reporter auf der richtigen Seite der Barrikade.

Jan Koplowitz
(1909–2001)

(Aus der „Berliner Zeitung“ vom 30. März 1958. Koplowitz hatte diesen Essay zum 10. Todestag Egon Erwin Kischs [29. April 1885–31. März 1948] geschrieben. Wir erinnern mit ihm an seinen 135. Geburtstag.)

BUCHTIPS

- **I. Gün / B. Hopmann / R. Niernerg (Hrsg.): Gegenmacht statt Ohnmacht**
100 Jahre Betriebsverfassungsgesetz. Der Kampf um Mitbestimmung, Gemeineigentum und Demokratisierung

Schon vor hundert Jahren forderten eine Million Berliner Beschäftigte in einem großen Streik „entscheidenden Einfluß auf Produktions-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse“. Sie konnten sich nicht durchsetzen. Auch für heutige Betriebsräte ist die Frage nach ihren Rechten fundamental. Kolleginnen und Kollegen erhalten zum Beispiel Firmenhandys, über die sie zu jeder Tageszeit von ihren Vorgesetzten erreichbar sind. Oder das Unternehmen will Überstunden anord-



nen. Oder Arbeitsplätze werden umstrukturiert, alte Tätigkeiten fallen weg, neue Arbeiten kommen hinzu. Die Kollegen haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, Angst vor zusätzlichen Belastungen. Kann der Betriebsrat Maßnahmen der Betriebsleitung verhindern? Kann er sie abändern? Kann er die Folgen mildern?

Es ist das Betriebsverfassungsgesetz, in dem wir Antworten auf diese Fragen finden. Es legt fest, in welchem Umfang „Arbeitnehmerinnen“ und „Arbeitnehmer“ Gegenmacht aufbauen können. Seine Geschichte ist eine lange Geschichte des Klassenkampfes, bei dem allzu viele und viele grundlegende Kapitel von den Unternehmern gewonnen wurden. So können Betriebsräte bis heute nicht den Einsatz von Leiharbeitskräften verhindern, nicht die Ausgliederung von betriebsinternen Tätigkeiten an Fremdfirmen mit miserablen Löhnen, nicht Massenentlassungen, sie können nicht die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion (Konversion) oder die Schaffung von umweltfreundlichen Ersatzarbeitsplätzen in der Autoindustrie (Transformation) erzwingen.

VSA-Verlag, Hamburg 2020. 160 S., 14,80 €

- **W. Kohlert / F. Pfäfflin: Das Werk der Photographin Charlotte Joël**
Porträts von Walter Benjamin bis Karl Kraus, von Martin Buber bis Marlene Dietrich

Über Charlotte Joël (1887–1943), die Photographin vieler berühmter Porträts, ist bis heute wenig bekannt. Bis in die 30er Jahre hat sie fünfundzwanzig Jahre lang ein Atelier in der Hardenbergstraße geführt, nahe dem Berliner Bahnhof Zoo. Als Jüdin mußte sie es aufgeben; 1943 wurde sie in Auschwitz ermordet.

Viele von denen, die vor ihrer Kamera saßen, tragen große Namen: Walter Benjamin und seine Familie etwa, Martin Buber, Marlene



Dietrich, die spätere Frau Theodor W. Adornos Gretel Karplus, Karl Kraus oder Gustav Landauer. Ihre liebevollen Aufnahmen von Kindern erschienen in Zeitschriften und wurden von Postkartenverlagen herausgegeben. Doch von ihr selbst ist kein Porträt überliefert.

Wer war diese Frau, die so einen bedeutenden Kundenkreis hatte? Persönliche Aufzeichnungen sind nicht bekannt. Nur in wenigen erhaltenen Briefen gibt sie etwas von sich preis.

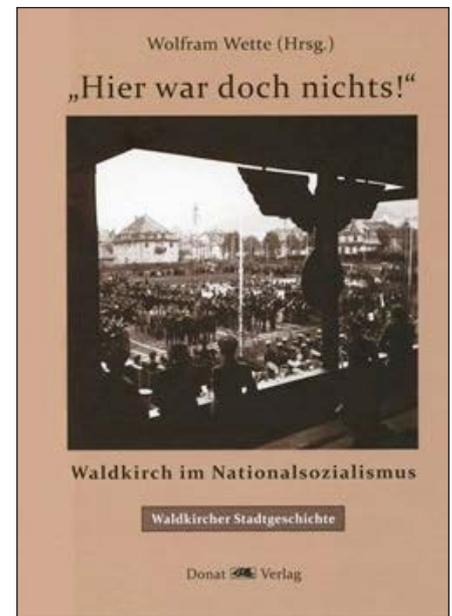
Werner Kohlert (Autor, Kameramann und Regisseur) hat zusammengetragen, was über ihr Leben, ihre Arbeit und ihr jüdisches Schicksal in Erfahrung zu bringen war. Friedrich Pfäfflin (Verlagsbuchhändler, ehem. Leiter der Museumsabteilung des Schiller-Nationalmuseums in Marbach) hat über Jahre in öffentlichen und privaten Sammlungen ihre Photographien aufgespürt und den Werkkatalog erarbeitet.

Mit einem Essay von Werner Kohlert und einem Katalog des photographischen Werks von Friedrich Pfäfflin. Wallstein-Verlag, Göttingen 2020. 332 S., 208 farbige Abbildungen, 24,90 €

- **Wolfram Wette (Hrsg.): „Hier war doch nichts!“**
Waldkirch im Nationalsozialismus (Reihe Waldkircher Stadtgeschichte)

In vielen Ortschaften, Gemeinden und Kleinstädten hört man über die NS-Zeit sagen: „Bei uns ist alles nicht so schlimm gewesen!“ Oder: „Hier war doch nichts!“ Aber trifft das wirklich zu? Drückt sich darin vielleicht nur eine lokale Variante der Verdrängungshaltung aus, die sich nach 1948/49 ausbreitete?

Für Waldkirch richteten 27 Autorinnen und Autoren – stellvertretend für viele andere – den Blick auf das wirkliche Leben. Sie fragen: Was war denn anderswo schlimmer



als hier? Wo war anderswo? Gab es im faschistischen Deutschland so etwas wie eine Insel, die von den braunen Stürmen der Zeit verschont blieb? Wie ist es zu erklären, daß es zu der Überzeugung von geringer Belastung und weitgehender Schuldlosigkeit gekommen ist?

Wie vollzog sich die Etablierung der Nazi-Diktatur? Gab es Widerstand? Wie wurde der Weltkrieg 1939 bis 1945 erlebt und verarbeitet? Wie ging man im „Städtle“ nach 1945 mit den Verbrechen und mit den Tätern um? Und was tut man heute, um aus der Vergangenheit Lehren zu ziehen?

Auf diese und viele andere Fragen geben die Beiträge des Sammelbandes Auskunft. Ergänzt werden sie durch etwa 300 Bilder und durch historische Texte, die zum Weiterdenken anregen.

Ein außergewöhnliches Buch, das die gesamte Breite des politischen und gesellschaftlichen Lebens im Faschismus in einer deutschen Kleinstadt erkundet und gründlich beleuchtet – achtzig Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Donat-Verlag, Bremen 2019. 528 Seiten, 297 Abbildungen, 29,80 €

Das Prager-Haus in Apolda, ein Lern- und Gedenk-Ort

Die jüdischen Händler Salomon Prager und sein Sohn Bernhard betrieben in diesem Haus ihren Fellhandel und einen Handel mit Fleischereibedarfsartikeln. Nachdem sie das viel zu kleine Vorgängerhaus abgerissen hatten, errichteten sie mit bescheidenen finanziellen Mitteln 1925 dieses Haus. Im Untergeschoß stellte Bernhard einen Wanddurchbruch her, der einen Zutritt zu einem weiteren Raum gewährte, in dem Prager seine Eisschränke und Fleischereimaschinen zu Präsentation und Kauf vorhielt. Dieser Raum befand sich damals zwischen dem Westgiebel und dem Mauerende. Im Verkaufsraum hinter dem Rolladen nahm er die Felle und Därme entgegen, die ihm Landwirte und Viehhalter

hängt, beschreibt das Aufkommen der demokratiefeindlichen NSDAP als Bündelung und Hort des Antisemitismus und des Antibolschewismus. Wer seine Kenntnisse über die geschichtlichen Daten der faschistischen Periode weiter konkretisieren will, kann sich dazu gegen eine Spende eine Broschüre mitnehmen. Auf der Wand gegenüber wird auf einer Tafel die Bau- und Umwandlungsgeschichte des Prager-Hauses in einen Lern- und Gedenkort dargestellt.

Museum

In diesem Raum befand sich das Geschäftslokal des Fellhändlers Salomon Prager und seines Sohnes Bernhard. Hier wurden – wahr-



Am Westgiebel wurde 2018 ein Foto von einer Hochzeit in der Prager-Familie angebracht. Am 18. November 1921 heiratete Selma Prager Ludwig Schwab, die später in die USA emigrierten. Links sitzend: das Ehepaar Salomon und Bertha Prager geborene Klebe, gestorben 1931 bzw. 1930. Links stehend: Bernhard Prager und Gertrud geborene Katzenstein, ermordet 1944. Rechts sitzend: Leo Seifert und Jette geborene Prager, 1942 ermordet. Rechts stehend: Julius Kron und Mathilde geborene Prager, 1931 gestorben.

zum Kauf anboten. In den Wirtschaftsräumen hinter dem Haus wurden diese dann gereinigt, getrocknet und an Kürschner geliefert. Nach dem Abriß benachbarter Häuser um die Jahrtausendwende mußte man auch um den Abriß dieses authentischen jüdischen Handelshauses fürchten. Deshalb gründeten 2007 geschichtsbewußte Menschen den Prager-Haus-Verein, um das Haus zu retten und darin einen Erinnerungsort an jüdisches Leben im 20. Jahrhundert sowie an Widerstand und Verfolgung 1933 bis 1945 einzurichten. Der Lern-, Gedenk- und Treff-Ort wurde im Oktober bzw. November 2018 eröffnet. Mit einem „Treff bei Pragers“ sollen mit Vorträgen und Konzerten jüdische Kultur, Geschichte und Gegenwart bekanntgemacht werden.

Gang der Erinnerung

Der Besucher, der durch die Haustür das 1925 errichtete Haus betritt, öffnet zunächst eine weitere doppelflügelige Haustür, um 1900 im Jugendstil gebaut, die zwei Pferdeköpfe zeigt. Der Verein rettete sie, als 2012 die Stadtvilla des jüdischen Pferdehändlers Louis Fleischmann abgerissen wurde.

Im Gang der Erinnerung informieren vier Tafeln über die soziopolitischen Vorgänge in der Stadt und Umgebung von Apolda zwischen 1933 und 1945. Eine erste Tafel über die 20er Jahre, die vor den vier Tafeln

scheinlich über einen Tresen – die bei der Viehhaltung der Groß- und Kleinbauern sowie Gartenarbeiter anfallenden Felle und Därme aufgekauft und im Hofbereich hinter dem Haus in einer Fellküche gereinigt und zur Weiterverarbeitung vorbereitet.

Oben links ist vom Putz freigelegt ein Eisenträger zu sehen, der die Wandöffnung zum Nebenraum möglich machte, in dem Prager Eisschränke und Fleischereimaschinen ausgestellt hat. Die Maueröffnung wurde später wieder durch Hohlblocksteine verschlossen. Heute wird hier das Leben der jüdischen Bewohner Apoldas im 20. Jahrhundert dargestellt. Auf vier Übersichtstafeln und den dazu gehörigen Glasvitrinen wird das Schicksal der Familien Peller, Prager, Strasser und Raphael dargestellt. Hervorgehoben wird das Leben von Max Peller, dessen Geige in einer eigenen Vitrine gezeigt wird. Auf ihr hat er vor seiner Deportation gespielt. Wenn der Besucher den Raum betritt, wird er mit einer leisen Geigenmelodie empfangen, die zu Pellers Lieblingsstücken gehörte: Fritz Kreislers „Liebesleid und Liebesfreud“, mit der er sich seiner Verlobten besonders verbunden wußte. In seinen Briefen aus Auschwitz nach Weimar kommt er oft auf die Geigenmusik zu sprechen, welche die Liebenden verbunden hat und verbinden wird.

Treppenaufgang

Daß die Prager-Familie zu den eher wirtschaftlich Schwachen in der jüdischen Glaubensgemeinschaft wie Bürgerschaft gehörte, macht die Konstruktion dieses Treppenaufgangs sichtbar. Um in dem kleinen Häuschen den für den Händler dringend benötigten Platz einzusparen, wurde die Treppe so konstruiert, daß sie vom Hof aus zugänglich war und gegen die Witterung mit einer Dachschräge geschützt wurde.

Heute dient die Wand des Aufgangs zur Präsentation der Namen der Apoldaer Opfer des Faschismus, von denen 21 Personen mit einem Porträtfoto gezeigt werden. Von der überwiegenden Zahl der uns namentlich bekannten 133 Apoldaer Opfer gibt es bisher keine Fotos. Die Thementafel am Beginn des Aufgangs enthält auf der unteren Zeile die Symbolik für die Zuordnung der jeweiligen Person zu einer bestimmten Opfergruppe des Faschismus:

Davidstern – Juden / *T4-Logo* – Kranke und Behinderte / *Rote Fahne* – Arbeiterwiderstand / *Wehrmachtsdeserteure* – Holzschnitt von Otto Pankok „Jesus zerbricht das Gewehr“ / *Kleidungsauflöser* „OST“ – Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder

Medienkabinett

In diesem Raum, der früher durch eine Trennwand in zwei Räume geteilt war, hat die Prager-Familie Bernhard, Gertrud und Fanny Katzenstein zwischen 1940 und 1942 gewohnt, als sie nach der Kündigung durch ihre „arische“ Vermieterin Frieda Miltsch ihre Wohnung in der Adolf-Hitler-Straße 39 (heute: Bahnhofstraße) aufgeben mußten und in ihr ehemaliges Handelshaus in der Sandgasse 8 (heute: Bernhard-Prager-Gasse) zwangseingewiesen wurden. Heute ist hier die Technik installiert, mit deren Hilfe Besuchergruppen Fotos und Filme zu Verfolgung und Widerstand 1933 bis 1945 gezeigt werden können. Außerdem wird hier eine Handbibliothek untergebracht, die Schülern und anderen Interessierten zur Verfügung steht, wenn sie sich mit der weiteren Erforschung und Aufbereitung von Schicksalen verfolgter und widerständiger Menschen auseinandersetzen wollen.

Hofraum

Dieser kleine ehemalige Wirtschaftshof des Fellhändlers war der Zugang zu seinen Nebengebäuden, die aus einfachen Ziegelsteinen errichtet sind. Wenn man den Hof betritt, ist rechterhand der Eingang zur heutigen Teeküche, in der sich früher ein Lagerraum befand. Daran schließt sich eine „Abtropfkammer“ an, in der die in der Fellküche vorgereinigten Felle abtropfen konnten, bevor sie zur weiteren Trocknung in Pragers Fellhaus in der Buttstädter Straße gebracht wurden. Anschließend befindet sich ein weiterer Raum, der möglicherweise einen Kaninchen- oder Ziegenstall aufnahm. Darüber wurde in einer schmalen Dachkammer das Heu als Winterfutter aufbewahrt. Den Abschluß des Hofes bildete Pragers Fellküche. Im Rücken des Hofraumes, direkt unter dem Fenster der Treppeneinhausung, steht der Grabstein der

Eheleute Curt und Cella Müller-Hollenhorst, den uns die Nachfahren freundlicherweise zur Verfügung stellten, als die Grabstelle auf dem Friedhof aufgelöst wurde. Die jüdische Ehefrau Cella hatte sich ihrer Deportation entzogen und wurde von einem hilfsbereiten Ehepaar in einem Schrank versteckt, bis das Naziregime untergegangen war.

Ehrenwand für Förderer

Der ehrenamtlich tätige Verein, der sich seit Beginn stark um Spenden und Fördermittel bemühen mußte, will mit dieser Spenderwand Personen und Institutionen mit einer gravierenden Tontafel ehren, die eine Geld- oder Sachspende im Wert von mehr als 100 Euro für das Projekt gegeben haben. Sie dient zugleich als Anreiz für neue Besucher, vielleicht auch in den Geldbeutel zu greifen.

Ehemalige Fellküche

Dieser große Raum, der heute als Veranstaltungsort dient, bestand zu Pragers Zeit aus zwei hintereinander liegenden Räumen. Links war die Eingangstür, durch die man einen Raum betrat, der rechterhand von einer Wand begrenzt wurde, an den sich ein Schornstein anlehnte. In dem rechterhand liegenden Raum, der die eigentliche Fellküche darstellte, war einst ein Bottich mit Feuerung aufgestellt. Hier wurden die aufgekauften Felle in einem

heißen Sud gekocht, um sie von Fleisch- und Fettresten zu reinigen. Dort wurden auch die angelieferten Därme gereinigt.

Heute (nach Beseitigung von Trennwand und Schornstein) wurde die gesamte Front durch eine Glasfaltwand zum Hof ersetzt. Sie kann bei günstigem Wetter vollständig geöffnet werden und ermöglicht dann mit der Hoffläche einen erweiterten Versammlungsort, in dem Konzerte, Vorträge und Lesungen stattfinden. Hier finden sich die Besucher zum „Treff bei Pragers“.

Schalom – Frieden

In der Ritterstraße 19 betreibt der Prager-Haus Apolda e. V. eine Dokumentationsstelle zu Widerstand und Verfolgung 1933 bis 1945 in Thüringen. In dieser Geschäftsstelle, die in den Wintermonaten zugleich den Versammlungsort der Vereinsmitglieder darstellt, befinden sich das Archiv und die Bibliothek des Vereins. Die Bibliothek besteht aus mehreren tausend Titeln, die den Themenbereich der Dokumentationsstelle umfassen.

Der Lern- und Gedenkort Prager-Haus Apolda befindet sich in der Bernhard-Prager-Gasse 8 in 99510 Apolda. Das Prager-Haus ist in den Monaten April bis Oktober an den Wochenenden samstags und sonntags jeweils von 14 bis 17 Uhr zur Besichtigung geöffnet. Besuche von auswärtigen Gruppen sind täglich



Dieses Logo schuf die Künstlerin Christine van der Heide.

möglich nach rechtzeitiger telefonischer Anmeldung: Tel. 036453-121 712 oder 0152-04 934 420 oder per E-Mail: peter.franz.taubach@gmx.de oder prager-haus-apolda@gmx.de

Der Verein ist daran interessiert, daß ihm Dokumente, Fotos, Erinnerungsstücke und sonstige Informationen zur Verfügung gestellt werden. Spenden für die Unterstützung der Arbeit des Prager-Haus-Vereins werden dankend entgegengenommen.

(Gestützt auf Material des Prager-Haus-Vereins)

„Radikalenerlaß“ und Berufsverbote

Am 28. Januar 1972 beschlossen der damalige BRD-Kanzler Willy Brandt (SPD) und die Ministerpräsidenten der Länder den sogenannten Radikalenerlaß. Mitten in der „Entspannung“ der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern Europas führte er für Bewerbungen zum öffentlichen Dienst der Bundesrepublik verschärfte Regeln ein, wie sie ansonsten nur für westliche Geheimdienste, genauer: für die von ihnen zu erteilenden Stufen der Sicherheitsfreigaben, gelten. Genommen wird nur, wem keinerlei Kontakt zu linken Organisationen, Personen, Treffen, Demonstrationen etc. nachgewiesen werden kann. Das sollte nun für alle staatlichen Einrichtungen gelten. Renate Bastian weist in dem von der Heinz-Jung-Stiftung mit Sitz in Frankfurt am Main herausgegebenen Sammelband „Wer ist denn hier der Verfassungsfeind! Der Radikalenerlaß, Berufsverbote und was von ihnen geblieben ist“ darauf hin, daß der Beschluß auf einem militärischen Vorläufer fußte: „Bereits im Februar 1971 erließ die Bundesregierung auf NATO-Festlegungen basierende „Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Bundesbediensteten“.

Es versteht sich, daß bei solchem Ursprung der Erlaß auf bekennende Faschisten nur angewandt wurde, wenn sie in der Öffentlichkeit zu sehr aufgefallen waren. Das war bundesdeutsche Praxis seit 1949 – und ist es bis heute. Am 12. Oktober berichtete die „Tagesschau“, das Bundesinnenministerium habe gerade erklärt, „für den Verfassungsschutz sei bei der Gesamtpartei AfD die Schwelle zum Verdachtsfall nicht erreicht“.

Die Zahl der mit Schnüffelei und Bespitzelung zur Strecke gebrachten „Linksextremisten“, also den einzigen „Verfassungsfeinden“, die bundesdeutsche Dienste und ihnen angeschlossene „Forscher“ kennen, war um so beachtlicher. Tradition verpflichtet: Der Verfassungsschutz war in den 70er Jahren personell und gesinnungsmäßig weithin noch eine direkte Fortsetzung des Reichssicherheitshauptamtes. Ulla Jelpke faßt die seit 1972 erzielten Ergebnisse in dem Sammelband so zusammen: „Bis 1990 wurden rund 3,5 Millionen Angehörige und Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüft. 11 000 Berufsverbots- und 2200 Disziplinarverfahren wurden eingeleitet, 1250 Bewerber abgelehnt und 265 bereits im öffentlichen Dienst Tätige entlassen. Betroffen waren Postboten und Zöllner, Lokomotivführer und Friedhofswärter, Verwaltungsangestellte, Professoren, Juristen und Ärzte sowie insbesondere Lehrer und Sozialpädagogen.“

Bei diesem Einsatz gegen Millionen Menschen mußte der lupenreine Rechtsstaat Bundesrepublik auf eine juristische Grundlage verzichten. Es ging schließlich darum, in großem Stil Grundrechte zu mißachten, also lupenreines Unrecht durchzusetzen. David Salomon zitiert im Band den Juristen Peter Römer, der 2009 festhielt, der Begriff der Verfassungsfeindlichkeit sei „ein politischer Kampfbegriff und kein Rechtsbegriff und schon gar nicht ein Verfassungsbegriff“. An die Stelle von Recht rückte Willkür. Die Empörung im In- und Ausland über die Berufsverbote war allerdings so groß, daß einige Bundesländer ab Ende der

70er Jahre offiziell auf die Anwendung verzichteten, während andere, wie Bayern und Baden-Württemberg, verdeckt oder offen bis heute weitermachen. Mitherausgeber Dominik Feldmann zeigt, daß an die Stelle der „Regelanfrage“, des Auskunftsbegehrens zu einem Bewerber beim Verfassungsschutz, heute Fragebogen und Verwaltungsvorschriften etwa nach Beamtenrecht getreten sind.

In vier Abschnitten haben die Autorinnen und Autoren des Bandes eine kleine Enzyklopädie zum Thema geschrieben. Sie stellen den Erlaß von 1972 in die Kontinuität der Verfolgung von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten in bürgerlichen deutschen Staaten – angefangen von den Karlsbader Beschlüssen 1819 über das Sozialistengesetz bis zum KPD-Verbot 1956. Sie schildern sieben konkrete Berufsverbotsfälle und erinnern an die wirkungsvolle Solidarität im In- und Ausland mit den Opfern. Schließlich legen sie exemplarisch an den Verfahren gegen Silvia Gingold, Michael Csaškóczy und Kerem Schamberger dar, wie die rechtswidrige Praxis heute aussieht. Klar wird: Die Regierenden haben gelernt. Die Berufsverbote für Millionen DDR-Bürger wurden beinahe ohne öffentlichen Gegenwind, also effizient, verwirklicht. Es war 1990 noch viel einfacher geworden, Recht den Bach runtergehen zu lassen.

Arnold Schölzel

Heinz-Jung-Stiftung (Hg.): Wer ist denn hier der Verfassungsfeind! Radikalenerlaß, Berufsverbote und was von ihnen geblieben ist. Papyrossa-Verlag, Köln 2019. 230 Seiten, 18 Euro

Das Ticken der Stille

Unlängst war ich Zuhörer bei einer Autorenlesung. Es las eine nicht unsympathische ältere Dame, die von einer Wanderung im Thüringer Wald berichtete, wo sie am Rand einer Lichtung auf einer Bank behaglich gerastet habe, um die Mittagszeit sei es gewesen, schattenkühl und ein mildes Lüftchen habe geweht. – Das war so übel nicht und ließ mich aufhorchen. Doch, ach, meine positive Erwartung wurde sogleich enttäuscht, denn die Autorin (statt Sprachmagie walten zu lassen) sagte wörtlich: „Das Schönste aber war diese wunderbare Stille des Waldes.“ Dagegen war sachlich nichts einzuwenden – das Ärgerliche an diesem Satz war aber die platte Benennung, das abgegriffene Etikett, das die Stille gerade nicht sinnlich vergegenwärtigte, sondern leblos und stumm ließ. Die Autorin hätte ein Faszinosum beschwören können, wenn es ihr gelungen wäre, die Stille selbst zum Sprechen zu bringen, sie aussparend zu vergegenwärtigen, so daß sie den Zuhörer sinnlich in ihren Bann gezogen hätte, oder wenn die

Autorin, einen Ratschlag Edgar Allan Poes befolgend, die ihr vorschwebende Stimmung nicht beschrieben, sondern erzeugt hätte. Statt dessen hatte sie die Stille mit dem denkbar abgegriffensten Attribut zugestrichelt und damit erledigt. Es kam aber noch schlimmer, denn wenige Sätze später sprach die Autorin schon wieder von dieser „wunderbaren Stille“, und, als könnte Wiederholung die Sache steigern, sagte sie nach einer Weile gar zum dritten Mal „diese wunderbare Stille“. Danach fiel ihr wohl ein, daß ihr Deutschlehrer an den Rand ihres Aufsatzheftes gelegentlich „W.i.A.!“ (Wechsel im Ausdruck) geschrieben hatte, und also – als es wieder einmal soweit war, daß sie ihrer Bewunderung der Stille emphatisch Ausdruck verleihen wollte – sagte sie nicht „wunderbare Stille“, sondern „wunderbare Ruhe“. Doch war ihrem Unvermögen damit nicht geholfen; denn auch wenn sie das schmückende Beiwort zusätzlich durch ein anderes ersetzt und etwa „lautlose“, „absolute“, „andächtige“ oder gar „feierliche Stille“

gesagt hätte, die Hände gefaltet und raffaelisch die Augen aufgeschlagen hätte – ihr Grundirrtum war, daß sie in Unkenntnis Wittgensteins nicht schweigen wollte über das, von dem wir nicht reden können, über Stille als Lautlosigkeit oder Ruhe als Bewegungslosigkeit können wir ebenso wenig sprechen wie über das Nichts. Denn schon die Alten wußten: De nihilo nil nisi nil. Stille läßt sich nur ahnbar, fühlbar und erlebbar machen auf indirekte Weise: durch Verlautbarung der allerleisesten Geräusche, die gewöhnlich von irgendeinem Lärm (vom Getöse eines Düsenjets, vom Pfeifen des Windes, von Donnerrollen oder dem Gesang einer Wandergruppe) übertönt werden.

Was die Autorin nicht konnte, war: schweigen. Schweigen und lauschen. Statt selbst ganz Ohr zu sein, mußte sie sprechen, sagen, benennen, während die Kunst der poetischen Gestaltung gerade darin bestanden hätte, das Unsichtbare im Sichtbaren erscheinen zu lassen, das am äußersten Rand der Stille gerade noch Vernehmbare zu vergegenwärtigen und den unsagbaren Rest durch Aussparung, durch Verschweigen als erahnbaren Urgrund suggestiv erfahrbar zu machen, so wie es Theodor Storm in seinem Gedicht „Abseits“ gelingt, wo es heißt: „Kaum zittert durch die Mittagsruh ein Schlag der Dorfuhr, der entfernten ...“ oder wie es in einem Gedicht eines anderen Autors heißt: „Kein Wagenrollen mehr, kein Sensendengeln und keines Menschen Laut. Von Ferne nur, verirrt, ein Hahnenschrei.“ Was der Autorin fehlte, war die Schulung der Ästhetik, der Wahrnehmung, der neben Denken, Fühlen und Ahnen wichtigsten geistigen Fähigkeit. – Und ich tröstete mich an diesem Tag mit der Gedichtzeile

Hans Magnus Enzensbergers: „Ich lausche dem Wind wie ein Strauch.“

Lauschen – das ist's! Lauschen mit allen Sinnen, bewußtes Wahrnehmen des Leisen und Leisesten, vom Fiepen einer Spitzmaus über das Rascheln eines welken Blattes, das über den Boden hinstreift, das Prickeln des Schnees an der Fensterscheibe, das träge Aufschlagen einzelner Tropfen, die vom Kamin Kranz aufs Bleiblech der Abdeckung fallen, bis zum kaum noch vernehmbaren Summen eines winzigen Insekts – dies alles erlauschen und zur Sprache, zum Sprechen bringen, soweit Sprache nur reicht, bis an die äußerste Grenze des Sagbaren, wo das Unsagbare beginnt, das Wittgenstein das Unaussprechliche oder auch das Mystische nennt, das Geheimnis erahnen, staunend verstummen angesichts des indirekt Vergegenwärtigten, einer geheimnisvollen Welt jenseits der Sprache – hier innehalten und des Unsagbaren innwerden, hier verweilen und sich versenken, sich öffnen den raunenden, kaum vernehmbaren Stimmen, „die“ (so Theodor Storm) „über der Tiefe sind“. Einen, einen einzigen Augenblick in meinem Leben hat es gegeben, da ich dem, was man die absolute Stille nennen könnte, so nah war, wie es näher kaum geht. Es war auf einem Spaziergang, einem Rundweg, der in halber Höhe des Runebergs um die Ruine der Runeburg führt. Dort rastete ich im Schatten eines überragenden Felsens auf einer Bank, dehnte die Glieder und blickte hinaus in die am Horizont bläulich verdämmernde Ferne. Es war in der Mittagszeit, die Sonne stand im Zenit, kein Laut der Stadt drang herauf, Ginster strahlte golden am Hang – der Wind, die Luft hielt den Atem an. Da war es: ein winziger Laut – war's ein leises Knacken? Ein Knistern? Ein Ticken? Das Ticken einer Uhr? Gar meiner eigenen Armbanduhr? Ich hob die Hand an mein Ohr, aber da war nichts – und war doch anwesend, spürbar, irgendwo ringsum, wiederholte sich in unregelmäßigen Abständen nur weniger Sekunden – es war, so dachte ich, wie das Ticken der Stille, der Stille selbst, die sich verlautbarte, sich meinem Ohr erschloß, oder doch der leiseste, gerade noch wahrnehmbare Ton an ihrem äußersten Rand, da das Mysterium begann, und mit einem Mal, während ich immer noch rätselte, hatte ich eine Eingebung, kam mir bei: dies ist das Platzen der Ginsterschoten, die ihren Samen entleeren. Ich kroch heran an einen der goldenen Büsche, grub meinen Kopf in ihn hinein und fand meine Ahnung bestätigt. Der Ginster war reif, er lebte wie alles Lebendige und gab sein Leben weiter für weitere Generationen in weiteren kommenden Sommern. Alles floß, und ich war darin.

Ist es zuviel gesagt, wenn ich dies eine mystische Erfahrung nenne? Ich glaube nicht. Denn wenn auch an jenem Mittag ein Rätsel sich löste – das Geheimnis, das Mystische, von dem Wittgenstein und andere Autoren sprechen, ist mir geblieben und begleitet seither und fortan mein Leben, und auch wenn ich die Augen schließe und es nicht sehe, so höre ich's doch in meinem Innern, wie es sagt: „Horch! Ich bin da!“

Theodor Weißenborn



Ein „Gemeinsames Extremismus- und Terrorabwehrzentrum“ (GETZ) der BRD kämpft u. a. gegen derartige Realsatire im öffentlichen Raum. Das GETZ ist ein Arbeitskreis von über 40 Bundes- und Landesbehörden zur Abwehr von „Rechtsextremismus, Linksextremismus, Ausländerextremismus und Spionage“ ...

Rote Lieder – 50 Jahre Festival des politischen Liedes „Wir sind überall auf der Erde ...“

Vom 15. bis 21. Februar 1970 fand in der DDR-Hauptstadt das 1. Festival des politischen Liedes statt. Die Zeit ist gerannt wie toll! Vorerst leider in die Irre, schaut man auf die globalen Misere der Gegenwart und erinnert sich dabei an die hoffnungsvollen Weltläufe zu Festivalzeiten. Bei Abruf sind sie noch immer parat: die gestochenen Bilder von der zwei Jahrzehnte währenden Festivaltradition. Trifft man heute auf Leute, die vor, auf oder hinter der Bühne beteiligt waren, so sprechen sie von einem Stück nie verlorener guter Lebenszeit. Die Geschichte dieses Festivals steht eindrucksvoll in den kulturellen Annalen der DDR. Einerseits, weil das Berliner Treffen bald schon als wichtiges, manche meinten: das wichtigste Podium der progressiven Musikwelt wahrgenommen wurde. Es führte Lieder und andere Musikschöpfungen, welche die internationalen Entwicklungen mit ihrem damals unverkennbar linken Richtungssinn begleiteten, auf kommunikative Weise vor einem großen, engagierten Publikum zusammen. Zugleich war es auch der Premierenanlaß für viele Lieder der Singebewegung, die manchmal bis heute nachklingen. Nicht zuletzt die Ohrwürmer des neben der FDJ mitveranstaltenden Oktoberklubs, der jedes Jahr auf ein neues, aktuelles Programm hinarbeitete. Die Ideenwelt des Festivals schärfte bei Mitgestaltern wie Besuchern neben ästhetischen Maßstäben das Bewußtsein aufrechter Solidarität und politischer Verbundenheit mit den um ihre nationale und soziale Freiheit kämpfenden Völkern. Das war lebensprägend für uns alle. Es gab eine große Sehnsucht, sich in der Weite dieses linken Einverständnisses aufgehoben zu fühlen.

Aus Geburtstagsfeiern wurde ein Festival

Zu keiner Zeit war der Oktoberklub dem Feiern abgeneigt. Wenn er Geburtstag hatte, lud er sich Lieder-Gäste ein. Anfangs war deren Zahl klein und kam von gleich nebenan. Zu „2 Jahre Oktoberklub“ standen die Budapester „Gerilla“-Formation und Thomas Natschinski mit seiner Gruppe als Gratulanten auf der Bühne. Ein Jahr später schauten Gäste aus Polen, Ungarn, Spanien und Westdeutschland vorbei. In den Endsechzigern stellte sich der Oktoberklub erstmals Zukunftsfragen. Die schnell gewachsene Popularität ließ Befürchtungen aufkommen, man könnte inhaltlich wie organisatorisch stagnieren. Ein Ruck sollte her, und so entstand die Idee, im Veranstaltungskalender der DDR einen neuen

inhaltlichen Punkt zu setzen: ein alljährliches internationales Festival des politischen Liedes. Dessen Organisation würde zweifellos auch dem Zusammenhalt des Klubs guttun. Die künftigen Dimensionen dieser „Ruck-Idee“ waren allerdings nicht zu erahnen.

Nach einem denkwürdigen Anlaß für den Auftakt mußte man 1970 nicht lange suchen. Lenin wurde 100. Da war „Vorwärts

Wirkungen erzeugt, die Songs den Weg ins Langzeitgedächtnis ebneten.

Ideeles Andocken an die Kämpfe der Zeit

Lieder, die den Weg nach Berlin fanden, hatten an die nationalen wie die globalen Kämpfe der Zeit angedockt und bezogen linkerseits einen Standpunkt. Unser Bewußtsein von den Siegen und Niederlagen erhielt mit ihnen einen Klang. Besonders eindrucksvoll war die sommerliche Spezialausgabe „PLX“, die zu den X. Weltfestspielen in Berlin über 100 Gruppen und Solisten aus 45 Ländern und fünf Kontinenten zusammenführte. Sie fanden Hunderttausende Zuschauer an den Veranstaltungsorten, auf den Straßen und Plätzen. Reinhold Andert und ich hatten unseren Festival song „Wir sind überall auf der Erde!“ genannt. Das war in Berlin zum Greifen nah. Was für ein beglückendes Gefühl, mit Gleichgesinnten aus allen Ecken der Welt gemeinsam zu kämpfen und zu singen! Damals zum Beispiel mit den „Iritis“ vom Sieg der Unidad Popular in Chile. Nur Wochen später kamen die Nachrichten von Pinochets blutigem Putsch und vom Tod Salvador Allendes. Daß „Inti Illimani“ und „Quilapayun“ zu jener Zeit in Europa gastierten, bewahrte sie vor dem Schicksal Victor Jaras, der im Zentralstadion von Santiago ermordet wurde.

Noch so viel mehr klang in den Liedern der Festivals. Der sandinistische Sieg in Nicaragua bei den Gebrüdern Godoy, die Sehnsucht Lateinamerikas nach nationaler Selbstbestimmung, indigener Würde und Befreiung von der Rolle als Hinterhof der USA bei Mercedes Sosa, Atahualpa Yupanqui, Leon Giecho oder den Gebrüdern Viglietti. Der revolutionäre Stolz Kubas bei Pablo Milanes, Silvio Rodriguez oder der Gruppe Manguare. Der Triumph der portugiesischen Nelkenrevolution bei José Afonso. Die Solidarität mit den Kämpfern gegen die südafrikanische Apartheid bei Miriam und Bongi Makeba oder Abdullah Ibrahim. Die Niederlage der amerikanischen Aggressoren in Vietnam („Alle auf die Straße, rot ist der Mai. Alle auf die Straße, Saigon ist frei!“). Dann die Songs aus dem Alltag der kapitalistischen Länder Westeuropas und Nordamerikas, über Streiks, Aktionen gegen Wettrüsten und Krieg, soziales Elend, Arbeitslosigkeit und Bildungsmisere (von Billy Bragg, Eric Bogle, bots, Fria Proteatern sowie von unseren westdeutschen Sängerfreunden Franz Josef Degenhardt, Fasia Jansen, Dietrich Kittner, Dieter Süverkrüp oder Hannes Wader). Proletarische und antifaschistische



LP-Cover vom ersten Festival Gestaltung: Klaus Vonderwerth

die Zeit!“ – dem „Zeit-Marsch“ von Majakowski und Eisler entnommen – eine passende Parole. Ich erinnere mich, wie uns die italienische Gruppe „Il Contemporaneo“ das Gewerkschaftslied „La Lega“ ins Ohr setzte, das wegen seines musikalischen Drives bald mehrsprachig nachgesungen wurde. Oder wie Gisela May nach Programmen von Andert, Demmler und mir meinte, die Singebewegung habe ihre politische Aktualität und Verständlichkeit bei den „Großen“ gelernt, mit denen sie Tucholsky, Brecht und Eisler meinte. Das war viel Lorbeer für den Anfang, aber die große Interpretin, die auch Pädagogin war, kannte die Kraft von Ermutigungen.

Das Festival setzte auf Haltungen hinter den Tönen. Wo es an artifizieller Brillanz fehlte, konnten Entstehungsgeschichte und Authentizität der politischen oder sozialen Botschaft ein Lied durchaus zum Leuchten bringen. Doch erlebten wir schon zum 2. Festival bei den Auftritten von „Quilapayun“, Isabel Parra oder der finnischen Gruppe Agit-Prop um Kaj Chydenius – und später bei vielen Künstlern mehr –, daß gerade die Symbiose von Haltung und künstlerischer Gestaltungskraft jene populären

Traditionen lebten in Vorträgen von Ernst Busch und Konstantin Simonow, von Gisela May, Esther Bejarano, Lin Jaldati oder Aleksander Kulisiewicz. Die delegierten Gruppen aus den europäischen sozialistischen Bruderländern waren mehrheitlich noch auf der Suche nach wirklichkeitsnahen Songthemen, während Shanna Bitschewskaja aus der Sowjetunion oder Katarzyna Gärtner, Maryla Rodowicz und Czeslaw Niemen aus der Volksrepublik Polen dicht an ihren Realitäten blieben. Mit der Zeit weitete sich bei den Veranstaltern die Begriffswelt des Politischen, so daß auch Künstler wie Herman van Veen, Heinz Rudolf Kunze, Ina Deter, die „1. Allgemeine Verunsicherung“ oder „El Teatro del Arte Flamenco“ umjubelte Gäste waren.

An zwei Höhepunkte der Festivalgeschichte erinnere ich mich besonders gern. Zum einen an den Auftritt von Pete Seeger im Februar 1986. Fast zwei Jahrzehnte nach seinem ersten DDR-Programm in der alten Sporthalle an der Karl-Marx-Allee rief Pete mit einer Hootenanny vom Feinsten all das in Erinnerung, was die amerikanischen Folk- und Protestsongs einst der Singebewegung und dem von ihr kreierten Festival in die Wiege gelegt hatten. Der zweite war die denkwürdige Aufführung des „Canto General“ unter Leitung von Mikis Theodorakis 1980 im Großen Saal des Palastes der Republik. Der „Canto“ nach Texten von Pablo Neruda war einst von Präsident Salvador Allende zur Unterstützung der Kämpfer gegen die faschistische Junta in Griechenland in Auftrag gegeben worden. Nach dem Putsch in Chile wurde er als Hommage an den chilenischen Widerstand, aber auch

an die zu Grabe getragenen Volksvertreter Salvador Allende und Pablo Neruda in Theodorakis' Heimat Griechenland uraufgeführt, wo inzwischen die Junta gestürzt war. Ideengehalt, Entstehungsgeschichte und ästhetisches Konzept machten die Berliner Aufführung zu einem umjubelten Ereignis, und der Erfolg bot Mikis Theodorakis die Gelegenheit, dem DDR-Publikum viele weitere Teile seines Schaffens vorzustellen.

Das Milieu einer linken Veranstaltungskultur

Das Festival bestach unter den DDR-Großveranstaltungen auch durch seine organisatorische Andersartigkeit. Nach der Arbeitsweise des Oktoberklubs trugen vor allem ehrenamtliche Festivalgestalter, die nicht selten Teile ihres Jahresurlaubs dafür hergaben, ein hohes Maß an Verantwortung. Programm-Macher, Künstler- und Tourneebetreuer, Räumer, Ticket- und Transport-Verantwortliche, Ideentüftler für die volksfestartigen Polit- und Familien-Kirmessen, Redakteure der Festivalzeitung FZ oder der ideensprühende grafische Gestalterstab um den „Okki“-Erfinder Peter Porsch – sie und viele Ungenannte gaben dem Festival eine Handschrift, die als neuartig, erlebnisreich und kommunikativ empfunden wurde. Zu diesem politischen Bekenntnis-Event, das eben auch Spaß machte, war der Andrang sehr groß. Die Karten haben wollen, mußten sich einen Tag vor Kassenöffnung am Klub- und Organisationszentrum „Haus der jungen Talente“ anstellen. Also lag vor ihnen eine kalte Februarnacht. Da hatten die Veranstalter eine Idee: Nummer

ziehen, reinkommen, singen und Tee trinken. Diese „Anstehnacht“ war bald ein ebenso kultiges Event noch vor der Festivaleröffnung wie die öffentliche „Vorstellung“ von bereits angereisten Gruppen und Solisten im stets überfüllten Foyer des Palastes der Republik. Mit der Zeit hatte eine solche linke Veranstaltungskultur ihr offenes, ganz und gar nicht elitäres Milieu geschaffen. Junge Leute, die mit dem Sozialismus etwas am Hut hatten, fühlten sich hier wohl. Nicht ohne Grund hatten DDR-Journalisten beweglicher Denkungsart seinerzeit danach gefragt, ob der Singebewegung, mit ihrer Tendenz zu eingreifendem Denken und selbstbewußter Behauptung linker Ideale, mit ihren Formen kreativer Planung und Organisation, die doch so viel Raum für persönliches Engagement und kommunikative Bindungen einräumten, nicht etwas Modellartiges für eine demokratische, sozialistische Lebenskultur innewohnen würde. Eine große Niederlage später liegt uns das Ja auf diese Frage, die eigentlich eine Hoffnung war, noch auf den Lippen.

Dr. Hartmut König
Panketal

Hartmut König, geboren 1947 in Berlin, war Mitbegründer der ersten deutschsprachigen DDR-Beatband „Team 4“ und des „Oktoberklubs“; Autor und Komponist zahlreicher Lieder („Sag mir, wo du stehst“; Songtexte für den DEFA-Film „Heißer Sommer“); studierte Journalistik in Leipzig, 1974 Promotion; ab 1976 Sekretär des Zentralrates der FDJ; 1989 stellvertretender Kulturminister

(Aus „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, 2/2020)

Großmutterns unentbehrliche Semmelsuppe

Von Polen droht an der Grenze Sachsens die „afrikanische Schweinepest“. Über deutsche Grenzen bewegen sich mit modernster Kriegstechnik – Natur und Umwelt schädigend – NATO-Truppenverbände, einschließlich Soldaten der Bundeswehr (auch aus Standorten in Sachsen und Thüringen). Sind derartige Manöver mit ihrer zerstörerischen Wirkung auf die Natur und den Frieden der Menschen eine neue Form von „Geschenken“ einiger am Frieden und an der Völkerfreundschaft zweifelnder Politiker? Bedarf es dieser irritierenden und eskalierenden Maßnahmen wirklich? Ist Rußland so gefährlich, wie dargestellt?

Ist es ein Wunder, angesichts dieser beängstigenden politischen und klimatischen Großwetterlage, daß bei mir der Magen zu streiken begann?! Es ist der Zorn auf alle diejenigen Politiker und Verantwortlichen, die in ihre eigene Tasche wirtschaften und das Wohl und Wehe der Gemeinschaft anscheinend vergessen haben.

Wenn mir Magen und Darm als Kind zu schaffen machten, half mir Großmutterns

schlesische Semmelsuppe: In eine große Schüssel wurde eine Semmel vom Bäckermeister Hanusa oder Zinnecker zerpfückt, leicht mit Salz bestreut und mit einigen Streifen dünn geschnittener Butter bestrichen. Darauf kam dann kochendes Wasser. Die Suppe schmeckte mir so gut, daß ich auch ohne Leibbeschwerden meine Großmutter um Zubereitung bat. Und diese nahrhafte Erinnerung machte ich mir jetzt zu eigen, und siehe: sie wirkte. Einfache Mittel helfen mitunter bei einem sachlichen, analytischen Umgang mit den Fragen und Problemen unserer Zeit, was ja von entscheidender Bedeutung für das eigene Urteilsvermögen ist.

So ist festzustellen, daß viele Menschen nicht erkennen, daß sich in der AfD ein die Arbeit, das Leben und die Existenz bedrohendes Gift besonderer Art verbirgt. Wenn ich von Gift spreche, erinnere ich mich aus meiner beruflichen Tätigkeit an den lebensgefährlichen Virus Botulin. Er existiert verkapselt durch Verschmutzung in einem Milieu ohne Sauerstoff. Wenn zum Beispiel eine von ihm befallene Dauerwurst angeschnitten wird, bringt

der freigesetzte Sauerstoff den Virus Botulin zur lebensbedrohlichen Wirkung.

Bei der „Vergiftung“ des Denkens und Fühlens der Menschen geht es nicht sofort lebensbedrohlich zu. Da wird erst getestet, wie abgeschlossen die Menschen zur Aufnahme und Verwertung von „Giften“ sind. Ist dies geschehen, entstehen durch Manipulationen verheerende Abhängigkeiten.

Ich frage mich immer mehr, ob die gegenwärtige Form der parlamentarischen Demokratie in Deutschland noch in der Lage ist, die Aufgaben von morgen zu bewältigen und glaubwürdige Maßstäbe für andere zu setzen. Deutschland kann und darf sich seiner historischen Verantwortung niemals entziehen! Der moderne Kapitalismus mit dem jüngsten Erbe zweier Weltkriege und der Periode eines kalten Krieges ist offensichtlich am Ende seines „Lateins“ und im Grunde genommen im Widerspruch zur sozialen Frage in der (schon lange nicht mehr) so genannten sozialen Marktwirtschaft.

Dr. Wilfried Meißner
Chemnitz

Wie die Akademie der Wissenschaften überlebte

Im Jahr 1989 gab es eine Aufbruchstimmung in der DDR, die auch die Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) betraf. Die ordentlichen, korrespondierenden und auswärtigen Mitglieder der AdW gehörten einer Gelehrtenengesellschaft mit langer akademischer Tradition an, die viele gesellschaftliche Umbrüche überlebt hatte. Reformen standen nun an und wurden auch in Angriff genommen. Auf Demonstrationen, Verlautbarungen und in Briefen gab es Forderungen an das Präsidium. Der ab Februar 1990 unter Vorsitz von Hermann Klenner tagende „Runde Tisch“ der AdW hatte sich im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Beseitigung von Restriktionen und für die Demokratisierung der Wahlen des Präsidiums eingesetzt. Diese wurden 1990 durchgeführt. Das 1990 gewählte Präsidium, dem ich angehörte, sah sich mit vielen Forderungen konfrontiert. Der politische Druck auf die AdW in Vorbereitung der deutschen „Vereinigung“ stieg an. Das Ende der DDR war mit der von Egon Krenz nach der Ablösung Erich Honeckers im Oktober 1989 geforderten „Wende“ schon in Sicht, auch wenn man noch Hoffnung auf eine reformierte DDR hatte. Die Zerstörer der DDR-Strukturen mit der Forderung nach der Einheit Deutschlands bekamen immer mehr Oberhand. Ob sie wußten, was auf den Osten Deutschlands zukommt? Es lockten die harte D-Mark, der Warenüberfluß und das Versprechen des Bundeskanzlers Helmut Kohl von den blühenden Landschaften. Schon zeigten Kollegen und Kolleginnen der neuen Obrigkeit voreiligen Gehorsam, indem sie das denunzierten, was sie vorher, oft gegen andere Kritiker, verteidigten. Wiederum konnte man lernen, wie Lebenswenden von festen Charakteren verkraftet werden. Manche zerbrachen an ihnen. 1992 folgte auch für die Gelehrtensozietät der AdW das Aus. Wir versuchten zwar für die Wissenschaftsakademie den Kampf um deren Erhalt zu gewinnen, doch wir verloren in Etappen.

Politisch motivierter Bruch mit akademischer Tradition

Durch unsere Eingabe über den Justitiar gelang es dem Präsidium, die vorgesehene Formulierung im Einigungsvertrag zwischen BRD und DDR, nach der landesrechtlich zu entscheiden sei, ob die Gelehrtensozietät weiterzuführen sei, in folgende Formulierung zu ändern: „Mit dem Wirksamwerden des Beitritts wird die Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen getrennt. Die Entscheidung, wie die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik fortgeführt werden soll, wird landesrechtlich getroffen.“ Nach Meinung der von uns um eine Stellungnahme gebetenen Staatsrechtler enthielt das „Wie“ das Gebot der Fortführung. Das „Ob“ wurde durch das „Wie“ ersetzt und negativ beantwortet. Offensichtlich galten im uns

offerierten Rechtsstaat für die politischen Sieger andere Regeln. Am 7. Juli 1992 teilte der Wissenschaftssenator von Berlin Manfred Erhardt allen Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften der DDR aus dem In- und Ausland, auch Hochgewürdigten aus dem westlichen Ausland, mit, daß mit der Beendigung der Gelehrtensozietät auch die Mitgliedschaft erloschen sei. Die BBAW nennt deshalb für die Mitglieder der AdW 1993 als Ende der Mitgliedschaft. So verlor die AdW widerrechtlich ihren öffentlich-rechtlichen Status. Das war ein Bruch des Einigungsvertrags durch die herrschenden Berliner Politiker im Einverständnis mit den westlichen und östlichen Zerstörern der historisch gewachsenen Einrichtung. Aufgeben wollte ich nicht. Als Vizepräsident für Plenum und Klassen gründete ich die Gruppe „Mitglieder und Freunde der Leibniz-Akademie“, die sich seit September 1992, nachdem vor der Sommerpause der letzte Leibniz-Tag der Gelehrtensozietät im Gebäude der Berliner Akademie stattgefunden hatte, jeden Monat traf. Ich kannte die Sorge vieler Mitglieder, daß nun eine Tradition des wissenschaftlichen Streits und der gegenseitigen Information über Erkenntnisse aus politischen Gründen verlorengehen sollte. Sie suchten eine wissenschaftliche Heimat. Hinzu kam, daß es darum ging, die Tradition der 1700 gegründeten Wissenschaftsakademie weiterzuführen, trotz des vom Senat verordneten Bruchs der Kontinuität.

Rechtlich verbindlich aufgelöst wurde die Gelehrtensozietät der AdW nie und ich als Vizepräsident nicht abberufen. Die BBAW wurde per Gesetz als Einrichtung des öffentlichen Rechts ins Leben gerufen, wobei Versprechungen über die Anwartschaft von Mitgliedern der AdW der DDR nicht eingehalten wurden. Eine assoziative Mitgliedschaft wurde gar nicht in Erwägung gezogen.

Von der Preußischen zur Deutschen Akademie der Wissenschaften

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs mit seinen verheerenden Folgen wurde der Preußische Staat aufgelöst.

Nachfolger der Preußischen Akademie der Wissenschaften wurde die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW). In ihrer Satzung vom 31. Oktober 1946 ist festgehalten, daß unter neuem Namen die Preußische Akademie ihre Arbeit auf neuer Grundlage und in erweiterter Form wieder aufgenommen habe. „Im Bewußtsein ihrer Verantwortung setzt sie ihren Dienst an Wissenschaft und Forschung fort und tritt für die Entwicklung und Förderung aller schöpferischen Kräfte des wissenschaftlichen Lebens im Sinne ihrer friedlichen Verwendung ein.“ Auf der Festveranstaltung vom 1. August 1946 zur Wiedereröffnung betonte Akademiepräsident Johannes Stroux, alles, was die Akademie leisten kann, „wird den Segnungen des Friedens und der Humanität dienen“.

Die Mitglieder der DAW wurden von den übriggebliebenen Mitgliedern der Preußischen

Akademie gewählt, die dann weiter in geheimer Wahl neue Mitglieder benannten. Nach der internationalen Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat und der 1973 folgenden Aufnahme in die UNO wurde die Deutsche Akademie der Wissenschaften entsprechend dem Staatsrecht umbenannt in Akademie der Wissenschaften der DDR. Die AdW bestand nun aus Gelehrtenengesellschaft mit Plenum und Klassen und der Forschungsgemeinschaft der Institute. 1989 übernahm ich nach der Wahl durch das Plenum der Akademiemitglieder das Amt des Vizepräsidenten (Plenum und Klassen). Im Zusammenhang mit der 1990 anstehenden Neuwahl des Präsidiums wählte mich das Plenum im März 1990 im ersten Wahlgang, da auf Forderung des Runden Tisches der AdW mehrere Kandidaten zur Wahl stehen mußten, zum Vizepräsidenten für Plenum und Klassen. Horst Klinkmann wurde dann von den Mitarbeitern zum Präsidenten und Siegfried Nowak zum Vizepräsidenten für die Forschungsgemeinschaft gewählt. Auf Vorschlag meiner Klasse erhielt ich den Friedrich-Engels-Preis für herausragende gesellschaftswissenschaftliche Leistungen. Obwohl die Presse, wohl wegen des Namens Friedrich Engels, das als nostalgisches Verharren in alten Gleisen kritisierte, war ich stolz auf die Würdigung meiner Leistungen für die Akademie.

Auf dem Weg zur Leibniz-Sozietät

Mit der feindlichen Übernahme der AdW, die ein Mitglied als beispiellose Kulturschande bezeichnete, war nach meiner Meinung als Verantwortlicher für die Gelehrtensozietät ein Weg zur Weiterführung der akademischen Arbeit zu suchen. In der Sitzung der „Mitglieder und Freunde der Leibniz-Akademie“ nach dem letzten Leibniz-Tag der AdW 1992 schlug ich vor, eine Initiativgruppe zu bilden, die sich mit der Gründung eines eingetragenen Vereins befassen sollte. Wenn wir die Tradition der Leibniz-Akademie fortführen wollten, blieb uns nur, in privatrechtlicher Form unser Überleben zu sichern und die wissenschaftliche Arbeit fortzusetzen. Im Januar 1993 bat ich dann die anwesenden Mitglieder um Entlastung als Vizepräsident, und ich übergab meine Verantwortung an die Initiativgruppe. Am 15. April 1993 fand die Gründungsversammlung der Leibniz-Sozietät statt. Man wählte Samuel Mitja Rapoport als Präsidenten, Ernst Engelberg als Vizepräsidenten und Wolfgang Eichhorn als Schatzmeister.

Am Leibniz-Tag 1993 stellte Prof. Rapoport in seiner Rede fest: „Das Jahr, das so unglücklich und traurig begann, mit letztlich ohnmächtigem Widerstand gegen die Liquidierung unserer Akademie, bestenfalls mit der Aussicht auf langwierige gerichtliche Auseinandersetzung mit ungewissem Ausgang, endete mit einem neuen Aufbruch und verhaltenem, aber festem Optimismus. Mit der Gründung der Leibniz-Sozietät sind wir wieder zu den Ursprüngen der Akademie zurückgekehrt, als Zusammenschluß

von unabhängigen, vielseitig interessierten Persönlichkeiten – so wie die Royal Society of London und andere, ihrem Beispiel folgende Gesellschaften entstanden, frei von oft verhängnisvollen Patronaten durch Landesherrscher, ohne Verbeamtung und verkrustete Strukturen.“

Meine Arbeit am Manuskript zu „Physiologie und Kultur“, erforderte 1993/94 meine ganze Aufmerksamkeit. 1995 verlor ich, auf

politischen Druck von außen, meine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter der BBAW. Ich war arbeitslos. Die Leitung der BBAW unterstützte mit Druckkostenzuschuß die Veröffentlichung meiner beiden weiteren Bände zu Helmholtz. Meine ehrenamtliche Tätigkeit erfolgte nun in der Leibniz-Sozietät.

Im vergangenen Jahr feierten wir den 25. Jahrestag unseres gemeinnützigen Vereins. Unabhängig von Widrigkeiten und Steinen, die

uns in den Weg gelegt wurden und werden, setzen wir unseren Weg als Gelehrtensozietät und Nachfolgerin der 1700 gegründeten Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften fort.

Prof. Dr. Herbert Hörz
Berlin

(Gekürzt aus „Freidenker“, Nr. 3, September 2019)

Sachsens „König“ und seine „Verdienste“

In der „Freien Presse“ vom 29. Januar war viel Lobenswertes anlässlich des 90. Geburtstages von „König Kurt“, wie er sich von seinen Getreuen gern nennen ließ, zu lesen. Bei seinen Geburtstagen war er immer ein Mann der Superlative, der selbstgefällige Professor Kurt Biedenkopf. Genügte ihm für die Feier zum 70. noch die Aura der Semperoper, mußten es zu seinem 90. nun die Frauenkirche und 1600 geladene Gäste sein, die Bundeskanzlerin inklusive. Der bedeutende Anlaß einer Geburtstagsfeier für einen Politikpensionär hat die ausrichtende Stiftung der deutschen christlichen Partei im Überschwang die Worte Jesu vergessen lassen: „Steht nicht geschrieben: Mein Haus soll ein Bethaus heißen...“, als er die Händler und Geldwechsler aus dem Tempel zu Jerusalem trieb? Die aus dem gegebenen Anlaß gehaltenen Lobreden indes waren ätzend und unchristlich. Allerdings entglitt Frau Merkel auch der Satz, „daß manche Erwartungen von Menschen, deren Leben 1998/90 eine herbe Zensur erfuhren, in den zurückliegenden 30 Jahren enttäuscht worden sind“. Da gefror

das Lächeln in den Gesichtern mancher Gäste. Nachdem der Professor 1990 an der Leipziger Universität ein paar Monate über die Segnungen der Marktwirtschaft philosophiert hatte, stieg er dann gleich selbst als sächsischer Ministerpräsident in die Umsetzung der Heilslehre verantwortlich ein. Bereits 1992 hatte Sachsen die Rekordzahl von 310 000 Arbeitslosen erreicht. Die Deindustrialisierung Sachsens tobte. Auch in meiner Heimatstadt Zschopau flogen über 5000 Menschen auf die Straße. MZ, der ehemals weltgrößte Hersteller von Zweiradfahrzeugen, wurde durch die „untreuen“ Bosse der Treuhand und kriminelle „Berater“ aus dem Westen in die Pleite geritten. Der Wirtschaftsprofessor hatte dafür natürlich eine andere Erklärung: „Es zeigte sich immer mehr, daß der Markt uninteressiert war. Und dann können Sie es nicht mehr machen. Sie können den Markt nicht zwingen.“ Der Markt war es! Das mußte den Sachsen wirklich mal gesagt werden. Aber wo sind die Aufbauleistungen des damaligen Ministerpräsidenten? Beschränkten sie sich nicht darauf, daß er an der Auswahl

derer beteiligt war, die sich um des zu erwartenden hohen Profits willen am Kampf um die Filetstücke der sächsischen Wirtschaft beteiligten? War er gar selbst interessiert? Immerhin trat er im Gefolge mehrerer dubioser Affären zurück. Aber indes muß man ihm lassen, wie sein derzeitiger Nachfolger Kretschmer gerade auf der Jubelfeier herausfand: Biedenkopf war „der erste und auch der einzige Mensch, ..., der freiwillig und mit privatem Geld Literatur zum Marxismus-Leninismus gekauft hat.“ Aber Herr Professor! Und auch noch mit privatem Geld! Da war er bei der „Tagebuchaffäre“ nicht so besonnen, ließ sich seine Buchausgabe vom Freistaat einfach mit 307 900 € bezuschussen. Über Jubilare wird traditionsgemäß nur Gutes gesagt. Um der Ausgewogenheit halber soll aber bezüglich der einst beobachteten Verhaltensweisen des Jubilars auch ein kritisches Wort seines Weggefährten Helmut Kohl zitiert werden: „Das war hinterfotzig und dreckig. Aus und Feierabend!“

Norbert Staffa
Großbolbersdorf

Aufmarsch der Ewiggestrigen

Wo sie recht hat, da hat sie recht, die CDU, unsere staatstragende Partei. Mit ihren Frontmännern, dem Generalsekretär Paul Ziemniak, ihren Kandidaten für den Vorsitz Friedrich März, Norbert Röttgen, Armin Laschet, und auch mit dem Berliner Parteivorsitzenden Kai Wagner bangen sie geradezu um die Wette um die Glaubwürdigkeit und wittern den Verrat an Grundsätzen ihrer Partei. Es gehe nicht nur „um Glaubwürdigkeit der CDU für ganz Deutschland“, sondern auch um die „eigene Zukunft“ seiner Partei, so Spahn, der seine Kandidatur zugunsten von Armin Laschet, dem Ministerpräsidenten von NRW, zurückgestellt hat. So etwas nenne ich Haltung. Denn das Beschwören von Glaubwürdigkeit und Grundsätzen wird von einer Wurzel gespeist, die bis heute immer wieder neue Triebe hervorbringt. Die Wurzel hat einen Namen: Antikommunismus als Staatsräson. Es gibt aber auch ein Synonym für Grundwerte und -überzeugungen im Verständnis der CDU – und das heißt Dogmatismus. Ein Dogmatiker ist nämlich derjenige, der sich in den Beschlüssen seiner Partei bestens auskennt, das Leben und die realen politischen Prozesse aber nur dann anerkennt, wenn sie mit den Parteibeschlüssen übereinstimmen. Einer der Großen aus der Nomenklatura der CDU, Wolfgang Schäuble, seines Zeichens

gegenwärtiger Bundestagspräsident, hat das Maß mit den Worten gefüllt, daß die Linkspartei noch immer Spurenelemente der SED enthalte. Die Fußspuren, die vom faschistischen Hitler-Regime bis tief in die Bundesrepublik geführt haben, sowohl personell wie auch politisch und ideologisch, blendet er selbstredend aus. Das muß er auch. Andernfalls müßte er seine Partei, bevor von Substanz, Werteerhalt, Aufbruch und Zukunft schwadroniert wird, auffordern, sich endlich ihrer eigenen Geschichte zu stellen. Sie müßte also exakt das tun, was sie von der Linkspartei gebetsmühlenartig fordert. Aber genau dazu ist die CDU – als ewiggestrige und selbstgerecht bis in die Haarspitzen – nicht in der Lage, weil sich davor scheut, die Geburtsurkunde ihrer Grundwerte zu veröffentlichen.

In dieser Urkunde ist juristisch abgesegnet, daß Nazi-Deutschland kein Unrechtsstaat war. Der namhafte Jurist Gustav Radbruch, Reichsjustizminister für kurze Zeit in der Weimarer Republik, hatte nach 1945 vergeblich versucht, den Begriff „Unrechtsstaat“ in die Sprache der Justiz einzuführen. Er wollte ihn nur einem Staat zuweisen, der „das Recht gar nicht erst anstrebt und deren Bevölkerungsgruppen die Existenzberechtigung abspricht“. Das, so sein Befund, träfe einzig und allein auf Nazi-Deutschland

zu. Doch seine Forderung prallte an der braunen Wand der bundesdeutschen Juristenschaft unter der Obhut Konrad Adenauers und seiner grauen Eminenz Hans Globke ab. Die Juristen empfanden die Bewertung mehrheitlich als Nestbeschmutzung und weigerten sich erfolgreich, das „Dritte Reich“ so zu klassifizieren. Um so erfolgreicher waren die Juristen darin, im Zuge des von Adenauer letztlich angeordneten KPD-Verbots Menschen, die schon als antifaschistische Widerständler zwischen 1933 und 1945 mit der Justiz „Bekanntschaft“ gemacht hatten, in Gefängnisse oder gleich in Zuchthäuser zu schicken.

Eine Rückschau auf die eigene Parteigeschichte würde möglicherweise Prozesse des Nachdenkens in Gang setzen. Deshalb müssen sie mit aller Macht und dogmatischer Phrasenologie unter dem Deckel gehalten werden. Viel zu tief ist im Werteverständnis der Christdemokraten der Antikommunismus als Staatsräson in der CDU/CSU verankert. Deshalb durfte das Etikett „Unrechtsstaat“ nur der DDR angeheftet und Bestandteil der Staatsräson der Bundesrepublik werden. Wir haben volles Verständnis dafür, daß es schwierig ist, sich vom Dogma bzw. von dieser ewiggestrigen Sichtweise zu emanzipieren.

Hans Schoenefeldt

McCarthyismus (Folge 1)

„Kalter Krieg“ und öffentliche Meinung

Mit dem Erlaß der Ministerpräsidenten vom 28. Januar 1972 wurde in der BRD die schon länger praktizierte Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbotspolitik verschärft und institutionalisiert. Schon in den ersten fünf Jahren nach dem Erlaß sind etwa 800 000 Bürger der Bundesrepublik in entwürdigende Überprüfungen verwickelt worden. Bei den Auseinandersetzungen über diese undemokratische Praxis wurde immer wieder auf die Zeit des McCarthyismus in den USA verwiesen. Auch der damalige Bundesinnenminister Werner Maihofer mußte Ende Januar 1977 in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung eingestehen, daß eine weitere Verschärfung der Gesinnungsschnüffelei „uns zwangsläufig früher oder später in die Ecke eines deutschen McCarthyismus führen“ müsse. Was ist damit gemeint?

Die Journalistin Margrit Pittman (20. 1. 1901 bis 19. 8. 1995) schrieb 1977 eine vierteilige Serie über den McCarthyismus, die wir ihrer immer noch den aktuellen Bedeutung wegen erneut veröffentlichen.

Die Konzeption des McCarthyismus stellt einen schändlichen Beitrag des US-Imperialismus zur Weltgeschichte dar. Das Wort ist in vielen Sprachen als Synonym übernommen worden für schwarze Listen, Gedankenkontrolle, für das gezielte Schädigen des guten Rufs, für Kriminalisierung der Mitgliedschaft in progressiven Organisationen, für Einschüchterung und Kommunismenhatz – das gesamte Arsenal der Unterdrückung fortschrittlicher Ideen, Aktionen und Organisationen, welche die Angriffe auf die bürgerliche Demokratie nach dem zweiten Weltkrieg bestimmt haben.

Diese Konzeption erhielt ihren Namen durch die Tätigkeit des Senators Joseph McCarthy (1908–1956) aus dem US-Bundesstaat Wisconsin, welcher an der Spitze des „Komitees für innere Sicherheit“ des US-Senats stand. Er war ein wilder Kommunismenfresser, dessen Name in den Vereinigten Staaten so mit der Hexenjagd nach dem Kriege identifiziert wurde, daß man von dieser Zeit auch als der McCarthy-Zeit spricht.

Das heißt jedoch, dem verstorbenen und nicht zu betrauernden Senator zuviel Ehre erweisen. Denn damit würde eine bewußte und wichtige Taktik der herrschenden Klasse der USA nach dem Kriege verschleiern. Diese Taktik hat viele Seiten und ist auch heute keineswegs aufgegeben. Die meisten Historiker sprechen von der McCarthy-Zeit als einer „Verirrung“ der US-Demokratie. Aber das ist unzutreffend. Der McCarthyismus gehört zur langfristigen Politik der herrschenden Klasse, um dem Volk den kalten Krieg aufzuzwingen. Die USA waren aus dem zweiten Weltkrieg als die führende Wirtschaftsmacht der Welt hervorgegangen. Ihr ökonomisches Potential hatte sich gewaltig ausgedehnt. Sie kam als die einzige größere Industriemacht aus dem Kriege heraus, die nicht durch Zerstörungen, durch Kriegsschäden im eigenen Land,

getroffen war. Träume von einem amerikanischen Jahrhundert, von einer Welt, die vom US-Kapital beherrscht wird, schienen realisierbar zu werden.

Die ehrliche antifaschistische Gesinnung vieler US-Amerikaner bildete eines der Hindernisse für diese Pläne. Der Krieg gegen die faschistischen Mächte hatte riesige Sympathien für die Sowjetunion geschaffen und den Wunsch, den Bau einer Welt in Angriff zu nehmen, in der die Ziele des antifaschistischen Kampfes verwirklicht würden. Für große Teile der Bevölkerung waren die Ziele in den „vier Freiheiten“ umschlossen, die Präsident Franklin D. Roosevelt in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß am 6. Januar 1941 proklamiert hatte.

In seiner Rede hatte Roosevelt nicht nur eine ideale Deutung der bürgerlichen Demokratie entworfen, sondern auch – und dies beinahe ein Jahr, bevor die USA in den Krieg eintraten – die volkstümlichen Ziele der Anti-Hitler-Koalition. Die erste dieser Freiheiten war dem Volk der USA bereits in seinem Grundgesetz, der sogenannten Bill of Rights, garantiert: die Freiheit der religiösen Überzeugung und die Freiheit der Gedanken, der Rede. Indem sich Roosevelt den Perspektiven der Welt zuwandte, führte er damals aus: „Die dritte ist die Freiheit von Not – was ja, in weltliche Sprache übersetzt, wirtschaftliche Verständigung bedeutet, die jeder Nation für ihre Bürger ein gesundes Leben in Friedenszeiten sichert – überall auf der Welt.“

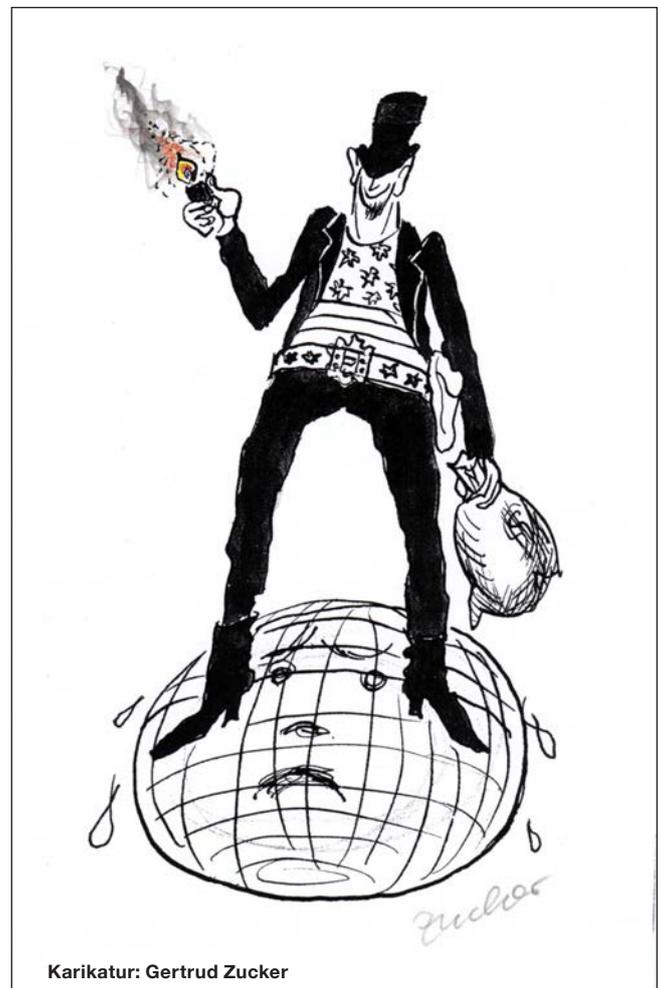
Als vierte Freiheit charakterisierte Roosevelt „die Freiheit von Furcht – was in weltlichen Worten bedeutet: Abrüstung in der ganzen Welt bis zu einem solchen Punkt und in so durchgreifender Art, daß keine Nation mehr imstande sein wird, einen Nachbarn mit physischer Gewalt anzugreifen – überall auf der Welt“. (Aus „Anspruch und Wirklichkeit. Zweihundert Jahre Kampf um Demokratie in den USA“, Verlag Rütten und Loening, Berlin 1976)

Mit derartigen Perspektiven und mit den frischen Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes, Seite an Seite mit der sowjetischen Armee für das gemeinsame Ziel der Vernichtung des Faschismus, war das Volk der USA nicht gleich für die Nachkriegsziele seiner herrschenden Klasse zu gewinnen. Diese Ziele waren schon während des Krieges

zu erkennen gewesen und drückten sich beispielsweise in der Zerstörung Dresdens im Februar 1945 aus, als sowjetische Truppen knapp fünfzig Kilometer von der Stadt entfernt standen, wie auch in der militärisch sinnlosen atomaren Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki im August desselben Jahres. Das amerikanische Kapital strebte nach dem Krieg entschlossen nach Weltherrschaft. Um das vollbringen zu können, mußte die öffentliche Meinung umgedreht werden. Die neue politische Linie fand ihren Ausdruck auf vielerlei Weise, am deutlichsten jedoch durch Winston Churchill in seiner Rede in Fulton, Missouri, im Jahre 1946.

In Anwesenheit von Präsident Harry Truman sprach Churchill von der Notwendigkeit, daß die westlichen Alliierten den Kommunismus „begrenzen und zurückrollen“ müßten. Die antifaschistische Allianz der Kriegszeit wurde gegen den „kalten Krieg“ gegenüber der Sowjetunion und ihren Alliierten ausgetauscht. Damit ein derartiger Kurswechsel von der Öffentlichkeit hingenommen wurde, mußten die Einstellungen revidiert werden, die in den gemeinsam unternommenen Kriegsanstrengungen gegen den Faschismus entstanden waren.

Gestützt auf „UZ“
(Fortsetzung folgt)



Karikatur: Gertrud Zucker

„RotFuchs“-Veranstaltungen im April

Inwieweit Veranstaltungen trotz der aktuellen Situation (Corona-Virus) durchgeführt werden, ist bei der jeweiligen Regionalgruppe zu erfragen.

■ „RotFuchs“-Gruppe Plauen

Am 8. April um 17.30 Uhr sprechen Petra Rank, Ortsvorsitzende der Partei Die Linke Plauen, und Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Bestandsaufnahme nach den Wahlen 2019 – Schulteranschlag im Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit**

Ort: Wohngebietstreff, August-Bebel-Straße 1, 08525 Plauen

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 16. April um 15 Uhr spricht Horst Neumann, Mitglied der Friedensinitiative Bad Kleinen, zum Thema: **Kriege im Nahen Osten – Kriegsvorbereitungen an der russischen Grenze?**

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 17. April um 15 Uhr spricht Karl-Ernst Ehwald zum Thema: **Entwicklung des Halbleiterstandortes Frankfurt (Oder) vom Anfang bis heute**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Dresden

Am 18. April um 10 Uhr Wahlversammlung der Regionalgruppe

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ „RotFuchs“-Gruppe Luckenwalde

Am 18. April um 10 Uhr spricht der Historiker Prof. Götz Dieckmann zum Thema: **150. Geburtstag Lenins – seine Schriften sind auch heute Anleitung zum Handeln**

Ort: Begegnungsstätte für Senioren „Haus Sonnenschein“, Schützenstraße 37, 14943 Luckenwalde

■ Regionalgruppe Rostock

Am 18. April um 10 Uhr spricht der Jurist und Autor Andreas Wehr zum Thema: **Europa, was nun? Trump, Brexit, Migration und Eurokrise**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etgar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock

■ Regionalgruppe Bernau

Am 18. April um 15 Uhr Dok.-Film von Daniel Burkholz und Sybille Fezer (Roadside-Dokumentarfilm): **„Die Staatsfeinde – Kalter Krieg und alte Nazis“**

Gemeinsame Veranstaltung mit den örtlichen Gliederungen der GRH und der ISOR

Ort: Rotunde der Schule am Blumenhag, Zepernicker Chaussee 20–24, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Mecklenbg. Vorp. – N/W

Am 21. April um 15 Uhr spricht Dr. Holger Michael zum Thema: **Der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und dem faschistischen Deutschland**

Ort: Stadtkantine, Großschmiedestr. 41–43, 23966 Wismar

■ Regionalgruppe Teterow

Am 21. April um 15 Uhr spricht Prof. Dr. Edeltraut Felde, zum Thema: **Wie die Systemfrage heute stellen?**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Berlin-Treptow-Köpenick

Am 21. April um 17 Uhr spricht Olaf Brühl zum Thema: **Revolutionäre Umwälzungen oder transformatorischer Wandel?**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 21. April um 18 Uhr spricht Bruno Mahlow, zum Thema: **Dank euch ihr Sowjetsoldaten für die Befreiung von Faschismus und Krieg!**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 22. April um 18 Uhr stellt Prof. Dr. Ludwig Elm seine **Autobiographie** vor und spricht zum Thema: **75. Jahrestag der Befreiung**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 23. April um 15 Uhr spricht Dr. Holger Michael zum Thema: **Der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und dem faschistischen Deutschland – Notwendiger Zeitgewinn oder Frieden mit den Faschisten?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Harz

Am 24. April um 15 Uhr spricht Dr. Hartmut König (Liedermacher und Mitbegründer des Oktoberklubs) zu seinem Buch: **„Warten wir die Zukunft ab“.**

Ort: Gaststätte „Lindenhof“, Spiegelsbergweg 16, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 25. April um 10 Uhr spricht Sabine Zimmermann, MdB Die Linke, zum Thema: **Kaufen statt ausbilden – über Tendenzen in der Wirtschaft und der Gesetzgebung**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08058 Zwickau

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 25. April um 10 Uhr spricht Dr. Holger Michael zum Thema: **Der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und dem faschistischen Deutschland – Notwendiger Zeitgewinn oder Frieden mit den Faschisten?**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

Festveranstaltung am 4. Mai

Mit einer Festveranstaltung und einem Konzert des Orchesters der Schostakowitsch-Musikschule Berlin-Lichtenberg am 4. Mai 2020 würdigt die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde gemeinsam mit Mitgliedern und Sympathisanten der GBM, der ISOR und der GRH, des „RotFuchs“-Fördervereins sowie des Freundeskreises der Sportsenioren den **75. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus**. Es sprechen ein Repräsentant der Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland und Dr. Alexander Neu, Mitglied des Bundestages, Fraktion Die Linke.

Ort: Haus der Russischen Wissenschaft und Kultur, Friedrichstraße 176–179, 10117 Berlin

Beginn: 16.30 Uhr

Eintrittspreis 10 €

Verbindliche Anmeldungen sind ab sofort beim Bundesvorstand der GBM e. V., Frau Franz, möglich. Tel. 030-29 78 46 88 oder schreiben Sie eine E-Mail an gbmev@t-online.de



LESERBRIEFE

Vielen Dank für die regelmäßige Zusendung Eurer hochinteressanten Monatszeitschrift! Ich wünsche Euch viele weitere gute Resultate im theoretischen und politisch-ideologischen Kampf gegen den Kapitalismus und für unsere sozialistische Sache, nicht nur in Deutschland. Bei uns in Polen spitzt sich die politische Situation weiter zu. Der Präsidentschaftswahlkampf findet zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten von der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und der Bürgerlichen Plattform statt. Es ist in Wirklichkeit ein Kampf zwischen dem konservativ-katholischen Flügel der Bourgeoisie, der eine Außenunterstützung in den USA sucht, und dem liberalen Flügel der Bourgeoisie, unterstützt von der EU und ganz besonders von führenden Kräften des deutschen Kapitals. Doch beide sind streng antikommunistisch, antisozialistisch, Pro-NATO, Gegner Polens, der Sowjetunion sowie jetzt Feinde Rußlands. Im Kern handelt es sich um eine politische Rollenverteilung. Beide Seiten sind verantwortlich für die juristische Verfolgung der Kommunistischen Partei Polens, deren führende Funktionäre seit mehr als sechs Jahren auf der Strafbank der Strafgerichte in Dąbrowa Górnicza und Katowice sitzen. Das ist eine Schande, aber Polen ist jetzt zum Übungs- und Tummelplatz autoritärer, neofaschistischer Elemente geworden, die gegen jegliche Bestrebungen fortschrittlicher, demokratischer und friedensliebender Kräfte zu Felde ziehen.

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Wrocław

Zu Anton Latzo: Der Frieden im Baltikum wird bedroht, RF 265, S. 5

Ich freue mich darüber, daß der „RotFuchs“ dem Friedensgedanken so viel Raum widmet. Für besonders gelungen halte ich den Beitrag von Prof. Dr. Anton Latzo „Der Frieden im Baltikum wird durch die NATO bedroht“ im Februar-RF. Darin weist er u. a. nach, daß die NATO und die USA die Brandstifter sind. Diese Tatsache können auch die salbungsvollen Erklärungen des US-Verteidigungsministers, die er regelmäßig abgibt, nicht widerlegen. Die von ihm und seinesgleichen strapazierten „Werte“ der USA existieren nicht. Es sind einzig und allein die über allem stehenden Interessen dieses Staates. Sie dienen nicht dem Frieden und der Völkerverständigung. Ich hoffe nur, daß es Rußland und China gelingt, den Weltgendarmen in die Schranken zu weisen. Zugleich ist es dringend notwendig, daß sich die friedliebenden Menschen der Welt, besonders auch in Deutschland, der

gefahrenvollen Situation bewußt werden und sich aktiv für den Friedenserhalt einsetzen.

Reinhardt Koblichke, Aschersleben

Bundespräsident Steinmeier klagte auf der im Februar durchgeführten Münchner Sicherheitskonferenz über „die zunehmend destruktive Dynamik der Weltpolitik“. Über Rußland sowieso, über die Chinesen wegen deren „selektiver Akzeptanz des Völkerrechts“. Streitobjekte seien „Hoheitsrechte über Inseln, Felsen, Sandbänke und maritime Rechte“. Und man höre, über die USA, wegen mangelhafter transatlantischer Zusammenarbeit. Vielen ist die derzeitige transatlantische Präsenz in der BRD mit 36 000 US-Soldaten in elf Hauptstandorten, den US-„Enklaven“ Ramstein und Grafenwöhr sowie 20 Atomwaffen auf dem Fliegerhorst in Büchel schon zuviel – nichts spräche gegen deren drastische Reduzierung. Europa müsse ran, so der Bundespräsident. „In der Mitte Europas darf kein ängstliches Herz schlagen.“ Aber schreiten wir nicht schon recht forsich voran? Im Baltikum wird ein neuer Eiserner Vorhang errichtet. 37 000 Soldaten karrt die NATO in diesem Frühling bis 100 Kilometer vor St. Petersburg, deutsche Panzer inklusive. Die BRD ist Weltmeister des Waffenexports. Kein IS-Terrorist könnte ohne westliches Kriegsgerät auch nur einen Schuß abgeben. Deutschland ist bald Rüstungsweltmeister. Zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt heißt die magische Zahl, deren möglichst baldige Erreichung beschworen wird.

Norbert Staffa, Großbofersdorf

Global wächst erneut die Angst vor „den Deutschen“, die schon zweimal im letzten Jahrhundert die Welt in Brand gesetzt haben. Wieder rücken deutsche Truppen vor, zündeln in Asien wie in Afrika und reichen dem US-Brandstifter Trump von Ramstein aus die Zündfackeln zu. Das Mißtrauen vieler Völker gegenüber Deutschland wird in Anbetracht der deutlich spürbaren innenpolitischen Rechtsentwicklung, zunehmend mit neofaschistischen Auswüchsen, wieder größer. Freilich ist nicht zu übersehen, daß es in der BRD auch Millionen Deutsche gibt, die sehr wohl aus der Geschichte gelernt haben und den Herrschenden kritisch und protestierend „auf die Finger schauen“, ihnen gelegentlich auch parlamentarische „Daumenschrauben“ anlegen. Doch Einzelaktionen wirken wie „ein Tropfen auf einen heißen Stein“.

In Deutschland gibt es zu viele politische Wetter-scheiden, die einen einheitlichen Proteststurm gegen Kriegstreiberei wie das bevorstehende, bisher größte gegen Rußland gerichtete NATO-Manöver „Defender“ im April und Mai schwächen.

Manfred Wild, Berlin

„An Worte läßt sich trefflich glauben“ sagt Mephisto in der Schülerszene des „Faust“. Schon immer wurden wichtige politische Begriffe im Kapital-Interesse geschönt, ihre wirkliche Bedeutung soll den Massen verborgen bleiben. So wurde lange Zeit in der BRD das Wort „Kriege“ durch „friedensschaffende Einsätze“ ersetzt. Bis heute spricht man offiziell von „Nationalsozialismus“, einem Begriff, mit dem die Nazis heimtückisch das Nationalgefühl auch bei Sozialisten und sozial eingestellten Bürgern ansprechen wollten. In der DDR wurde dagegen von Anfang an wahrheitsgemäß von „Hitlerfaschismus“ oder

„Nazi-Faschismus“ gesprochen. Auch in anderen europäischen Ländern ist stets von „Faschismus“ oder „Nazismus“ die Rede, wenn es sich um deutsche Politik zwischen 1933 und 1945 handelt. Ebenso irreführend wird in der BRD von „Machtergreifung“ statt wahrheitsgemäß von „Machtübertragung“ gesprochen. Mit dem amerikanischen europaweit gebrauchten Begriff „Defender“ verhält es sich etwas anders. Hier wird ein Begriff nicht beschönigend verändert, sondern bewußt mit gegensätzlicher Bedeutung besetzt. Er ist eine Lüge oder, wie man heute sagen würde, ein „Fake“. Wer soll denn mit dem großen NATO-Aufmarsch gen Osten verteidigt werden? Gegen welchen Feind? Es geht hier eindeutig nicht um Verteidigung, sondern um Aggression gegen den fiktiven Feind Rußland: Schon immer wurden Angriffskriege mit angeblich notwendiger „Verteidigung“ begründet, so auch der von Deutschland angezettelte 2. Weltkrieg. Angesichts einer solchen Bedrohung und der Gefahr eines Krieges gegen Rußland müssen alle linken europäischen Kräfte öffentlich den Begriff „Defender“ als Lüge entlarven und sofortigen Widerstand gegen den riesigen NATO-Aufmarsch unter US-Führung mit europäischer Beteiligung organisieren. Dazu bedarf es vor allem der Aufklärung. Eile ist geboten!

Eva Ruppert, Bad Homburg

Die gegenwärtige Situation hierzulande und weltweit besorgt mich zutiefst. Als 1939 Geborener gehöre ich zu der ersten Generation, die in keinen Krieg ziehen mußte. Mein Großvater überlebte den ersten Weltkrieg, meine Eltern fielen dem zweiten Weltkrieg zum Opfer.

Frieden sollte das höchste Gut auf Erden sein. Was ich nicht verstehen kann, ist, daß 75 Jahre nach dem verheerenden Weltkrieg das größte Manöver („Defender 2020“) nach Beendigung des kalten Krieges in Europa stattfindet. 20 000 der 37 000 beteiligten Soldaten der US Army werden samt Kampfpanzer über den Atlantik nach Europa verschifft. Allein für den Transport von etwa 7060 Fahrzeugen werden 15 885 Millionen Liter Diesel benötigt. Es werden riesige Mengen an CO₂ ausgestoßen und ein ungeheurer Energieverbrauch für das Manöver veranschlagt – auch unter klimapolitischen Gesichtspunkten ein unverantwortlicher Vorgang!

Und Deutschland dient als „strategische Drehscheibe“ im Zentrum Europas und als „rückwärtiges Einsatzgebiet“ in einem möglichen Krieg gegen Rußland. Eine größere Provokation gegenüber Rußland kann es nicht geben. Die BRD müßte aus ethischen, moralischen und auch ökonomischen Gründen dieses Manöver ablehnen. Statt dessen erleben wir, daß hier mehr als 37 000 ausländische Militärangehörige stationiert werden. Dazu zählen Amerikaner, Briten, Franzosen, Belgier, Niederländer und Kanadier. Und das soll dem Frieden dienen? Geht es nicht eher um die Gier nach Rußlands Rohstoffen? Damit die Bevölkerung das nicht erkennt, wird Rußland als die Inkarnation des Bösen dargestellt – und China gleich dazu.

„Defender 2020“ leistet weder zur Friedenssicherung noch zum Klimaschutz einen Beitrag. Die russische Führung betont, einen 22. Juni 1941 werde es nicht wieder geben. Es ist zu hoffen, daß keiner während des Manövers aus Versehen einen falschen Knopf drückt.

Georg Ehmke, Werder

Betrachtet man die Entwicklung in der Welt, vor allem in den letzten 30 Jahren, so kann man zu dem Schluß kommen, die Menschheit richte sich selbst zugrunde. 1989/90 hatten die vermeintlichen Sieger der Geschichte durchaus die Möglichkeit, das gemeinschaftliche Leben auf diesen Planeten zum Guten zu wenden. Doch das war offensichtlich nicht gewollt. Es läßt aufhorchen, wenn die meisten Nationen, die sich in Davos trafen, das Bild vom Untergang des Lebens auf der Erde an die Wand malten, sollte der sich immer mehr beschleunigende Klimawandel nicht schnell und radikal gestoppt werden. Völlig entgegen dieser Erkenntnis wird das größte NATO-Manöver seit 25 Jahren an der Grenze zu Rußland in Szene gesetzt. Wie läßt sich das mit Ressourcen- und Klimaschutz in Einklang bringen? Es ist doch wohl genau das Gegenteil und bedroht den Frieden. Rußland immer wieder als Feindbild hinzustellen, ist in meinen Augen absurd. Wer sich mit der Geschichte auseinandersetzt, wird erkennen: In den letzten 300 Jahren waren es nicht die Russen, die angegriffen haben. Im Gegenteil, sie waren die Opfer, weil sich manch Mächtigen-Eroberer ein Stück von dem großen und reichen Land einverleiben wollte. Dazu gehörte übrigens auch Polen! So sehr ich auch Greta Thunberg und ihren Einsatz gegen den uns alle bedrohenden Klimawandel befürworte und bewundere, so sehr würde ich mir wünschen, daß diese weltweite Bewegung noch deutlicher Abrüstung und Frieden auf ihre Agenda setzt. Rüstung und Krieg gehören zu den größten Klimakillern, und klar ist: Ohne Frieden ist auch die Rettung des Klimas sinnlos.

Ralf Kaestner, Bützow

Als ich hörte, daß der FDP-Politiker Thomas Kemmerich im Februar mit Hilfe der Höcke-Partei zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, war ich nicht überrascht. Denn historische Parallelen zu diesem Vorgang gibt es auch zur ersten Bundestagswahl 1949. Wie bekannt, wurde Konrad Adenauer am 15. September 1949 mit der Mehrheit einer einzigen Stimme (seiner eigenen!) zum Kanzler gewählt. Es ist daran zu erinnern, daß im ersten Bundeskabinett auch zwei Vertreter der rechtsextremen Deutschen Partei (DP) saßen. „Die Deutsche Partei (DP) war eine rechtsgerichtete politische Partei in Deutschland. Sie wurde 1945/1946 gegründet und erreichte ihre größte Bedeutung in den 50er-Jahren. Damals war sie auch an der Bundesregierung beteiligt“, ist in einer Internet-Enzyklopädie zu lesen. Diese Partei hatte mit 939 934 Stimmen 17 Mandate erreicht. Im übrigen errang die KPD 1 361 706 Stimmen, konnte aber nur 15 Abgeordnete in den Bundestag delegieren. Adenauer hatte keine Skrupel, sich von der DP, zusammen mit der FDP, zum Bundeskanzler wählen zu lassen und gemeinsam mit ihr eine Regierung zu bilden. Als „Belohnung“ räumte er der DP sogar zwei Ministerposten ein. Die „Neue Zeit“ (Zeitung der DDR-CDU) zitiert am 16. September 1949 unter dem Titel „DP fordert Einfluß“ eine Entschließung der Deutschen Partei, in der es heißt: „Die Fraktion der DP hat Dr. Adenauer ihre Stimme gegeben, um die Bildung einer Regierung ohne SPD zu ermöglichen. Ihre Beteiligung an der Regierung wird jedoch von dem Regierungsprogramm und ferner davon abhängen, welchen Einfluß Herr Dr. Adenauer bereit ist, den Vertretern der Deutschen Partei in seinem Kabinett einzuräumen.“

Johann Weber, Niederbayern

Wie vor 90 Jahren: Erste Faschisten-Regierung in Thüringen ... Die AfD kommt aus der CDU und der FDP. „Bürgerliche Demokratie“ ist das Pseudonym für die Diktatur der Bourgeoisie. Großbanken und Rüstungsmonopole haben vor neun Jahrzehnten die Hitler-Faschisten benutzt für ihre Kriege, Raubzüge und die Massenvernichtung von Menschen.

Heute steht die Menschheit erneut vor existentiellen Problemen:

- Kriegsgefahr, verursacht durch die Weltherrschaftsbestrebungen des US-NATO-Imperialismus gegenüber Rußland und China;
- zunehmende Rechts-Entwicklung (Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus) in den USA und in deren Vasallen-Staaten, besonders in der EU;
- verantwortungsloser Raubbau an der natürlichen Umwelt (Abholzung der Wälder, Verschmutzung der Gewässer, Vergiftung der Böden, Verschlechterung des Klimas). Die Verursacher sind die gleichen wie vor knapp einem Jahrhundert.

Was tun? Aufstehen! Widerstehen!

Horst Jäkel, Potsdam

Es ist ein Skandal, wenn ein Bundespolizist eine Person, die sich auf dem Gelände der Augustusburg in Sachsen zum traditionellen Motorradtreffen in Montur, Haarschnitt und Gestik als Adolf Hitler präsentiert, diese nur fotografiert, ansonsten aber keine andere Amtshandlung unternimmt. Als Vertreter eines staatlichen „Schutz“organs hätte der Polizist doch Maßnahmen ergreifen müssen, um eine solche Provokation zu unterbinden. Leistet ein solches Verhalten nicht der weiteren Ausbreitung von Haß, Gewalt und faschistischer Ideologie direkten Vorschub? Das Geschehen offenbart, wie tief rassistisches und faschistisches Gedankengut auch in staatlichen Strukturen etabliert ist – ein Grund für den Innenminister und die Justizorgane, endlich dagegen vorzugehen.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Zu Esther Bejarano: Offener Brief ... und Victor Grossman: Traditionen ..., RF 264, S. 3 u. 4

Sehr berührt haben mich die Worte Esther Bejaranos zu dem Vorhaben des Berliner Senats, der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Ein Skandal, den sich die in Berlin Regierenden da leisten! Gut, daß Ihr den Bericht Victor Grossmans „Die Täter urteilen über die Opfer“ gebracht habt. Da werden Erinnerungen an den „verordneten“ Antifaschismus in der DDR wach. Wir „Alten“ (85) wurden seit 1945 erzogen, gegen Krieg, Faschismus und deren Verursacher zu kämpfen.

Ich hoffe, die rot-rot-grüne Koalition in Berlin kann sich zu einer Korrektur des Urteils der Finanzbehörde entschließen.

Von meiner Partei, der PDL, erwarte ich, daß sie dazu eine klare Position bezieht. Welchen Weg werden wir einschlagen? Meiner Meinung nach steht die Frage so: Entweder Sozialismus oder Barbarei! Die wichtigsten Menschheitsprobleme – Krieg und Fluchtbewegungen, ökologische Katastrophen, soziale Ungleichheit – stehen zur Lösung an. Solange es Kapitalismus gibt, so lange wird es Profitstreben, in erster Linie durch Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, geben. Gelöst werden sie zum Wohle der Menschheit nur auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesell-

schaftsordnung. Darauf muß die Strategie der PDL ausgerichtet sein.

Werner Wild, Magdeburg

Nicht selten wird, wenn es um Antifaschismus geht, von „gewaltbereiten Linken, linken Krawallmachern, linken Chaoten und Linksextremismus“ geredet. Menschen, die sich eindeutig gegen die Rechtsentwicklung einsetzen, werden diskreditiert und sogar verfolgt. Das hat System, denn diese Rechtsentwicklung ist schon längst tief in der Gesellschaft verankert. Den Herrschenden ist, scheint es, ein Faschist lieber als ein „linker Chaot“.

Mir jedoch ist ein Antifaschist lieber als ein braver Wutbürger oder „Patriot“, der am Ende mit Neonazis gemeinsame Sache macht! Im übrigen ist Antifaschismus nicht der sogenannte Linksextremismus, sondern vernünftiger, humanistischer Menschenverstand, der unbedingt verteidigt werden muß.

René Osselmann, Magdeburg

Der Generalsekretär der SPD Lars Klingbeil fordert den „Aufstand der Vernünftigen“. Haß und Gewalt gehen mehr und mehr um, Kommunalpolitiker müssen um ihr Leben fürchten, werden bedroht, und es wird gemordet. Das ist weder ein Ost- noch ein West-Problem, sondern ein Problem von rechts. Der soziale Nährboden ist bereitet. An rechten Tongebnern aus West hat es nie gefehlt ...

Schweigeminuten, die wir seit Rostock, Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen bis Hanau, über NSU u. a. reichlich in guter Absicht geleistet haben, sie haben nichts daran geändert, nicht verhindert, daß Mord und Gewalt mehr und gefährlicher werden, daß Drahtzieher und Ideologen des Rassismus und Faschismus längst die Parlamente erobert haben. Findet sich hinter manchen Schweigeminuten nicht die schweigende Mehrheit wieder, mehr noch, viele derer, die bis heute und seit Jahrzehnten aus den regierenden Parteien heraus die Stichworte für Haß, Hetze, Rassismus, Feindbilder, Vorurteile und Diffamierungen geben und gegeben haben, was die angeblich Verwirrten, Wahnsinnigen, Psychopathen und Gewalttäter erst geistig schafft. Wer hindert die Sarrazin bis Höcke endlich daran, ihr begeistertes Publikum zu finden? Ist das die Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die rechts eingeräumt wird und unter denen zugleich antifaschistische Organisationen mit Verboten oder Entzug der Gemeinnützigkeit bedroht werden? Wir brauchen Trauer, aber viel mehr noch Wut und Forderungen, laute Töne und kein Schweigen mehr, Aufstehen in den Parlamenten gegen die Verursacher, die Hetzer und Hasser, die Demagogen auf allen politischen Ebenen, in Bundeswehr, Polizei, Justiz, Wirtschaft, Medien bis in jede Kommune. Weniger Schweigeminuten – mehr Minuten des Aufstehens und Sagens, was ist, wie Rosa es forderte.

Roland Winkler, Aue

Zu Raimon Brete: Leserbrief im RF 264, S. 30
Die „Wirtschaftswoche“ gehört nicht zu meiner ständigen Lektüre. Aber wenn ich den Gastbeitrag von Dietmar Bartsch gelesen hätte, wäre ich genauso ärgerlich geworden wie Raimon Brete. Das XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale charakte-

risierte im Dezember 1933 den Faschismus an der Macht als „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Diese Einschätzung zitierte Dimitroff in seinem Referat auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935. Die Definition bedeutete nicht, daß Hitler und die anderen Naziführer unmittelbare Befehlsempfänger der Bankiers und Großindustriellen waren. Sie waren Teil des Systems und trafen durchaus eigenständige Entscheidungen, die mitunter auch einzelne Angehörige der Kapitalistenklasse betrafen. Die Definition umfaßte auch nicht alle Bereiche des Faschismus, wie den internationalen Faschismus, faschistische Bewegungen oder die Beeinflussung der Massen, die Massenbasis. Doch es war und bleibt eine richtige Einschätzung des Faschismus und ist keineswegs eine vulgär-marxistische These.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Dem Freiheitskampf des südafrikanischen Volkes – der durch die historische Persönlichkeit und Rolle Nelson Mandelas inspiriert und geführt wurde – gilt meine ganze Bewunderung. Dessen Sieg über die Apartheid ist nicht vergessen, doch er ist gefährdet, und das macht mir große Sorge. Die Zersplitterung der ehemaligen Widerstandskämpfer, die weitere Verfestigung der früheren Klassenstruktur, in der die unge lösten gesellschaftlichen Widersprüche immer deutlicher zutage treten, lassen befürchten, daß die Vision Nelson Mandelas eines freien, unabhängigen, friedlichen Südafrikas zunichte gemacht wird.

Eberhard Kunz, Berlin

Leserbriefe von Roland Winkler aus Aue lese ich immer mit großer Aufmerksamkeit. Sie treffen stets genau den „Punkt“. Zu einem seiner Beiträge, in dem er sich zu den unerträglichen Verleumdungskampagnen gegen die DDR, die ja im Herbst vergangenen Jahres Hochkonjunktur hatten, möchte ich noch meine persönliche Meinung sagen. In den Augen der in Westdeutschland Regierenden war unsere Staatsgrenze zur BRD ein „Eiserner Vorhang“. Für uns garantierte sie 40 Jahre lang ein Leben in Frieden und Sicherheit. Ich bin in den frühen 50er Jahren in die Schule gegangen, habe danach eine ordentliche kostenlose Berufsausbildung genossen, später eine Meisterschule besucht und dann in verantwortlichen Positionen als Leiter gearbeitet und die DDR längere Zeit im Ausland vertreten – kein Gedanke an ein Verlassen unserer Republik und der Familie!

Was wir über den Kapitalismus gelernt haben, erleben wir jetzt. Das Dilemma dieser Gesellschaft ist der Kapitalismus selbst. Der Mensch spielt keine Rolle mehr, nur der Maximalprofit. Man warf uns vor, den „Mangel“ zu verwalten. Was macht heute die BRD? Ausländische Fachkräfte müssen her, damit sowohl Profit gesichert wird als auch „Löcher gestopft“ werden. Ich habe es selbst erlebt, wie hochkarätige Leute – besonders während der Messen – abgeworben wurden, was der DDR-Volkswirtschaft riesigen Schaden zufügte.

Meine Familie und ich haben gern in der DDR gelebt. Was dann 1989/89 inszeniert wurde, war keine „friedliche Revolution“, sondern eine Konterrevolution. Seit Bestehen der DDR galt für die westdeutsche Seite der Satz: Die DDR

muß wieder weg! Doch ich lebe in meinen Erinnerungen nicht mit Wehmut, sondern mit Stolz.

Lothar Heimann, Crimmitschau

Zu Manfred Sohn: Fünf nach zwölf, Beilage zum RF 264

Manfred hat recht mit seiner Aufforderung, nicht den Kampf um den Sozialismus zugunsten der Ökologie zurückzustellen, sondern klarzumachen, daß erst der Sozialismus die Voraussetzung schaffen kann, die Umwelt als die andere Quelle neben der Arbeit als Grundlage für ein menschenwürdiges Leben zu würdigen und zu behandeln. Seine „Selbstkritik“ der Linken bedarf aber ihrerseits der Kritik. Sie läßt die Notwehr-Situation außer acht, in der sich der Sozialismus von 1917 bis 1989 befunden hat. Solange neben sozialistischen Staaten der Kapitalismus besteht, muß und wird dieser alles daran setzen, den Sozialismus zu vernichten. So war es, und so wird es auch in Zukunft sein. Als in der Sowjetunion der Bürgerkrieg gewonnen war, mußte sie sich sofort auf künftige Aggressionen des Kapitalismus vorbereiten, und das unter äußerstem Zeitdruck. So begann eine Periode der Fünfjahrespläne, die insgesamt das Riesenland industrialisierte. Unter diesem Zeitdruck mußten Gesichtspunkte der Nachhaltigkeit zweitrangig bleiben. Stalin brachte das 1929 auf den Punkt: „Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Entweder wir schaffen es, diese Strecke in zehn Jahren zu durchlaufen, oder wir werden zermalmt.“ Das ist gelungen, unter unvorstellbaren Opfern. Eine Position, die verteidigt werden muß.

Anders sah es in den letzten 30 Jahren der Sowjetunion aus: Unter Chruschtschow und Gorbatschow wurde der Sozialismus paralytisch, ohne daß die Nachhaltigkeit einen höheren Stellenwert erhalten hätte.

Fritz Dittmar, Hamburg

Das Corona-Virus hat sich mit Hilfe der bürgerlichen Medien in einen politischen Virus verwandelt. Fast könnte man auf die Idee kommen, daß es in Washington gezüchtet wurde, zumindest kam es der Trump-Regierung wie gerufen. Ihre zunehmend aggressive, mit Sanktionen gepflasterte Außenpolitik richtet sich in erster Linie gegen China, das drauf und dran ist, die USA als ökonomische Weltmacht auf Platz zwei zu verdrängen. Um das zu verhindern, sind alle Mittel recht! Fast alle, denn den Einsatz von Atomwaffen riskiert man vorläufig noch nicht, weil man nur zu gut weiß, daß die eigenen Überlebenschancen gleich null sind. Deshalb sollten wir die Ohren spitzen, wenn die Diskussion über die Ursache des Corona-Virus die mögliche Entwicklung einer biologischen Kriegswaffe einbezieht. Immerhin geht Dr. Francis Boyle, ein Kenner der Biowaffen-Szene, diesen Schritt. Boyle, der für die USA den Gesetzestext zur Umsetzung der Biowaffenkonvention ausgearbeitet hat, sagt: „Das Corona-Virus ist eine offensive Waffe zur biologischen Kriegsführung.“ (Geopolitics & Empire, Ende Januar) Und es ist kein Geheimnis, daß die US-Regierung seit Jahrzehnten trotz Verbot intensive Forschungen über biologische Kriegsführung hat durchführen lassen. Anders als eine „normale“ Waffe oder eine Bombe, deren Einsatz auf den Anwender Rückschlüsse erlauben, ist der Verursacher für

den Ausbruch einer Epidemie in einem Ballungsraum schwer bis gar nicht zu ermitteln.

Und noch etwas: Das russische Fernsehen hat auf die Unterschiede der Berichterstattung über das Corona-Virus und die amerikanische Grippeepidemie hingewiesen. Schon mal was von letzterer gehört? In dieser Saison sind weit über 10 000 US-Bürger an der Grippe gestorben, aber die Mainstream-Medien melden das mit keinem Wort ...

Hans Schoenefeldt, Berlin

In Ergänzung der im „RotFuchs“ regelmäßig erscheinenden Buch-Tips möchte ich auf interessante DDR-DVDs aufmerksam machen, so zum Beispiel auf eine DVD-Box mit solchen Filmen von Scheumann & Heynowski wie „Piloten im Pyjama“. Viele Dokumentationen der beiden DDR-Ausnahmepublizisten sind in dieser Zusammenstellung erfaßt. Oder ich denke an die Reihe „Der Augenzeuge 1946 bis 1955“, deren Beiträge stets im Vorprogramm zu Kinofilmen liefen. Sie sind in einschlägigen Geschäften oder im Internet (etwa bei der Firma „Buschfunk“) zu erwerben.

Gerd Schulz, Waldau

Zu Dr. Dieter Luhn: Vor 70 Jahren ..., RF 265, S. 29
Mit Begeisterung habe ich den Artikel von Dieter Luhn im „RotFuchs“ gelesen. Ich hatte das Glück, 1962/1963 Studentin an der JHS „Wilhelm Pieck“ am Bogensee zu sein.

Dieses Studium an der JHS hat mein ganzes Leben bis in die heutige Zeit geprägt.

Vor mir liegt ein Foto, das am 17. 11. 1962 bei der Abschlußfeier mit den afrikanischen Freunden gemacht wurde – darauf zu sehen ist u. a. Enoch. Er war ein junger Journalist aus Ghana und hatte eine Delegation der „Jungen Welt“ an die JHS zum Studium des ML. Nach seinem Studium ist er nach Ghana zurück und war dort für den Jugendverband seines Landes tätig. Ich selbst war nach dem Studium in unserem Jugendverband im VEB Chemische Werke Buna tätig und später nach einem Studium an der GHS „Fritz Heckert“ bei der Gewerkschaft. Danke für diesen sehr interessanten Artikel! Ich bin froh, daß ich die Geschichte unserer Republik mitgestalten durfte.

Waltraud Kreß, Neubrandenburg

Zu Arnold Schölzel: Staatsterrorismus bedroht alle, RF 265, S. 1

Mit Klaus Steinigers Tod verloren wir einen exzellenten Kenner der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts, hervorragenden Analytiker und kenntnisreichen Marxisten, der nicht nur Gründer unseres „RotFuchs“, sondern auch Spitzen-Leitartikler war.

Zunächst fürchtete ich, es könnte kein gleich guter Autor gefunden werden. Zum Glück habe ich da falsch gelegen. Arnold Schölzel ist ein würdiger Nachfolger. Schon zu seinen „Junge-Welt“-Zeiten schätzte ich ihn sehr. Nun an der Spitze unseres RF beweist er wieder seine Fähigkeiten. Aufgrund seiner „späten Geburt“ kann er natürlich nicht auf so langes eigenes Erleben wie Klaus zurückblicken, aber seine auf marxistischem Fundament basierende Analysefähigkeit und daraus resultierende Vermittlung politischen Wissens sind überaus lobenswert. Sein Leitartikel im letzten „RotFuchs“ veranlaßt mich, ihm auf diesem Wege Dank zu sagen.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

ELBE DAY

1945-2020★TORGAU



**ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN
FRIEDEN MIT RUSSLAND**

DEMONSTRATION AM 25. APRIL 2020

12:00 Uhr am Brückenkopf / Ostufer – Elbbrücke – Torgau Markt – Denkmal der Begegnung

■ Regionalgruppe
Königs Wusterhausen

Am 25. April um 10 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts weltweit und in Europa durch Rußland und China als Stabilisierungsfaktor des Friedens**

Ort: Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

■ Regionalgruppe **Erfurt-Weimar**

Am 25. April um 11 Uhr spricht Dr. Jörg-B. Hoffmann zum Thema: **Unser Platz im linken Spektrum Thüringens – Gedankenaustausch zur Wirksamkeit unserer politischen Arbeit in der Region**

Ort: Gaststätte „Prestige“, Färberwaidweg 2, 99097 Erfurt

■ Regionalgruppe **Bitterfeld-Wolfen**

29. April um 13 Uhr:
Wahlversammlung der Regionalgruppe

Ort: Kulturhaus (Vereinszimmer), Puschkinplatz 3, OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

■ Regionalgruppe **Berlin-Hohenschönhausen**

Am 29. April um 18 Uhr spricht Max Renkl, Vorsitzender des Freundeskreises Ernst Thälmann e.V., zum Thema: **75 Jahre Befreiung vom Hitlerfaschismus. Warum ist heute der Antifaschismus wichtiger denn je?**

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobra
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Rudi Kurz
Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Hans Schoenefeldt
Prof. Dr. Rolf Sieber
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weißenborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel
Dr. Reiner Zilkenat †

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel
Tel. 030 -654 45 94

Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner

Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXX